neue kritik

Februar 1965 D 7739 F

28

Sebastian Herkommer Zum politischen Interesse und Bewußtsein der Arbeiter | Thomas von der Vring Antikritisches zur Strategiediskussion | Dieter Rave Sartres Versuch einer marxistischen Anthropologie | Friedrich Griese Die Politische Ökonomie von Paul A. Baran | Günter Amendt Die Studentenrevolte in Berkeley | Heide Berndt Presseberichte über den SDS in der letzten Zeit

Inhaltsverzeichnis

Heinz Grossmann	3	Stichworte von rechts
Jürgen Seifert	4	Zur Notstandsdiskussion
Günter Amendt	5	Die Studentenrevolte in Berkeley
Dieter Rave-Claudio Pozzoli-Helmut Dahmer	8	Zur Analyse des Machtwechsels in der SU
Sebastian Herkommer	10	Zum politischen Interesse und Bewußtsein der Arbeiter
Thomas von der Vring	17	Antikritisches zur Strategiediskussion (I)
Dieter Rave	23	J.-P. Sartres Versuch einer marxistischen Anthropologie
Friedrich Griese	26	Zu Paul A. Baran — Politische Ökonomie des Wachstums
Ursula Schmiederer	28	Die Thesen des Sozialistischen Bundes
Heide Berndt	29	Presseberichte über den SDS in der letzten Zeit
Helmut Schauer	32	Brief an den Zentralrat der FDJ

neue kritik, zeitschrift sozialistischer studenten
nr. 28, februar 1965, 6. jahrgang
herausgegeben vom bundesvorstand des sozialistischen deutschen studentenbundes (sds)

neue kritik ist ein diskussionsforum, in dem divergierende sozialistische meinungen zu wort kommen. namentlich gezeichnete beiträge stellen nicht unbedingt die meinung der redaktion dar.
für unverlangt eingesandte manuskripte übernimmt die redaktion keine haftung.

nachdruck, auch auszugsweise, nur mit genehmigung der redaktion.

neue kritik ist kein geschäftsunternehmen; die mitarbeit ist unentgeltlich.

redaktion: wilhelm bauer, edith jilek, helge knüppel, thomas leithäuser, thomas mitscherlich, hans peter riesche, gunter wegeleben (verantwortlich).
unter mitarbeit des arbeitskreises neue kritik.
vertrieb: heiner schäfer.
anzeigenredaktion: rita harmuth.
redaktionsvertretung: peter brokmeier, west-berlin.
manfred liebel, hamburg.
erscheinungsort: frankfurt am main.
verlag und redaktion: 6 frankfurt w 13, kurfürstenstr. 8, tel. 77 64 22
neue kritik erscheint jeden zweiten monat, im februar, april, juni, august, oktober und dezember, einschließlich eines heftes in doppeltem umfang.
schutzgebühr für das einzelheft: dm 1,50 / ös 10,— / sfr 1,60 / hfl 1,50. plus porto; für studenten dm 1,— / ös 7,— / sfr 1,10 / hfl 1,—.
jahresabonnement dm 10,— / ös 65,— / sfr 10,50 / hfl 10,— einschl. porto; für studenten dm 7,— / ös 45,— / sfr 7,50 / hfl 7,—.
bezug über den verlag.

postscheckkonto: sds-bundesvorstand, sonderkonto neue kritik
551 91 pscha. frankfurt am main.
konto-nr. 282 427, dresdner bank.
druck: druck- und verlagshaus frankfurt am main gmbh.
umschlagentwurf: maria fraxedas.

An den Leser

Die Analyse der „Presseberichte über den SDS in der letzten Zeit" entstand vor der Absage des zwischen dem SDS und der FDJ vereinbarten Seminars durch den Bundesvorstand des SDS. In einem Brief an den Zentralrat der FDJ legte der 1. Bundesvorsitzende des SDS, Helmut Schauer, die Gründe für diesen Schritt dar.

In diesem und dem folgenden Heft veröffentlichen wir eine Entgegnung Thomas von der Vrings auf die kritischen Beiträge, die auf seinen, die Strategiediskussion in der nk eröffnenden Artikel (nk 21) antworteten. Die Redaktion ist der Ansicht, daß die stellenweise persönliche Polemik, der sich Thomas von der Vring in seiner Entgegnung bedient, dem sachlichen Fortgang der Diskussion wenig förderlich ist. Vielleicht hätten alle Diskutanten besser getan, stärker zwischen Person und Argument zu unterscheiden, um dem Argument nicht völlig die Unschuld des experimentierenden Gedankens zu nehmen. Da Thomas von der Vring auf seinem Recht, in der von ihm gewählten Form zu antworten, gegenüber den Einwänden der Redaktion insistierte, machen wir von unserem Recht auf diese Vorbemerkung Gebrauch.

Sebastian Herkommers Beitrag ist vor allem als Übersichtsreferat von empirischen Studien über das Bewußtsein der Arbeiter zu verstehen. Eine realistische Einschätzung dieses Problems ist die Voraussetzung für eine sinnvolle Konzeption von gewerkschaftlicher Bildungsarbeit. Friedrich Griese stellt die Arbeit des sozialistischen Ökonomen Paul A. Baran vor, der bei uns noch weitgehend unbekannt ist.

Sartres Denkbewegung vom Existentialismus zu marxistischen Ansätzen in seinem neueren Werk „Critique de la raison dialectique", das in absehbarer Zeit in deutscher Sprache vorliegen wird, geht Dieter Rave in seinem Beitrag nach.

Wir bitten unsere Leser, ihr nk-Abonnement für 1965 auch ohne persönliche Aufforderung zu bezahlen; damit können Sie uns Büroarbeit ersparen.

Unserer heutigen Auflage liegt ein Prospekt des Kindler-Verlages bei, dessen Beachtung wir unseren Lesern empfehlen. Ebenfalls weisen wir auf das beiliegende Bestellformular für die im Heft angekündigte Hochschuldenkschrift des SDS hin.

Stichworte von rechts

Die Januartage 1965 brachten so etwas wie einen „nationalen Auftakt" zum bundesrepublikanischen Wahljahr. Es begann mit Gemeinsamkeiten in gemeinsamer Feierlichkeit, als die Repräsentanten aller Parteien in ihren Neujahrsbotschaften die Wiedervereinigung als das unverrückbar oberste Ziel der deutschen Politik bezeichneten. Schärfere Worte wurden auf dem „traditionellen Dreikönigstreffen" der FDP (am 6. 1.) gewählt. Dort hielt der Parteivorsitzende Mende Elemente einer Wiedervereinigungsansprache bereit, die den traditionellen Baukasten gesamtdeutscher Sprüche sprengen: verpackte und indirekte Forderungen nach Sprengstoff. Mende erinnerte an Südtirol; „dort *fallen* wenigstens noch die Masten" (vgl. FR v. 7. 1. 65, S. 3). Mende hob hervor, daß westalliierte Posten Tag und Nacht das sowjetische Ehrenmal im Berliner Tiergarten bewachen; „sonst wäre es längst in die Luft *gesprengt*". Mende klagte schließlich, das deutsche Volk pflege zuwenig „nationale *Selbstachtung*". Verwandte Vokabeln benötigte am folgenden Wochenende Franz Josef Strauß, um in Gunzenhausen gegen eine „systematische Diffamierung des deutschen Volkes" anzukämpfen. Strauß griff dazu die anhaltende Kriegsschulddiskussion auf, die von nationalistischen Kreisen veranstaltet wird. Ganz im Stile solcher Veranstaltungen reduzierte Strauß die Frage nach dem Entstehen des Zweiten Weltkriegs auf das deutsch-polnische Verhältnis, wobei dann die Fehler der englischen Diplomatie hervorgeholt zu werden pflegen. Das erlaubt es, aktuelle antienglische Gefühle hervorzurufen. Am 14. Januar steuerte wieder Mende dramatische Akzente bei. „Mende warnt: Es könnte *knallen*", schrieb BILD. (Bild-Zeitung, 15. 1. 65, Hbg.-Ausgb., S. 1). „Treibt *die Deutschen* nicht zur *Verzweiflung!* Wenn die Teilung unseres Vaterlandes andauert, müssen wir die Gefahr eines neuen *blutigen* Aufstandes in der Zone ins Auge sehen!" So fährt der von Mende und BILD zu verantwortende Text fort. Niemand könne garantieren, daß es im Falle eines solchen Bürgerkrieges auf unserer Seite ruhig bleibe.

Auch dieser neuerlichen Ballung des Appells an Gefühle des Nationalismus und der Gewalt fügte Mende pflichtschuldig eine Einräumung bei (wie er es am 6. 1. getan hatte): das deutsche Volk wolle keine Gewaltanwendung. „Aber je länger die Spaltung Deutschlands andauert, desto gefährlicher und *explosiver* wird die Lage in Mitteleuropa". Schließt BILD.

Es ist das Verdienst von Fritz Erler, zu diesem Zeitpunkt die „amerikanische" Argumentation aufgegriffen zu haben. Am 14. 1. forderte er in Berlin die Bundesregierung zu Sondierungsgesprächen mit Polen auf, denn über Wiedervereinigung sei sinnvoll nur zu sprechen, wenn über Ostgrenzen schon gesprochen worden sei. Das hatte zur Jahreswende bereits die amerikanische Regierung angedeutet. Mit dieser vernünftigen Forderung berührte Erler allerdings den Nerv des westdeutschen Nationalgefühls. Nationalismus bedarf der Irrationalität, und der neue deutsche Nationalismus empfängt sie aus dem tiefen Widerspruch zwischen Anspruch und Wirklichkeit in allem, was „deutscher Osten" heißt. Auf jeden praktisch vorstellbaren Schritt einer Politik zur *Wieder*vereinigung (wessen?) folgte notwendig ein Rattenschwanz von „unverzichtbaren" Forderungen. Eine rationale Auflösung dieser Ansprüche gen Osten erscheint nicht vorstellbar.

In den Forderungen Erlers war tatsächlich eine Gegenposition zur herrschenden politischen Meinung erkennbar geworden — weit über den unmittelbaren Anlaß hinaus. BILD, reinste Inkarnation des aggressiven Consensus, war bloß vorneweg, als es Mendes Bürgerkriegswarnung groß aufmachte, Erlers Verhandlungsvorschlag aber in winzige Zeilen zwängte (in Tageszeitungen war die Relation eher umgekehrt, wie es dem politischen Gehalt beider Äußerungen entsprach). Erler rufe zum *Verzicht* auf, zischte es nun von allen Seiten, und dies schon in der Weimarer Republik zentrale Wort, dem Verratsvorwurf benachbart, deutet noch allemal das Ende der Diskussion an (die in Deutschland nicht wirklich begonnen hat). Selbst als Erler am 18. 1. seine Forderungen modifizierte, wobei er nicht nur jede Aktualität zu bestreiten suchte, sondern den ganzen Vorschlag mehr an Polen umzuadressieren trachtete, erklärte der Sprecher der Bundesregierung: „Die ganze Diskussion über diese Frage schadet nur unserer Substanz" (FR v. 19. 1. 65, S. 2). Erlers Äußerungen, hieß es weiter, würden auch im *westlichen* Ausland als Verzicht auf *deutschen Boden* ausgelegt.

Damit war ein Stichwort gegeben, ohne das die Symptome des neuen Nationalismus nicht vollständig wären: Eine stets noch zunehmende Enttäuschung durch den *Westen* nährt und begleitet die nationalistische Stimmung. Der Irrationalismus gegenüber dem Osten und die Irrealität der Erwartungen werden dadurch nicht schwächer, daß sie der Westen nicht so teilt, wie er sollte. Wieder einmal muß man sich „verraten" sehen, und man steht mit den „deutschen Interessen" wieder mal allein.

In den gleichen Januarwochen, die in der Bundesrepublik so deutlich nationalistische Appelle zeigte, wurde parallel dazu ein Anwachsen offizieller westlicher Wirtschaftsbeziehungen mit dem Osten und speziell mit der DDR erkennbar. Schon Ende 1964 war bekannt geworden, daß nach amerikanischen Lizenzen eine Kunstfaserfabrik in der DDR gebaut werden soll, wobei französische Tochterfirmen des amerikanischen Partners eingeschaltet wurden. Allgemein wurde vermutet, daß der Investitionswert der Fabrik von ca. 100 Millionen DM durch langfristige westliche Kredite abgesichert würde. Stück für Stück wurde dann ein Engagement insbesondere französischer Stellen in Wirtschaftsbeziehungen mit der DDR bekannt. Manche Einzelheiten waren von großer Komik, wenn etwa in französischen Erklärungen ein rein postalischer Kontakt mit DDR-Stellen behauptet wurde

und dies angesichts von Verhandlungsfotos mit Trikolore und DDR-Fahne später so interpretiert wurde, ein französischer Diplomat sei eben „Briefträger" gewesen. Für die „deutschen Interessen" freilich ist das bitterer Ernst. Ein wachsender ganz „ziviler Kontakt westlicher Partner mit der DDR ist ja nur materieller Ausdruck dessen, wie irreal die westdeutschen Ansprüche gerade diesen Partnern erscheinen. Die neuen nationalistischen Appelle können sich weit stärker, als in den letzten fünfzehn Jahren denkbar gewesen wäre, auf antiwestliche Affekte stützen, die der materiellen Fundierung nicht entbehren.

Der Verlauf des Wahljahres 1965 wird erweisen, welches politische Potential die neuen Appelle zu wecken vermögen. In jenen Massenappellen, die als „Wahlkampf" gelten, wird den nationalistischen Tönen in der Bundesrepublik kaum noch etwas entgegengesetzt werden.

Heinz Grossmann

Zur Notstandsdiskussion

Die Notstandsdiskussion ist wieder aufgelebt. Prognosen, ob das Notstandspaket noch in dieser Legislaturperiode des Bundestages verabschiedet wird oder nicht, sind zur Zeit nicht möglich. Die Notstandsexperten der beiden großen Parteien, der CDU-Abgeordnete Dr. Ernst Benda, der den zum Wehrbeauftragten berufenen Matthias Hoogen abgelöst hat, und Dr. Friedrich Schäfer (SPD), haben auf einer vom DGB veranstalteten „Informationstagung" am 13. Januar 1965 versichert, daß das verfassungsändernde Notstandsgesetz im April oder Mai vom Rechtsausschuß dem Bundestag zur zweiten und dritten Lesung zugeleitet werden soll. Da keine der großen Parteien in den strittigen Punkten bisher wesentliche Zugeständnisse gemacht hat und da die SPD bisher an ihrem Standpunkt festhält, das Notstandspaket nur insgesamt zu verabschieden, besagen diese Äußerungen jedoch wenig. So heißt es im „Politisch-Parlamentarischen Pressedienst" der SPD am 20. Januar 1965 (Jg. 16, Nr. 8, S. 2 f): „Tatsächlich sind auch im Verhältnis zwischen Parlament und Bundesinnenministerium noch zahlreiche und zum Teil schwerwiegende Differenzen auszuräumen, bevor davon die Rede sein könnte, daß die Bahn für eine legislative Realisierung des Vorhabens frei wäre . . . So sei noch einer Reihe von konkreten Forderungen der Opposition stattzugeben, und außerdem dürften die Bedenken in gewerkschaftlichen Kreisen nicht einfach aus den Augen verloren werden."

Diese Forderungen der SPD hat Fritz Erler am 23. November 1964 in seiner Rede auf dem SPD-Parteitag in Karlsruhe vorgetragen (abgedruckt im „Vorwärts" vom 2. Dezember 1964, Nr. 49, S. 7). Danach lehnt die SPD ein Notverordnungsrecht der Bundesregierung ab, fordert für eine Mobilmachung sowie für eine Realisierung der Rechte aus dem Bundesleistungs- und Wehrpflichtgesetz eine Entscheidung des Parlaments bzw. des Notparlaments, sie hält eine Zweidrittelmehrheit für die wesentlichen Entscheidungen für notwendig. Erler verneint die Notwendigkeit, den Art. 12 Abs. 3 GG zu ändern, nach dem eine Heranziehung von Frauen gegen ihren Willen zu Dienstleistungen im Verband der Streitkräfte unzulässig ist, klammerte aber die Frage der Einschränkung des Artikels 12 Abs. 2, d. h. das Verbot einer allgemeinen Dienstverpflichtung, aus. Die von Erler geforderte Klarstellung, daß „Arbeitskämpfe nicht unter eine Notstandsregelung fallen können", bedeutet, solange die Möglichkeit zur Dienstverpflichtung besteht, keine Sicherung der gewerkschaftlichen Rechte. Ähnlich wie Erler äußerte sich der SPD-Abgeordnete Hermann Schmitt-Vockenhausen am 8. Dezember 1964 im Hessischen Rundfunk (der Beitrag erschien unter dem Titel „Der Bundestag darf sich der Verantwortung nicht entziehen" am 13. Januar 1965 im „Vorwärts", Nr. 2, S. 7. Schmitt-Vockenhausen behauptet in diesem Beitrag — im Widerspruch zu den Tatsachen —, Höcherl habe sich nach der Ablehnung des Schröderschen Entwurfes „auf breiter Grundlage mit Parteien und Gewerkschaften um die Erstellung eines neuen Entwurfs bemüht". Diese Verfälschung steht auf einer Stufe mit der vom Parteivorstand der SPD im Antrag 120 zum Parteitag in Karlsruhe aufgestellten Behauptung, eine „Ergänzung des Grundgesetzes" sei „zur Einschränkung der zur Zeit bestehenden unbegrenzten Befugnisse der Exekutive bei Notständen" notwendig (vgl. dazu den ersten Teil des vom SDS in Karlsruhe verteilten Flugblattes, abgedruckt in „SDS-Informationen", Nr. 8/1964, S. 1). Auch Hermann Höcherl sprach am 24. Januar 1965 in Nürnberg vor dem „Wehrpolitischen Arbeitskreis der CSU" davon, daß die alliierten Vorbehaltsrechte eine „totale Notstandsverfassung" darstellen würden, die durch die gegenwärtige Gesetzgebung eingeschränkt würde. Es kennzeichnet unsere Situation, daß es zumindest teilweise gelingt, eine prinzipielle und einschneidende Veränderung des Grundgesetzes als eine „Einschränkung" und „Verbesserung" hinzustellen.

In einer solchen Situation gewinnen die gewerkschaftlichen Stellungnahmen, die die Gefahren der Notstandsgesetzgebung für die Demokratie in der Bundesrepublik betonen, an Bedeutung. So endete die erwähnte Informationstagung des DGB am 13. Januar 1965 mit der ausdrücklichen Feststellung des DGB-Vorsitzenden Ludwig Rosenberg, daß der DGB-Beschluß von Hannover für alle im DGB vertretenen Gewerkschaften nach wie vor verbindlich sei (vgl. F. Fay „Dienstverpflichtung droht" in „Metall", 26. Januar 1965, Jg. 17, Nr. 2, S. 1). Die grundsätzliche Bedeutung der Notstandsgesetzgebung behandelt Otto Brenner in einem von dem SHB-Organ „frontal" (Nr. 25, Januar 1965) unter der Überschrift „Notstandsgesetzgebung — ein Bärendienst"

veröffentlichten Gespräch und geht dabei geduldig auf die etwas holperigen Fragen eines Jura-Studenten ein. Wichtiger ist sein Beitrag „Notstandsgesetze — nein!" in dem IG-Metall-Organ „Metall" vom 26. Januar 1965 (Nr. 2, S. 2). Brenner erklärt hier noch einmal unmißverständlich: „Keine Aushöhlung des Grundgesetzes! Keine zusätzliche Notstandsgesetzgebung!" Er nimmt jedoch auch Stellung zu der zur Zeit in Bonn geführten Diskussion über eine Einschränkung des Artikels 12 Abs. 2 des Grundgesetzes, der die Freiheit des Arbeitsplatzes garantiert und eine allgemeine Dienstverpflichtung ausschließt. Brenner sagt: „Nach unserer Auffassung ist das Recht zur freien Wahl des Arbeitsplatzes, zur Kündigung eines Arbeitsverhältnisses durch den Arbeitnehmer eines der wichtigsten sozialen Grundrechte. Seine Aufhebung würde mit einem Schlag den mühsam zurückgelegten Weg zum sozialen Rechtsstaat wieder rückgängig machen und leibeigenschaftsähnliche Verhältnisse wieder herstellen. Zu einem solchen Rückschritt können und werden die Gewerkschaften niemals ja sagen . . . Deshalb heißt unsere Forderung: Keine Änderung oder Einschränkung des Grundgesetz-Artikels 12, keine allgemeine Dienstverpflichtung." Zur Frage der verfassungsrechtlichen Sicherung des Rechtes zum Arbeitskampf erklärt er — an die Adresse der SPD gerichtet: „Es nützt auch nichts, wenn man uns versichert, das gewerkschaftliche Streikrecht könne eigens in der Verfassung verankert werden, denn wozu ist ein Streikrecht gut, das gegebenenfalls durch Zwangsverpflichtung der Arbeitnehmer und Beschränkung des Versammlungsrechts praktisch unwirksam gemacht werden kann." In diesem Zusammenhang ist eine Bemerkung des FDP-Bundestagsabgeordneten Wolfram Dohrn in einer Podiumsdiskussion in Frankfurt am Main am 14. Dezember 1964 zu erwähnen. Dohrn, der meint, im Verteidigungsfall müsse das Streikrecht eingeschränkt werden, erklärte, daß Bundesminister Höcherl in dieser Frage zu ihm gesagt habe: „Warum das ausdrücklich erwähnen. Wir dienstverpflichten dann einfach!"

Große Resonanz hat der von der Humanistischen Union an alle Bundestagsabgeordneten gerichtete Aufruf gefunden, der von „1200 prominenten Vertretern des deutschen Kulturlebens, darunter 712 Universitätsprofessoren und Hochschullehrern und 201 Richtern und Rechtsanwälten", unterzeichnet worden ist. Die Humanistische Union hat die Liste der Unterzeichner am 16. Dezember 1964 veröffentlicht. Am selben Tage wurden an nahezu allen Universitäten und Hochschulen dieser Appell zusammen mit dem Flugblatt der Humanistischen Union „Unsere Zukunft im ‚Notstandsfall'" verteilt. Höcherl bezeichnete diesen Aufruf als „einen Tiefschlag gegen die Gesetze zum Schutz der Bevölkerung in Krisenzeiten". Er verteidigte sich mit der unrichtigen Behauptung, „der Entwurf biete so viel an Rechtsgarantien, daß er in der ganzen Welt nicht seinesgleichen finde" (vgl. „Höcherl verteidigt Zivilschutz und Notstandsgesetze", FAZ, 25. Januar 1965, Nr. 20, S. 4). Offenbar ist die Bundesregierung durch die breite Unterstützung, die der Aufruf der Humanistischen Union gefunden hat, in die Verteidigung gedrängt. Darauf deutet auch die Überschrift der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" vom 18. Januar 1965 (Nr. 14, S. 1): „Höcherl verteidigt Notstandsgesetze". Nach dieser Meldung hat Höcherl in Baden-Baden vor dem Wirtschaftsrat der CDU erklärt: „Mit der falschen Bezeichnung ‚Notstand' werde eine gute Sache abgewertet." Lediglich einen Verteidigungsbeitrag gegen das Memorandum „Der permanente Notstand" der „Vereinigung Deutscher Wissenschaftler e. V." hat auch Hans-Ulrich Evers in der „Juristenzeitung" vom 20. 11. 1964 (Nr. 22) geschrieben. Evers wirft dem Memorandum vor, zu pauschal geurteilt zu haben. Er selbst übersieht allerdings die umfangreiche Literatur zu dem Problem, ob das Notstands- oder Zivildienstgesetz gegen Artikel 12 Abs. 2 des Grundgesetzes verstößt. (Über die umfangreiche Literatur zum verfassungsändernden Notstandsgesetz informiert trotz Mängel die von der „Wissenschaftlichen Abteilung des Deutschen Bundestages" herausgegebene „Bibliographie zum Notstandsrecht", Bonn, 1964.)

Dieser Überblick zeigt, daß die Diskussion über die Notstandsgesetzgebung heute bestimmt wird durch die Kritik, die nicht bei allgemeinen Deklamationen stehen bleibt, sondern ins Detail geht und die konkreten Gefahren aufzeigt, die mit den Plänen der Bundesregierung verbunden sind. Im gegenwärtigen Stadium verspricht diese Form der Kritik den größten Erfolg.

Jürgen Seifert

Spendenaufruf

Am 2. 3. 1965 beginnt in Bloemfontain (Republik Südafrika) das Berufungsverfahren im Prozeß gegen Dr. Neville Alexander und zehn weitere Angeklagte. In Amerika, England, Irland, Japan und anderen Ländern sind 17 000 DM des für das Berufungsverfahren notwendigen Betrages von 30 000 DM gesammelt worden. Wir bitten dringend um Spenden auf das Konto 19 203 der Tübinger Kreissparkasse.

Die Studentenrevolte in Berkeley

I

Maßloses Erstaunen, teilweise aber auch großes Erschrecken kennzeichnet die Reaktion der amerikanischen Öffentlichkeit auf die Vorgänge an der Universität von Kalifornien. Man fragt sich stellenweise ängstlich, wie weit man von Studentenunruhen entfernt sei, wie sie sich in Ankara, Tokio, Saigon und Caracas ereignet haben. Aufstand, Rebellion und

Anarchie sind Worte, die zum festen Bestandteil der Kommentare und Schlagzeilen der amerikanischen Presse im Zusammenhang mit den Unruhen geworden sind.
Was ist geschehen?

Im Herbst des vorigen Jahres — noch vor Beginn des Semesters — erließ die Verwaltung der Universität von Kalifornien in Berkeley eine Verfügung, wonach politische Studentenorganisationen an der Universität zwar weiterhin erlaubt seien, es jedoch untersagt wurde, auf dem Universitätsgelände Geld für die betreffenden Organisationen einzusammeln. Alle politischen Organisationen (von Goldwaters Young Republicans bis zu den sozialistischen Gruppen) betrachteten diese Anordnung als eine Einschränkung ihrer politischen Rechte. Besonders betroffen aber fühlten sich die Gruppen der Bürgerrechtsbewegung wie CORE (Congress of Racial Ecquality) und SNCC (Student Nonviolent Coordinating Committee), die im Universitätsgelände nicht unerhebliche Beiträge für ihre Freiheitsschulen im Süden einsammeln konnten. Diese Möglichkeit sollte ihnen nun genommen werden.

Am 17. September schlossen sich alle Gruppen zu einem Free-Speech-Movement zusammen. Man verteilte ein Flugblatt, in dem man forderte, daß die Tische, an denen Geld eingesammelt und Mitgliederwerbung betrieben wurde, wieder zuzulassen und die völlige Redefreiheit an der Universität zu garantieren sei. Einen ersten Höhepunkt erreichte die Auseinandersetzung am 28. September, als einige Gruppen demonstrativ an von der Verwaltung verbotenen Stellen des Universitätsgeländes ihre Tische aufstellten. Daraufhin wurden fünf Studenten von der Verwaltung „für verantwortlich" erklärt, d. h. es wurden Maßnahmen gegen sie angedroht. Sofort unterzeichneten 600 Studenten eine Resolution, wonach sie sich ebenfalls für verantwortlich erklärten. Als die fünf sogenannten Verantwortlichen schließlich um 15 Uhr des gleichen Tages im Gebäude der Verwaltung erscheinen — dort hatte man sie hinbeordert —, sind sie begleitet von 600 Studenten, die, als man sie nicht vorläßt, einen Sitzstreik im Verwaltungsgebäude beginnen. Der Streik dauert 12 Stunden.
Am 1. Oktober werden erneut Tische, diesmal vor dem Gebäude der Administration, aufgestellt. Gegen 12 Uhr erscheinen Angestellte der Verwaltung und der Polizei und fordern einen Studenten auf, seine Papiere vorzuweisen. Als dieser sich weigert, wird er verhaftet. Sobald die Polizei den betreffenden Studenten in den wartenden Polizeiwagen befördert, bilden etwa 100 Studenten einen lebenden Wall um das Fahrzeug und verhindern so den Abtransport des Verhafteten. Aus dieser Aktion entwickelt sich ein Sitzstreik, an dem mehrere Tausend Studenten teilnehmen. Der Polizeiwagen wird 32 Stunden festgehalten.
Zu diesem Zeitpunkt wird Mario Savio, ein 21jähriger Philosophiestudent, der von seinem College an der Ostküste mit den besten Noten abging, die dort jemals vergeben wurden, zum Sprecher der aufsässigen Studenten. Er legt der Universitätsleitung noch einmal die Forderungen der Studenten vor und verlangt gleichzeitig die Freilassung des Verhafteten. Schließlich willigt Universitätspräsident Kerr ein. Mittlerweile zählt man 965 Polizisten auf dem Gelände der Universität.
Am 27. November kommt es erneut zu einer großen Demonstration, an der 5000 Studenten teilnehmen. Die Ursache: Die Verwaltung hat nach Meinung der Studenten die Bedingungen nicht erfüllt und weigert sich nun, über weitere Liberalisierungsmaßnahmen mit Vertretern der Studenten zu verhandeln. Das Free-Speech-Movement wird eindeutig von den Bürgerrechtsgruppen beherrscht, die nun darauf drängen, die im Süden des Landes — in Mississippi und Alabama — erprobte Taktik des gewaltlosen Widerstandes anzuwenden. Am Abend des 30. November beschließt das FSM, der Universität ein Ultimatum zu stellen. Sollten die bekannten Forderungen nicht erfüllt werden, so sehe man sich zu „direct actions", zu direkten Maßnahmen gezwungen. Die Verwaltung reagiert nicht. Am 2. Dezember beginnt im Gebäude der Verwaltung ein „sit-in"-Streik. Über 1000 Studenten nehmen an ihm teil. Mehrere Tausend demonstrieren vor dem Verwaltungsgebäude. Ein großer Teil der Universitätsassistenten und Professoren erklärt sich mit den streikenden Studenten solidarisch. Einige verlegen ihre Vorlesungen aus den Hörsälen in die Gänge und Hallen des Verwaltungsgebäudes. Daraufhin ruft das FSM die „Freie Universität von Kalifornien" aus.
Mit der Begründung, das sei Anarchie, beginnen am Morgen des 3. Dezember 500 Polizisten des Staates Kalifornien auf Anordnung des Gouverneurs, die Streikenden zu verhaften. Am Abend des gleichen Tages sind über 800 Studenten inhaftiert. Es war dies die größte Massenverhaftung in der Geschichte der Vereinigten Staaten von Amerika. Mario Savio erklärt:
„Wir haben versprochen, daß diese Universität zum Stillstand kommt (bis die Forderungen erfüllt sind) . . . und wir werden dieses Versprechen halten . . . Die Universität hat für die Studenten dazusein."
Der darauf folgende Streik ist nach Auskunft der Universität zu 75 Prozent erfolgreich (in Berkeley studieren 27 500 Studenten). Führende Politiker verschiedener Parteien fordern unterdessen eine Amnestie für die Verhafteten.
Am 8. Dezember schließlich wird von der Universität ein Vermittlungsvorschlag unterbreitet, den Mario Savio kommentiert:
„Ich begrüße ihn. Man gibt uns das, was wir seit Monaten fordern!"

II

Haben die Stimmen, die von Anarchie an einigen Universitäten des Landes sprechen, recht? Stimmen, die, wie der Präsident der Universität von Kalifornien, von einem Mob sprechen, der versuche, die Universität zu regieren.
„Wir werden es nicht zulassen, daß die Universität von Kalifornien durch das Gesetz der Straße regiert wird. Wir ha-

ben das niemals zugelassen, wir werden es jetzt nicht zulassen, und in der Zukunft auch nicht!"

. . . erklärt Präsident Kerr. Ein Reporter des „San Francisco Chronicle" berichtet von der Bitte einer an den Demonstrationen beteiligten Studentin:

„Könnten Sie, bitte, Ihren Lesern mitteilen, daß wir nicht eine Gruppe verrückter Beatniks sind?"

In einer Pressekonferenz versucht Kerr, eine Erklärung zu geben für die Ereignisse in Berkeley. Er sagt unter anderem, daß in seinen Augen die Demonstrationen das Ergebnis einer Stimmung der amerikanischen Jugend sei, die man in der ganzen Nation beobachten könne. Er sagt wörtlich:

„Einige sind gerade zurück von Alabama und Mississippi und voll von Ideen, wie ‚direct actions', und daß man nur durch sie etwas erreichen könne. Das ist charakteristisch für die ganze Nation. Ich habe gerade mit George Beadler, Kanzler der Universität von Chicago, gesprochen: Er hatte kürzlich in seinem eigenen Büro einen neun Tage dauernden ‚sit-in'-Streik!"

Wenn ich das Ergebnis vieler Diskussionen in den USA zusammenfasse, dann glaube ich, Kerrs Feststellungen bestätigen zu können, nicht jedoch seine Interpretation.

Das, was die Jugendlichen im Süden in den Auseinandersetzungen mit weißen Rassisten an physischem und psychischem Terror erlebt haben, hat sich umgeschlagen in politisches Bewußtsein, das fähig ist, über die Negerfrage hinaus politische Probleme zu sehen.

„Wenn man in einem Staat existiert, in dem — wie in Mississippi — Belagerungszustand herrscht, dann kommt man nur allzugut mit der Realität in Berührung. Sonntagsreden über Redefreiheit in Amerika gewinnen dort eine Bedeutung über Sonntagsreden hinaus!" . . . sagt Mario Savio, der im Sommer mit Studenten in Mississippi für die Bürgerrechtsbewegung gearbeitet hat.

Die Vorgänge in Kalifornien sind der Niederschlag dieser Politisierung. Aber auch hier sieht man über das lokale Ereignis hinaus die gesellschaftlichen Zusammenhänge. Eine der Parolen des Free-Speech-Movements fordert: ‚A free University in a free society', womit die Verbindung zu den Forderungen der Negerbewegung wieder hergestellt, der Kreis geschlossen ist.

Die Vorgänge in Kalifornien spiegeln aber auch einen Wandel innerhalb der Negerbewegung wider.

Als das „Student Nonviolent Coordinating Committee" (SNCC) im April 1960 gegründet wurde, verabschiedete man in Raleigh eine Art Glaubensbekenntnis, in dem es u. a. heißt:

> „Wir bestätigen die philosophische bzw. religiöse Idee der Gewaltlosigkeit als Grundlage unserer Absichten, als Voraussetzung unseres Glaubens und Ursache unseres Handelns... Liebe ist das zentrale Motiv der Gewaltlosigkeit . . . Diese Liebe geht bis ins Extrem, sie bleibt Liebe und Vergebung inmitten von Feindseligkeiten."

Aber schon die Sätze eines einundzwanzigjährigen Philosophiestudenten, mit dem ich im Chicagoer Büro von SNCC sprach, relativiert jenes „Glaubensbekenntnis". Jim Botton meint:

> „Wir sind von der Gewaltlosigkeit als Taktik im politischen Kampf überzeugt. Deshalb auch, weil wir Erfolg damit erzielt haben."

Dennoch ist Gewaltlosigkeit auch als Taktik ein bei manchen Studenten nicht unwidersprochenes Mittel des politischen Kampfes. Man darf nicht vergessen, daß die andere Seite Gewalt und Brutalität auf ihre Fahnen geschrieben hat.

Zwar sind die Studenten von SNCC nie die Anstifter von Gewalt, vielmehr immer deren Opfer. Aber man kann die Tatsache nicht übersehen, daß überall, wo demonstrativ gehandelt wird, Gewalt eine immer mögliche Folge ist. Mancher Student spielt deshalb mit dem Gedanken — und einige sprechen ihn offen aus —, die Neger des Südens zu bewaffnen. Dies ist kein billiges Revoluzzertum, sondern dahinter steht die Erfahrung von Tagen und Nächten in den KZ-Gefängnissen Mississippis, der Schmerz der Schläge und die Trauer um ermordete Freunde.

Dennoch sind diese Stimmen in der Minderheit, was nicht heißt, daß ein Großteil der Neger das Problem der Gewaltlosigkeit heute sehr viel deutlicher sieht, als das religiös anmutende Bekenntnis von Raleigh vermuten läßt. Sie wissen, daß mit „der Macht der Liebe" ein gesellschaftliches System sich nicht verändern läßt: Aktionen sind erforderlich, Gewaltlosigkeit erscheint unter den gegebenen gesellschaftlichen Voraussetzungen als das effektivste Mittel. Howard Zinn, der so etwas wie die Rolle eines Chefideologen des SNCC spielt, schreibt:

> „In einer Zeit, in der die Vernichtung der Welt durch einen Druck auf den Knopf vor sich geht, kann man nicht darauf warten, die Regierung zu beeinflussen, indem man seine Stimme bei der nächsten Wahl abgibt . . . Heute, wo wir gigantische Staatsgebilde in der ganzen Welt haben, scheinen gewaltlose direkte Aktionen die einzige Alternative sowohl zur blutigen Sinnlosigkeit eines Bürgerkrieges als auch zur Unfähigkeit der parlamentarischen Prozedur."

Längst ist die Bürgerrechtsbewegung mehr als nur eine Rassenbewegung, die um Integration kämpft. Das Wissen und die Erfahrung setzen sich durch, daß ein enger Zusammenhang zwischen schwarzer Hautfarbe und wirtschaftlicher Situation besteht. Die Negerbewegung will eine Veränderung der amerikanischen Gesellschaft an der Wurzel. „Wir wollen nicht nur das Ende der Ausbeutung des Negers, sondern das Ende der Ausbeutung überhaupt", sagt Jim Botton in Chicago, und Martin Luther King stellt auf einer Versammlung streikender Arbeiter fest: „Das gleiche System, das die Neger ausbeutet, beutet auch das weiße Proletariat aus!" (Aus: New York Times, 21. 12. 64).

Günter Amendt

Zur Analyse des Machtwechsels in der SU

Im folgenden veröffentlichen wir eine kritische Stellungnahme zu dem Kommentar „Der Sturz Chruschtschows“ (nk 27) zusammen mit einer Erwiderung Helmut Dahmers. Die bisherigen Erörterungen sind allein als Auftakt zu einer eingehenden Analyse der gesellschaftlichen Veränderungen in der Sowjetunion anzusehen. Die Redaktion hofft, in Kürze eine Analyse vorlegen zu können, die „den wechselseitigen Anpassungsprozessen von Partei und Gesellschaft“ in der SU detailliert nachgeht. Die Redaktion

Anmerkungen zu einer undifferenzierten Analyse (Helmut Dahmer „Der Sturz Chruschtschows“, nk 27)

Es mag für manchen Leser erstaunlich gewesen sein, in der nk eine Deutung des Führungswechsels in der SU zu finden, die sich einer unangemessenen Sprache bedient (Termini wie: neue Machthaber, Zivilisierung der Prozeduren, winzige power elite, Herrschaft von Menschen über Menschen ... in unvorstellbar grausamer Art, permanente Lüge, Volksbetrug).

Dies ist um so bedauerlicher, als dieser Artikel den Absichten der Redaktion „Beiträge zu liefern, die die Diskussion anregen“, wenig genügt. Man kann pauschale Feststellungen wie folgende kaum als Diskussionsbeitrag betrachten: „Der Chruschtschow-Sturz ist . . . nicht unmittelbar herleitbar aus Tendenzen der Ökonomie. Dieser Zusammenhang wird ohnehin meist zu eng gesehen.“ „In keiner Weise lassen sich diese Vorgänge an der Spitze sozialökonomischen Tendenzen im Unterbau zuordnen.“

Unsere Kritik an Dahmers Artikel versucht nicht, herauszufinden, was H. D. möglicherweise gemeint haben könnte; wir gehen von der naiven Auffassung aus, daß er das gemeint hat, was er schrieb.

D.s Interpretation geht von der Konfrontation von Bürokratie und Arbeiterdemokratie aus. Beide Begriffe verwendet er undifferenziert — sie sind für ihn Fetische, die Interpretation konstituierende Entitäten. Die Entwicklung des Sowjetsozialismus ist der totale Kampf zwischen beiden Phantomen: ein manichäistischer Kampf zwischen Gott (Prinzip des Guten=Arbeiterdemokratie) und Teufel (Prinzip des Bösen=Bürokratie). „Bürokratie“ wird von D. mit folgenden Ausdrücken belegt: herrschende Schicht, Clique, einheitliche privilegierte Schicht, sie bevormundet die Gesellschaft, sie lebt von Lügen, ihr gehört der Staat, ihre Repräsentantin ist die Partei — in Selbstverteidigung durch Terror kämpft sie mit dem Rücken zur Wand. Bedroht ist die Existenz dieses Molochs vom Engel des Lichts, von den kämpfenden Massen. Mit dem Sieg der Massen durch Errichtung einer „Arbeiterdemokratie als Selbstorganisation der mündigen Massen“ endet der neue „Klassenkampf“ im endlich erreichten Sozialismus.

Gegen ein solches Schema wäre dann nichts einzuwenden, wenn es heuristisch wäre, wenn es Begriffe zur kritischen Prüfung der Wirklichkeit lieferte. Das Bedenkliche an D.s Schema ist, daß es den Blick auf die Wirklichkeit versperrt. Sein irrationales, blindes Schema nimmt D. z. B. die Möglichkeit, das Phänomen des Stalinismus differenziert zu betrachten. Für ihn ist in der SU offenbar alles das Stalinismus, was nicht einer spezifischen Auffassung von Arbeiterdemokratie entspricht, die leider nur angedeutet ist. So bezeichnet er Chruschtschows Politik als nur eine liberale Variante des Stalinismus. Die Existenz konkurrierender Machtgruppen — gerade in den obersten Führungsgremien — ist für D.s Schema irrelevant. Eine Änderung der Politik ist für ihn „in keinem prinzipiellen Punkte möglich“, selbst der „Spielraum“ kleiner Modifikationen ist „gering“. Es wäre zu fragen, ob die Umgliederung des Parteiapparates (Industrie — Landwirtschaft) keine wesentliche Änderung ist. Das Schema dekretiert, daß der Sturz Ch.s einer „Straffung der Einparteiherrschaft“ diente. Läßt sich so die personale Trennung verschiedener Führungsfunktionen erklären? Wie vertragen sich die Umstände des Sturzes mit D.s Behauptung — der politische Apparat kenne „keine demokratischen institutionellen Wege zur Ablösung von Führungen“? Zu welchen Absurditäten D. von seinem Schema getrieben wird, zeigt seine Behauptung, die sowjetische Führung habe die siegreiche spanische Revolution zerschlagen (weil diese ihre Position geschwächt hätte). Wir waren bisher der Ansicht, die spanische Revolution sei von Franco, Hitler und Mussolini zerschlagen worden, nachdem sie von den Stalinisten geschwächt worden war. Was die Parallelisierung von Spanien und Kongo bedeuten soll, ist uns unverständlich.

Es wäre ein Fehler anzunehmen, unsere Kritik an D. gehe von der Voraussetzung aus, man solle der SU gegenüber eine unkritische Haltung einnehmen. Wir sind der Meinung, daß D. einige wichtige Fragen aufgeworfen hat, daß aber sein Versuch einer Beantwortung völlig unzureichend ist. Wir sind mit D. der Meinung, daß die Entwicklung der Sowjetunion kritisch betrachtet werden muß. Wir werfen D. aber vor, daß er seine Untersuchung von vornherein mit Vorentscheidungen belastet hat. Von diesen Vorentscheidungen werden folgende Probleme verdeckt, deren sachliche Diskussion uns nötig erscheint:

eine Analyse des Stalinismus vor dem Hintergrund der Fragen der Industrialisierung (unter welchen Bedingungen und mit welchen demokratischen Einrichtungen können „kapitalistische“ Entwicklungsstufen nach der Revolution nachgeholt werden?),

die Entwicklung des russischen Systems vom irrationalen Dogmatismus zur bedingten politisch-technischen Rationalität und die Chancen seiner Weiterentwicklung zur sozialistischen Demokratie,

das Verhältnis von möglicher Demokratisierung (Bewußtsein der Arbeiterklasse) und notwendiger Verwaltung (Planung),

Frage des Absterbens oder des notwendigen Fortbestehens des Staates (und damit Auflösung der Partei) unter den Bedingungen des Ost-West-Konflikts (Rüstung und klassische Diplomatie).

Unter der Berücksichtigung dieser Probleme müßte unserer Ansicht nach der Sturz Chruschtschows analysiert werden als Folge des Konflikts zwischen (dogmatischen) Parteifunktionären und (auf Liberalisierung und Demokratisierung drängenden) Technokraten.

Claudio Pozzoli **Dieter Rave**

Gegen historisch-naive Kritik

Im vorigen Heft versuchte ich, den Chruschtschow-Sturz im Hinblick auf die Auseinandersetzung zwischen Bürokratie und Massen zu interpretieren, die seit 1921 den wesentlichen Inhalt der politischen Geschichte der UdSSR ausmacht — und deren Stand den Charakter des „ersten Arbeiterstaats" jeweils bestimmt. Es ging mir darum, die Gründe und Umstände dieses Ereignisses danach zu befragen, ob und was sie über den Grad der Demokratisierung der Sowjetgesellschaft aussagen. Eine alternative Interpretation des Chruschtschow-Sturzes (etwa: „Technokraten als Anwälte der Arbeiterdemokratie stürzen Chruschtschow") muß am Tatsachenmaterial dieses Ereignisses entwickelt werden. Eine allgemeine Betrachtung über die Verträglichkeit von nachholender Industrialisierung und Demokratie oder über die Tendenzen der sowjetischen Gesellschaft stand nicht zur Debatte und kann in diesem Rahmen nicht gegeben werden. Wie macht man eine Kritik, wenn man zur Sache — außer einem schön formulierten Leitfaden für künftige Forschungen — nichts zu sagen weiß? Man behauptet zunächst einmal, der Verfasser habe sich einer „unangemessenen" Sprache bedient; dann kritisiert man seine Methode — oder doch eine, die man ihm unterstellt.

Die Sowjetgesellschaft ist mit historischen „Vorentscheidungen" belastet, die jede Analyse gegenwärtiger Verhältnisse in Rechnung zu ziehen hat:

„Durch politische Konterrevolution siegte in den dreißiger Jahren die stalinistische Fraktion der KPR als politische Repräsentantin der neu entstandenen Bürokratie in Staat und Wirtschaft über den oppositionellen Flügel, der sich für die Selbstregierungen der Massen schlug." Auf diese „wirklichen Voraussetzungen, von denen man nur in der Einbildung abstrahieren kann", wies ich in den „Erläuterungen" hin. Die Kritiker Rave—Pozzoli lassen sich jedoch auf eine Stellungnahme zum historischen Inhalt der verwandten Begriffe nicht ein; ihnen genügt es, den Autor zum Begriffsrealisten zu stempeln. Nur vollständige Unkenntnis des Gegenstandes — der Geschichte der KPdSU und der III. Internationale — erlaubt es aber, im Zusammenhang mit einer Analyse sowjetischer Verhältnisse die Begriffe „Bürokratie" und „Arbeiterdemokratie" als „Phantome" und „Fetische" zu bezeichnen.

Das von den Kritikern entworfene „Schema", für welches Mani zu Unrecht bemüht wurde, treibt angeblich zu Absurditäten und versperrt den Blick auf die Wirklichkeit. Dazu ist folgendes zu bemerken:

1. Ein Austausch von Führerpersonen ändert nichts an den bestehenden institutionalisierten Herrschaftsverhältnissen und kann auch nicht der sich entfaltenden technischen Vernunft der Industriegesellschaft gutgeschrieben werden. Es ist eine Illusion anzunehmen, daß steigende Rationalität der Produktionsverfahren automatisch die der politischen nach sich zieht.

2. Die „Umstände" lehren, daß es keine demokratischen, institutionalisierten Wege zur Ablösung untauglicher Führungen gibt. Die im Falle Chruschtschow angewandte politische Technik war die des Geheimverfahrens, das im äußersten Gegensatz zu einem demokratischen steht. Politbüro und ZK — die Schauplätze des Geheimverfahrens — sind in einer bürokratisch-zentralistisch organisierten Partei keine „demokratischen" Institutionen. Daß in diesen Gremien möglicherweise diskutiert und abgestimmt wurde, bevor der Gestürzte in Pension und Vergessenheit geschickt wurde, ist — im Hinblick auf frühere „Ablösungen" — eine Zivilisierung der Prozeduren — nicht mehr.

3. Die „Straffung" der Parteidiktatur entsprang nicht dem „Schema", sondern dem Munde der neuen Führer (vgl. den ZK-Beschluß vom 16. 11. 1964 und den Prawda-Leitartikel „Die unerschütterliche Leninsche Generallinie der KPdSU"); sie geht mit der Arbeitsteilung zwischen Breschnew und Kossygin vorzüglich zusammen.

4. Zwischen „Spanien" und dem „Kongo" verläuft jene blutige Linie der faktischen (verschuldeten oder geplanten) Sabotage möglicher sozialistischer Revolutionen, die den stalinistischen Beitrag zur Weltrevolution bezeichnet. Derartige „Absurditäten" machen die traurige Erfahrung der internationalen Arbeiterbewegung mit der sowjetischen Führung aus.

Meine „spezifische" Auffassung von „Arbeiterdemokratie" entspricht den Vorstellungen Rosa Luxemburgs, Leo Trotzkis und denen der ungarischen Arbeiterräte von 1956. Mein „Stalinismus"-Begriff deckt sich mit dem der von mir (am Schluß meines Beitrags) angeführten Autoren.

Helmut Dahmer

Zum politischen Interesse und Bewußtsein der Arbeiter

Sebastian Herkommer

Beim letztjährigen Treffen marxistischer Theoretiker in Korcula (Jugoslawien) wurde eine interessante Kontroverse zwischen „drei Marxismen" offenbar, über die Lucien Goldmann in „L'Express" vom 14./20. September 1964 berichtete. Während Professor Hahn aus der DDR in der Diskussion über Möglichkeiten des Übergangs kapitalistischer Gesellschaften zum Sozialismus eher den „offiziellen", „dogmatischen" Standpunkt vertrat, repräsentierten die Teilnehmer aus dem Westen zwei voneinander abweichende Strömungen marxistischen Denkens, die gleichwohl beide „undogmatisch" von aktuellen Veränderungen in der westlichen Industriegesellschaft ausgehen. Auf der einen Seite Serge Mallet — und mit ihm die anderen in Korcula anwesenden Franzosen, Henri Lefebvre und Goldmann —, der den Motor einer Entwicklung zum Sozialismus in einer „neuen Arbeiterklasse" sieht, die sich im Zusammenhang mit der sogenannten zweiten industriellen Revolution bilden werde. Auf der anderen Seite der nicht so optimistische Herbert Marcuse (USA), der mit Nachdruck gerade auf das Fehlen und Ausbleiben des gesellschaftlichen Subjekts hinweist. Durch relativen Wohlstand und politische wie geistige Manipulation schreite die Entpolitisierung der Arbeiterklasse wie überhaupt die Verarmung der Persönlichkeit so rapide fort, daß das Potential an Widerstand gegen den Kapitalismus immer schwächer werde; sozialistische Aktion sei daher in den westlichen Industriegesellschaften heute praktisch auf „Randgruppen" — die Intellektuellen etwa oder in den USA die Neger — reduziert.

Optimismus oder Pessimismus? Sicher lassen sich die beiden zitierten Richtungen marxistischen Denkens im Westen nicht reduzieren auf eine derartig klare Alternative, aber unverkennbar ist, daß die gegenwärtigen gesellschaftlichen Verhältnisse und ihre Entwicklungstendenzen in bezug auf Möglichkeiten und Schwierigkeiten der Einrichtung einer freien sozialistischen Gesellschaft verschieden interpretiert werden. Ohne eine Entscheidung herbeizuführen, könnte dazu vorläufig gesagt werden: solange Übereinstimmung besteht über die Notwendigkeit der Umwandlung kapitalistischer Produktionsverhältnisse in sozialistische; solange Resignation nicht auch der Theoretiker sich bemächtigt, müßten die verschiedenen Akzente, die optimistischen und die pessimistischen, lediglich Merkmale differenzierter Analyse sein, die dem praktischen politischen Handeln aufweist, wo Möglichkeiten und wo (möglicherweise unüberwindbare) Hindernisse zu erwarten sind. Die erforderlichen Analysen sind zu orientieren an den objektiven Macht- und Herrschaftsstrukturen der „spätindustriellen Gesellschaft" (Marcuse) wie am Bewußtsein der in ihr Vergesellschafteten. Der vorliegende Aufsatz will nicht viel mehr als einige Hinweise auf Materialien geben und einige immer wiederkehrende Gesichtspunkte der Interpretation anführen.

Soweit empirische Untersuchungen zum heute vorhandenen politischen Interesse und Bewußtsein der Arbeiter vorliegen, scheinen die pessimistisch gefärbten Theorien über die Veränderung der gegenwärtigen Verhältnisse mehr berechtigt zu sein als die zuversichtlich gestimmten. Die enttäuschte Hoffnung der Intellektuellen, durch die Aktion der Arbeiterklasse werde die Gesellschaft, unter der sie leiden, von ihrer Irrationalität befreit, spiegelt sich in einem Resümé, das Walter Maria Guggenheimer in einer Sammlung von Aufsätzen verschiedener Autoren zum Thema „Gibt es noch ein Proletariat?" zieht: „Die sagenhaften Zeiten, da auch der erwachsene Arbeiter nächtlich seinen Marx und Bölsche studierte, um in der Diskussion seinen Mann zu stehen, sind nach allen zuverlässigen Beobachtungen vorbei. Machte sich der politisch interessierte Arbeiter noch vor dreißig Jahren sicher eine allzu einfache Vorstellung etwa vom Krisenmechanismus der kapitalistischen Wirtschaft — der Nachkriegsarbeiter verzichtet auf jegliche Vorstellung davon."[1]) Apathie, Resignation, Indifferenz sind die gebräuchlichsten Vokabeln zur Beschreibung des Verhältnisses zur Politik, das die Arbeiterschaft in den entwickelten Industrieländern des Westens heute hat; Perspektivelosigkeit, Fragmentierung, Simplifizierung und Personalisierung gelten als wesentliche Merkmale ihres politischen Bewußtseins — sofern es damit nicht unsinnig geworden ist, von „Bewußtsein" noch zu reden. Theo Pirker („Die blinde Macht") spricht deshalb treffender vom „Zerfall des politischen Bewußtseins".

Die Befunde soziologischer Untersuchungen über das „Gesellschaftsbild des Arbeiters", 1957 von Heinrich Popitz, Hans Paul Bahrdt, Ernst August Jüres und Hanno Kesting herausgebracht, sind bislang nicht widerlegt, höchstens modifiziert und ergänzt worden. Danach kann man nicht mehr von einem konsistenten „Klassenbewußtsein" sprechen, aber noch immer von einem „Arbeiterbewußtsein". Die Bewußtseinslage der Arbeiter werde zum einen bestimmt durch die objektive Schwierigkeit sozialen Aufstiegs: der Arbeiter bleibt Arbeiter; dadurch wisse er sich an seine Schicht stets gebunden, was einem Gefühl der Solidarität, einem Kollektivbewußtsein förderlich sei; zum andern durch die Körperlichkeit seiner Arbeit, die zu einem ganz spezifischen Leistungsbewußtsein führe. In der Überzeugung, e r allein leiste wirklich produktive Arbeit („Auf unseren Knochen können sie erst ihr Geld verdienen"), grenze der Arbeiter sich von den „anderen" ab.[2])

Fast zwei Drittel der von Popitz und seinen Mitarbeitern befragten Industriearbeiter, die ein Bild von der Gesell-

schaft überhaupt haben, betrachten das dichotomische Auseinanderfallen der Gesellschaft in ein „Oben" und ein „Unten" und damit ihr eigenes Schicksal, „unten" zu sein, als unüberwindbar. Rund die Hälfte ist eindeutig resigniert, hat die Hoffnung auf Veränderung auf Grund persönlicher Erfahrungen und der bisherigen geschichtlichen Entwicklung aufgegeben, findet sich mit dem Arbeiterschicksal ab. Der Rest, 14 Prozent, hat die Dichotomie nie in Zweifel gezogen, nahm sie immer als gegebenes statisches Ordnungsprinzip der Welt hin. Ein Viertel der Befragten mit Gesellschaftsbild hält die Zweiteilung der Gesellschaft insofern für veränderbar, als sie progressiv an Bedeutung verlieren könne, aber nicht für aufhebbar. Nur vier von hundert halten die Dichotomie prinzipiell für aufhebbar, sei es durch Reformen oder durch revolutionären Klassenkampf.[3]) In politischen Fragen bestehe in der Arbeiterschaft eine „starke Neigung zur Resignation", fassen Popitz und Mitarbeiter zusammen, und diese „Tendenz zu einer Resignation, die schon im Jahre 1933 nicht gering gewesen ist", habe sich in der Gegenwart nur noch verstärkt.[4])

Distanz zur Politik und Unsicherheit im politischen Urteil offenbart eine 1959 im Auftrag des (von Arbeitgeberseite gegründeten) Deutschen Industrie-Instituts durchgeführte Untersuchung, die nach „marxistischen Restbeständen (!) in der Vorstellungswelt der westdeutschen Industriearbeiter" forschen sollte. Man fand heraus, daß zwar auf der einen Seite nur eine verschwindende Minderheit den Eigentümern alleinige Verfügungsgewalt über den Gewinn zubilligen möchte, andererseits aber auch nur zwei von hundert Befragten die bestehende Eigentumsordnung geändert sehen wollen. Drei Viertel stehen einer solchen Veränderung gleichgültig gegenüber, knapp ein Viertel wünscht keine Änderung.[5]) Als politisch-gesellschaftlich resigniert erweist sich die Mehrzahl der Arbeiter auch in dieser Studie: nur 25 Prozent fühlen sich in Parlament und Regierung ausreichend vertreten; 30 Prozent fühlen sich ausdrücklich zu wenig vertreten; 33 Prozent stehen der Frage gleichgültig gegenüber und 12 Prozent sind an einer politischen Vertretung überhaupt nicht interessiert.[6]) Bemerkenswert ist bei dieser Frage besonders der Teil der Gleichgültigen und Uninteressierten, der zusammen fast die Hälfte der Befragten ausmacht.

Pierre Naville bemerkt in seiner einleitenden Kritik zu einer interessanten französischen Untersuchung: „La peinture est sombre" und meint damit den überaus pessimistischen Grundton der von André Andrieux und Jean Lignon zitierten Interviews und ihrer Interpretation des „heutigen Arbeiters".[7]) Naville selbst stimmt in den dunklen Ton ein: „Il y a une mélancolie ouvrière en Europe." Die Melancholie ist Resignation. Andrieux und Lignon fanden bei den von ihnen befragten Industriearbeitern drei typische Reaktionsweisen auf das *generell* als unbefriedigend, langweilend, unerträglich empfundene Arbeiterdasein: militanter Widerstand, Flucht in Illusionen und private Hoffnungen, Resignation. Nur eine kleine Minderheit gehört zur ersten Gruppe: weniger als 10 Prozent der Befragten denken an kollektive politische Maßnahmen, denken daran, um ihr individuelles Schicksal als Abhängige zu verändern, müßten die gesellschaftlichen Machtverhältnisse verändert werden. Weitaus die meisten haben sich entweder damit abgefunden, machtlos zu sein, im politischen Leben wie in der Fabrik „unten" zu sein und „nichts zu melden" zu haben, oder träumen von Ausbruch, vom Aufbau einer kleinen Existenz als Selbständige, beziehungsweise vom Aufstieg innerhalb der Fabrikhierarchie.

Anders als die militanten, politisch bewußten Arbeiter versprechen sich die „Evasionnistes", die nach dem zweiten Typus Reagierenden, eine Änderung ihrer Lage nicht durch kollektive Aktion, sondern durch individuelle Anstrengung. Haben sich ihre Hoffnungen als Illusionen erwiesen, sind sie gescheitert mit ihren privaten Plänen, so sind sie deshalb noch nicht zugänglicher geworden für den Gedanken organisierter Durchsetzung ihrer Interessen, sondern teilen mit den übrigen die Resignation. Sie erwarten vom Leben nun nichts mehr, es sei denn einen Zufall, einen persönlichen Glücksfall, der sie reich und unabhängig machen würde. — Aber selbst der Ausnahmefall des klassenkämpferischen Arbeiters sei möglicherweise durch individuelle Aufstiegshoffnungen für sich oder seiner Kinder motiviert, argwöhnen die französischen Autoren. Ernüchtert, fast resigniert stellen diese Arbeiter nämlich fest, daß auch in den sozialistischen Gesellschaften Fabrikdisziplin, Auseinanderfallen von anordnenden und ausführenden Positionen und nur beschränktes Mitspracherecht üblich seien. Durch ihre politische Aktion versprächen die militanten Arbeiter sich wahrscheinlich uneingestanden sozialen Aufstieg.

Der Arbeiter von heute, der gekennzeichnet sei durch seine Resignation, habe weder ein Prinzip noch einen Begriff von der Welt, nach denen er sein Leben einrichten würde, er sei passiv, ohnmächtig, pessimistisch:

> „C'est un homme qui, déraciné des traditions ouvrières, ne possède ni principe ni conception du monde qui l'oriente dans la vie. C'est par suite un homme qui ne participe à aucune activité en dehors du travail, qui se présente pourtant comme un vide. Il demeure passif. Il se sent impuissant face aux facteurs objectifs et subjectifs qui décident des développements sociaux et de son propre sort. Il est pessimiste."[8])

Die mehr oder weniger ausschließliche Konzentration aufs Privatleben findet charakteristisch für Einstellung und Verhalten der englischen Arbeiterschaft Ferdinand Zweig nach seinen Befragungen von 600 Arbeitern in vier großen und fortgeschrittenen britischen Unternehmen.[9]) Die „neue Arbeiterklasse" Zweigs ist beherrscht vom sogenannten „home-syndrom", ihre zentrale Orientierungsgröße ist das eigene Haus, ist der Anspruch auf eine höhere materielle Wohnkultur. Die Anstrengung, die dazu nötig ist, dem ge-

sellschaftlichen Appeal nach höherem Lebensstandard zu entsprechen, ist so groß, daß die ganze Familie, Frau und halbwegs erwachsene Kinder, eingespannt werden muß und alle Zeit und Energie — durch Überstundenarbeit und Do-it-yourself — aufgezehrt werden. Mit den proletarischen Lastern — Alkoholismus vor allem — verschwänden, so meint Zweig, auch die proletarischen Tugenden: die Solidarität im Leben der Nachbarschaft und politische und gewerkschaftliche Kampfbereitschaft und Solidarität.[10])

Mit der Tendenz zur quasi individualistischen, nicht mehr klassensolidarischen Einstellung und der gehorsamen Anpassung an die neuen gesellschaftlichen Verhältnisse einer „Überfluß"-Wirtschaft verbinde sich jedoch keine Aufhebung der Klassendifferenzen, die Kluft gegenüber den sogenannten kulturellen Gütern der Gesellschaft, der Abstand zur Kultur habe sich eher noch vergrößert. So geht auch dieser „neuen" englischen Arbeiterschaft nicht das von Popitz, Hoggart und anderen so eindringlich beschriebene Gefühl ab, „unten" zu sein in der Gesellschaft, und auch hier scheint man nicht zu glauben, die Dichotomie prinzipiell aufheben zu können. Es bleibt bestenfalls bei individuellen Lösungsversuchen.

Den meisten Arbeitern, alle Untersuchungen stimmen in diesem Befund überein, erscheint eine Veränderung der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung nicht möglich, vielen erscheint sie nicht einmal nötig. Das passive Hinnehmen des bestehenden Zustandes und die allgemeine Zuwendung zum Privaten würden erleichtert durch die verbesserten Lebensbedingungen, die mit der enorm gestiegenen Produktivität auch für große Teile der Abhängigen realisiert sind. Das Wachsen der von Arbeit freien Zeit komme einer relativen Zufriedenheit ebenso entgegen wie die ungeahnten Möglichkeiten privaten Konsums. „Zerstreuung durch Konsum" könnte die Formel lauten.[11]) Mit der steigenden Produktivität und der besseren Beherrschung konjunktureller Wirtschaftsbewegung ist tatsächlich eine größere materielle Versorgung der unteren und mittleren Schichten gelungen, während sich gleichzeitig der krasseste Klassengegensatz abschwächte und „institutionalisierte" (Theodor Geiger). Diese Momente: Elend, Krisen und eklatanter Klassengegensatz aber sind für die Politisierung der Menschen bisher entscheidend gewesen. Die Frage nach der Notwendigkeit politischer Beteiligung wird deshalb von den einzelnen zunehmend mit einem „Nein" beantwortet; sie haben, wie Riesman sagt, „Interessanteres zu tun . . ., als sich mit der Politik zu beschäftigen".

„Die starke Neigung zur Resignation in politischen Fragen ist vielfach erlebnisbedingt", schreiben Popitz und Mitarbeiter; das Gefühl, befeindet zu werden und dem Gegner politisch unterlegen zu sein, sei (wenigstens beim deutschen Arbeiter) weit verbreitet. „Eine Ursache dafür ist das tägliche Erlebnis der Arbeitsumwelt, das dem Arbeiter immer wieder vor Augen führt, daß nicht e r es ist, der die Entscheidungen fällt, sondern ‚die da oben' oder ‚die Herren'."[12])

Diese Erfahrungen würden übertragen auf die Politik. Weiter sei Resignation aber verursacht durch die „erlebte individuelle Machtlosigkeit gegenüber den modernen Superstrukturen". „Der Wähler hat den Eindruck, daß das gesamte öffentliche Leben sich zu einer Riesenmaschinerie entwickelt habe, deren Gang größtenteils zwangsläufig sei und der menschlichen Willensentscheidung nur geringen Spielraum lasse", bemerkt Theodor Geiger.[13]) Die Entwicklung der Parteien zu „mehr oder weniger betriebsförmig organisierten und zentral gelenkten Apparaten von Berufspolitikern"[14]) trägt bei zu dem Eindruck der Individuen, daß die wichtigsten Entscheidungen ohne sie zustande kommen.

Dazu kommt wohl auch Enttäuschung der Arbeiter über die eigene Interessenvertretung. Sie hat seit den heroischen Zeiten der „Sozialistengesetze" immer mehr Nahrung gefunden. Die von Naville so genannte mélancolie ouvrière ist das Produkt wieder und wieder enttäuschender Hoffnungen, die sich die Arbeiterschaft Europas seit nunmehr zwei Jahrhunderten macht. Alle Versuche, die gesellschaftlichen Verhältnisse radikal, an der Wurzel zu ändern, schlugen fehl. Popitz beschränkt sich auf die deutschen Verhältnisse: Weder von Kommunisten noch von Sozialdemokraten konnte die Revolution von 1918 als gelungen angesehen werden; im Prinzip hatte sich nichts geändert an der Wirtschaftsordnung. Spätere Aufstände, die dieses Ziel nachträglich verwirklichen sollten, wurden von restaurativ gesonnener Armee ausgerechnet auf Befehl einer sozialdemokratischen Regierung niedergeschlagen. Die bittere Resignation wuchs mit den Ereignissen des Jahres 1933, als die Nazis nicht daran gehindert werden konnten, die politischen und gewerkschaftlichen Vereinigungen der Arbeiterschaft brutal zu zerschlagen. Nie ist bisher das Gefühl ganz verschwunden, die Führung der Arbeiterbewegung habe es an entschiedenem Widerstand fehlen lassen. Untersuchungen wie das „Gruppenexperiment" (Frankfurter Beiträge zur Soziologie, Band 2) weisen auf eine weitere Konsequenz der Nazi-Zeit für das Verhältnis der einzelnen zur Politik hin: Politik, im NS-Staat propagandistisch verzerrt und pervertiert, gilt nun überhaupt leicht als propagandaverdächtig. Den Unpolitischen — und die sind die Mehrzahl — dient der Hinweis, sich „nicht noch einmal die Finger verbrennen" zu wollen, zur Rechtfertigung ihrer Indifferenz.

Nach 1945 waren mit den Worten von Popitz „die Anlässe gewerkschaftlicher Aktivität... für den einzelnen Arbeiter zu undramatisch", als daß eine kämpferische Solidarität sich hätte entwickeln können.[15]) Mehr noch: es gab sehr rasch neue Nahrung für das Gefühl ewiger Unterlegenheit. In freiwilliger und entsagungsvoller Arbeit setzten die Arbeiter die zerstörten Fabriken wieder in Gang, schützten sie nicht selten dadurch vor der Demontage, und konnten anschließend nicht verhindern, daß die „Herren" wieder in ihre alten Machtpositionen zurückkehrten. Das schien nur die alte Resignation zu rechtfertigen und zu verstärken. So

erscheint die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung nicht so sehr als eine Geschichte von Siegen, sondern eher als eine Kette von verpaßten Gelegenheiten und nicht erreichten Zielen.

Nicht zu unterschätzen dürfte auch die lähmende Wirkung sein, die auf das politische Bewußtsein ausgeht von der Realisierung sozialistischer Ideen in den kommunistischen Ländern. Besonders in Deutschland brachten der Stalinismus und das wirtschaftliche Hinterherhinken der DDR den Sozialismus bei immer mehr Arbeitern in Mißkredit. Die große Hoffnung auf eine bessere Zukunft, die sich an die politische Aktion des Proletariats geknüpft hatte, ging zugrunde nicht nur durch die Verteufelung der östlichen Gesellschaft im kalten, psychologischen Krieg, sondern auch durch die tatsächliche materielle Besserstellung im Westen, wenngleich diese sich unter Beibehaltung der Klassenunterschiede vollzog.

Die Folgen für das politische Bewußtsein der Arbeiter erschöpfen sich nicht in Resignation. Im gleichen Maße, in dem die Arbeiterorganisationen auf die Formulierung von Fernzielen wie die Errichtung der klassenlosen Gesellschaft verzichtet hätten, so Popitz, seien die Arbeiter in ihrer Urteilsbildung immer stärker sich selbst überlassen; die früher vorhandene Fähigkeit, in Zusammenhängen zu denken, verliere sich mit dem Verlust der Utopie und des marxistischen Geschichtsbildes und mache einem Gefühl der Uninformiertheit und Hilflosigkeit Platz, das nicht nur zur Apathie, sondern leicht auch zu „moralisierendem Räsonnement", zum antipolitischen Ressentiment der kleinen Leute führe.[16]) Personalisierung politischer Verhältnisse ist eine der folgenreichsten Konsequenzen. Je komplexer die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Strukturen werden, um so mehr neigt derjenige, dem es an einem Geschichtsbild und an gesellschaftlichen Kategorien fehlt, dazu, politische und soziale Verhältnisse aus den guten oder schlechten Eigenschaften von Einzelpersonen zu erklären. Wie besonders Hoggart zeigte, wird ein in der Arbeiterklasse sowieso gebräuchliches Orientierungsmittel, eben Personalisierung, von der Massenpresse ausgebeutet, womit der verstärkten Verzerrung des Politischen im Denken der Arbeiter nur Vorschub geleistet wird.[17]) Das Potential an Widerstand gegen autoritäre Entwicklungen innerhalb der Demokratie könnte erheblich geschwächt werden, wenn die Tendenz zum Personalisieren die Anfälligkeit gegenüber dem „starken Mann" vergrößert.

Angesichts der Bedingungen sich vertiefender Resignation und Hoffnungslosigkeit erscheint der Rückzug ins Private fast zwangsläufig. Mit ganzer Berechtigung kann von „Rückzug", kann von „Entpolitisierung" allerdings nur gesprochen werden, wenn früher einmal größere Beteiligung und ein politischeres Bewußtsein bestanden haben. Aber waren früher alle Arbeiter politischer als heute? Hatte die Mehrzahl vielleicht immer schon eine erhebliche Distanz zur Sphäre der Politik? War immer nur eine relativ kleine Schicht klassenbewußt? — Über die bisher herangezogenen, stärker historisch orientierten Untersuchungen hinaus, die in der Regel von „der" Arbeiterschaft sprechen, können gleichsam statischer ansetzende zusätzlichen Aufschluß geben über die relativ geringe Interessiertheit der Arbeiter, indem sie diese mit anderen Schichten vergleichen und auch nach Differenzierungen innerhalb der Arbeiterklasse Ausschau halten.

Weitgehend als soziales Distanzphänomen wird die politische Indifferenz der „unteren Status-Schichten" von Genevieve Knupfer begriffen.[18]) Die wirtschaftlichen Beschränkungen wie die relativ geringe Schulbildung, die mit dem niederen Status einhergingen, hätten generell mangelndes Interesse und große Unsicherheit, eigentlich Scheu, im Umgang mit wichtigen Bereichen der Kultur zur Folge. Das zeige sich in der unterschiedlichen Quantität und Qualität der Anteilnahme am sozialen Leben — an Mitgliedschaften, Besuchen, Teilnahme an Meetings — wie der Anteilnahme am geistigen Leben — Lesen von Büchern, Auswahl der Radio- und TV-Sendungen etc. „Wirtschaftliche Armut", schreibt die Autorin, „ist gleichzeitig psychologische Armut: Unterwürfigkeit, geringer Zugang zu den Informationsquellen, sprachliche Unbeholfenheit ... scheinen einen Mangel an Selbstbewußtsein hervorzurufen, der die an sich schon geringe Bereitschaft der in niederem Status befindlichen Person zur Teilnahme an vielen Phasen unserer vorwiegend mittelständischen Kultur noch vermindert ..."[19])

Mit empirischem Material belegt die amerikanische Psychiaterin, daß die höheren Schichten wie allen anderen Bereichen des Lebens gegenüber, nicht allein den geistigen, auch den unmittelbar materiellen, so auch der Politik gegenüber wesentlich aufgeschlossener sind: Angehörige „hoher Statusgruppen" sind viel interessierter an Informationen über das politische Geschehen, sie sind viel besser informiert über aktuelle und institutionelle Sachverhalte, und sie haben häufiger ausgeprägte politische Meinungen als die Angehörigen der unteren Statusgruppen. Diese erweisen sich in der Regel naiver und leichtgläubiger bei der Einschätzung politischer Fragen, sie äußern weniger gern eine Meinung, nicht nur, weil ihnen die Kenntnisse fehlen, sondern auch weil sie sich nicht „kompetent" fühlen und deshalb die Entscheidung den „Gescheiteren", „denen da oben" überlassen wollen. Auch die Wahlbeteiligung ist in den unteren Schichten am niedrigsten, nicht aus einer bewußten politischen Haltung heraus, sondern — wie Lazarsfeld, Berelson und Gaudet zeigten, zit. bei G. Knupfer — aus purer Indifferenz. Die Nicht-Wähler der Unterklassen seien besonders schlecht informiert und besonders unkritisch gegenüber den etablierten politischen Einrichtungen und Mächten, während sich allerdings die W ä h l e r dieser Gruppen durch ihre „radikale", interessenbetonte Einstellung erheblich von anderen Schichten abhöben.

Daß sich die verschieden starke Anteilnahme am öffentlichen Leben, an Politik und Kultur, nicht auf Unterschiede an Freizeit zurückführen läßt, „es gibt noch eine herr-

schende Klasse, eine Mußeklasse gibt es nicht mehr" (Guggenheimer), sondern auf das verschieden hohe Bildungsniveau und den damit verknüpften Grad allgemeiner geistiger Aufgeschlossenheit sowie auf den physischen und psychischen Zustand, in den die Arbeitszeit die Menschen versetzt, wird von allen entsprechenden neueren Untersuchungen nachgewiesen.[20]) Zu der durch weniger Bildung verursachten geringen Entfaltung eines weiteren Horizontes treten Verkümmerungsprozesse hinzu: wie E. Lichtenstein zeigte[21]), läßt die Konzentration auf sachgemäßes, diszipliniertes Verhalten im Arbeitsprozeß die Möglichkeit verkümmern, außerhalb des Bereichs von Leistung differenzierte Erfahrung zu machen. Die Fähigkeit zur Abstraktion, Differenzierung der Sprache schrumpfe, während die Anfälligkeit für die „Magie des Bildes" und für Massensuggestion im selben Maß wachse.

Als einflußreicher als die Berufsstellung ist anzusehen der Unterschied in der Dauer und Qualität der Schulbildung, von der natürlich die berufliche Stellung abhängt, aber mehr als das: auch der Zugang zum Begreifen der Welt überhaupt. Lipset zeigt an Untersuchungen von Samuel Stouffer, „daß zwar die höhere berufliche Stellung innerhalb eines jeden Bildungsniveaus eine größere Toleranz (als Maß demokratischer Einstellung, S. H.) bedingt, daß aber die Zunahme an Toleranz, die mit einem höheren Bildungsniveau verbunden ist, wesentlich größer ist als die durch die berufliche Stellung bedingte." [22]) Wie G. Knupfer belegt auch Lipset, daß mit niedrigem Bildungsgrad leichte Beeinflußbarkeit zusammenhängt, weiter: Unfähigkeit komplexe Vorgänge zu erfassen, Konkretismus, beziehungsweise die Unfähigkeit, von der unmittelbaren bruchstückhaften Erfahrung zu abstrahieren, und schließlich die Unfähigkeit, überhaupt noch Erfahrung machen zu können, Phantasie zu entfalten, Perspektiven für die Zukunft zu entwickeln. Die weniger gebildeten Menschen sind nicht nur schlechter informiert, sondern auch „schwerer zu erreichen, ganz gleich, welcher Art oder auf welchem Niveau die Information ist"[23]. Beschränkung der Informationsquellen heißt aber allemal die Entwicklung von Urteils- und Denkvermögen erschweren.[24])

Verschieden hohes Niveau in der Ausbildung und im geistigen „Horizont" erklärt auch die deutlichen Differenzen, die im politischen Urteilsvermögen, Interesse und Bewußtsein innerhalb der ja keineswegs homogenen Arbeiterschaft bestehen. 1953 wurden 3000 Deutsche gefragt: „Halten Sie es für besser, daß es eine, mehrere oder gar keine Partei gibt?" Hier die Verteilung der Antworten nach Berufsgruppen (nur männliche Befragte)[25]).

Alle Angehörigen der Arbeiterklasse reagieren auf diese Frage weniger im demokratischen Sinne als die mittelständischen Befragten. Die Facharbeiter wiederum sind erheblich mehr davon überzeugt, daß ein Mehrparteiensystem am besten wäre, als angelernte Arbeiter und Hilfsarbeiter. Deren geringeres Urteilsvermögen drückt sich darin aus, daß der Anteil an Meinungslosen bei ihnen besonders groß ist, zwei-

Berufsgruppe:	Mehrere Parteien	Eine Partei	Keine Partei	Keine Meinung		Gesamtzahl d. Befragten
Beamte	88	6	3	3	= 100 %	111
Leitende Angestellte	77	13	2	8	„	58
Freie Berufe	69	13	8	10	„	38
Facharbeiter	65	22	5	8	„	277
Handwerker	64	16	9	11	„	124
Büroangestellte	62	19	7	12	„	221
Kleine Geschäftsleute	60	15	12	13	„	156
Landwirte	56	22	6	16	„	241
Angelernte Arbeiter	49	28	7	16	„	301
Hilfsarbeiter	40	27	11	22	„	172

bis dreimal so groß wie bei qualifizierten Arbeitern. Der von Lipset so genannte Autoritarismus der Arbeiterklasse gründet denn auch keineswegs — wie jener Autor zu glauben scheint — in einer bewußt antidemokratischen Einstellung, vielmehr in weitgehendem Unverständnis für die in ihrer formalen Struktur komplexe und relativ abstrakte demokratische Staatsform. (Bei der Beurteilung des politischen Potentials der Arbeiter gerät Lipset dadurch in ständige Schwierigkeit, daß er, ohne es zu sagen, von einem Demokratie-Begriff ausgeht, der an der etablierten „gemäßigten" Demokratie der politischen „Mitte" orientiert ist, radikale Demokratisierungsabsichten ihm also bedrohlich erscheinen müssen, und außerdem durch seinen Eindruck, daß selbst „ein stark zum Autoritarismus neigender Arbeiter" sich demokratisch verhalten kann, wenn sich die Organisationen der Arbeiterklasse „auf demokratische Methoden und Ideale festlegen". A. a. O. S. 99.)

Die letzte repräsentative Jugend-Umfrage in der Bundesrepublik[26]) ging mehreren Dimensionen politischer Anteilnahme nach. Nach dem Beruf gegliedert, ergab sich bei den verschiedenen Fragen folgende Antwortenverteilung:

Fragen im Wortlaut: „Interessieren Sie sich für Politik?"	Mittlerer Mittelstand (307) %	Unterer Mittelstand (800) %	Facharbeiter (764) %	Angel. Arbeiter (301) %	Ungel. Arbeiter (157) %	Landwirtsch. Arbeiter Hausangest. (149) %
Sehr	10	6	6	4	3	3
Ziemlich	29	12	15	7	5	10
Etwas	34	36	43	29	26	23
Wenig	16	26	22	31	31	30
Gar nicht	11	20	14	29	35	34
	100	100	100	100	100	100

„Lesen Sie den politischen Teil der Tageszeitung?“						
Genau	49	31	36	17	20	21
Überfliege ihn	39	40	45	47	38	30
Überhaupt nicht	7	19	12	24	24	31
Lese keine Zeitung	5	10	7	12	18	18
	100	100	100	100	100	100
„Lesen Sie eine politische Wochenzeitung?“						
Nein, nie	66	80	75	88	89	94
„Lesen Sie eine politische Monatszeitschrift?“						
Nein, nie	80	87	85	94	94	97
„Können Sie sich vorstellen, einmal einer politischen Partei beizutreten?“						
(Bin bereits Mitglied)	2	—	1	—	1	—
Ja, gut vorstellbar	8	4	6	4	2	1
Ja, denkbar	21	13	22	12	10	9
Nein, kaum vorstellbar	18	16	18	17	15	17
Nein, nicht vorstellbar	51	67	53	67	72	73
	100	100	100	100	100	100

Durchgehend bietet sich dasselbe Bild: die Angehörigen der Arbeiterklasse haben zur Sphäre der Politik kein einheitliches und gleiches Verhältnis; je höher die Position und die Qualifikation der Befragten, als desto aufgeschlossener erweisen sie sich. Facharbeiter zeigen eine größere Bereitschaft als die ungelernten Arbeiter und als die Angehörigen des unteren Mittelstandes (kleine Selbständige, Angestellte ohne besondere Qualifikation etc.), sich über das politische Geschehen zu informieren und sich politisch aktiv zu beteiligen.

Die erwachsene deutsche Bevölkerung, befragt anläßlich des Metallarbeiterstreiks in Baden-Württemberg im Frühjahr 1963[27]), zeigt ein ganz ähnliches Bild der Korrelation von gesellschaftlicher Stellung und politischer Aufgeschlossenheit. Einstellungsfragen, die auf die unmittelbaren sozialen Interessen der Befragten abzielen, werden jedoch eindeutig nach der jeweiligen Stellung in der Sozialstruktur beantwortet. So hielten Arbeiter den Streik der Industrie-Gewerkschaft Metall viel eher und die Aussperrung durch die Arbeitgeber viel weniger für berechtigt als die Mittelstandsangehörigen. Mehr als jene halten sie auch die Gewerkschaft für „heute noch genauso notwendig wie früher“ und sind auch häufiger der Ansicht, daß es „heute in Deutschland noch Klassenunterschiede gibt“. Bemerkenswert sind auch bei diesen Fragen zur politischen Einstellung die Unterschiede innerhalb der Arbeiterschaft. Jeweils am bewußtesten, am „klassenbewußtesten“, zeigen sich die Facharbeiter, während Arbeiter ohne weitere Qualifikation unverhältnismäßig oft „keine Meinung“ haben, mit „weiß nicht“ oder „darüber habe ich mir noch keine Gedanken gemacht“ antworten. Erheblich sind auch die Unterschiede zwischen gewerkschaftlich Organisierten und Nichtmitgliedern; die Gewerkschaftsmitglieder sind an Politik mehr interessiert und reagieren bei allen entsprechenden Fragen klassenbewußter; von den Unorganisierten hat ein wesentlich größerer Teil keine Meinung, aber auch offene Stellungnahmen gegen das eigene Klasseninteresse finden sich bei ihnen häufiger.

Die These, daß die oberste Schicht der Arbeiter nicht bloß im Konsumverhalten durch Angleichung im Lebensstandard, sondern auch im gesellschaftlichen Bewußtsein dem Mittelstand sich genähert habe, quasi „verbürgerlicht“ sei, wird durch diese Ergebnisse in Frage gestellt. Viel eher scheinen sie danach noch immer die Vorhut der Arbeiterklasse zu sein. Ihr größeres geistiges Vermögen, ihr größerer Bildungsgrad haben sich nicht in der Weise ausgewirkt, daß Geist und Bildung der Bourgeoisie sie entfremdet hätten von der eigenen Situation als Arbeiter. Schon eine frühere Untersuchung des Instituts für Sozialforschung[28]) hatte zwei Typen politischen Bewußtseins, den „realistischen“ und den „idealistischen“ Typus, verschiedenen sozialen Schichten zuordnen können. Bei Arbeitern herrsche der erste vor, gekennzeichnet durch „eine relativ nüchterne, an konkreten Bedürfnissen des täglichen Lebens orientierte Betrachtung der Ziele politischen Handelns . . .“ Politik werde „ihrem Wesen nach als Interessenpolitik verstanden“. Bei Angehörigen der Mittelstandsgruppen finde sich besonders der zweite Typus, mit der „Auffassung, daß ‚wahre‘ Politik sich nicht mit den Interessen einzelner Gruppen, sondern unmittelbar mit denen des Staates und des Vaterlandes befasse; daß sie am Gemeinwohl, an der ‚Volksgemeinschaft‘ ausgerichtet sei; und daß ‚zuviel Freiheit‘ die Einheit und Ordnung zerstöre“. Die größte Anfälligkeit für die partikulare Interessen verschleiernde Ideologie der „Gemeinsamkeit“, des „Gemeinwohls“ und der „Ordnung“ macht die Identifizierung der Menschen aus den bürgerlichen Schichten unserer Gesellschaft mit der Demokratie deshalb fragwürdig, weil sie einer Entwicklung zum starken Staat, der solche Programmpunkte verträte und dabei — unter dem Schleier der Legalität — demokratische Grundrechte einschränken würde, schwerlich Widerstand entgegenbringen würden. Demgegenüber sind die „realistisch“ denkenden Arbeiter, die etwa durch eine Notstandsgesetzgebung die Durchsetzung ihrer Interessen, ihrer „konkreten Bedürfnisse“ gefährdet sehen, viel eher als ein Potential zur Verteidigung der parlamentari-

schen Demokratie anzusehen. Nichts spricht in den neueren Untersuchungen dafür, daß die Facharbeiterschaft statt eines realistischen zunehmend ein mittelständisch-idealistisches Verhältnis zur Sphäre der Politik gewönne.

Ob damit schon Mallets Optimismus gerechtfertigt ist, der sich auf die Entstehung einer Art Arbeiteraristokratie mit erheblich gewachsenen geistigen Fähigkeiten im Zusammenhang mit der Automation stützt[29]), kann ohne Berücksichtigung der Auswirkungen nicht beantwortet werden, die vom zunehmenden materiellen Wohlstand, von der staatlichen Konjunktur-Stabilisierung, von kulturindustriellen Manipulationsmechanismen ausgehen.[30]) Die als Flucht ins Private charakterisierte Verhaltensweise der Industriearbeiter und die damit verknüpfte Entpolitisierung ihres Bewußtseins stellen jedenfalls eine reale Gefahr dar auch für diejenigen, die heute noch als politisch interessiert anzusehen sind. Die Warnung von Popitz an die Organisationen der Arbeiterschaft, ohne ein sozialistisches Programm, ohne Fernziele, ohne eine politische Perspektive also, werde „das heute noch vorhandene politische Interesse auf die Dauer" vielleicht nicht mehr „wachbleiben"[31]), kann angesichts der vielfach belegten Tendenz zur Resignation nicht ernst genug genommen werden.

Damit Mallet (er möge für den optimistischen Akzent im gegenwärtigen marxistischen Denken stehen) gegen Marcuse recht behielte, (der nichts dagegen hätte!) müßten die Gewerkschaften die gesellschaftliche und politische Bildung der Arbeiterschaft zu einer ebenso wichtigen Aufgabe erheben wie den Kampf um die Demokratisierung von Wirtschaft und Gesellschaft. Die Konzeption solcher Bildung zu entwerfen und in Praxis auch umzusetzen, wäre Aufgabe der Intellektuellen, die keine Randgruppe sein müssen. Ihre Chancen, von Gewerkschaften mit solcher Arbeit betraut zu werden, sind größer als viele von ihnen in ihrer vornehmen Zurückhaltung wahrhaben wollen. — Die Übersicht über die Studien zum politischen Interesse und Bewußtsein der Arbeiter gibt Hinweise dafür, mit welchen Voraussetzungen politische Bildung rechnen kann und worauf sie sich zu konzentrieren hätte: günstige Voraussetzungen bietet der „Realismus" der Arbeiter, ihr interessenbetontes Verhältnis zur Politik — gewerkschaftliche Bildungsarbeit muß deshalb anknüpfen an die unmittelbaren sozialen Interessen der Arbeiter, an ihre Erfahrung von abhängiger Arbeit und davon, in der Gesellschaft „unten" zu sein. Dieses soziale Schicksal als gesellschaftlich-historisches und damit veränderbares erfahren zu können, setzt zwar voraus, daß die Gewerkschaften Vorstellungen von einem anderen Zustand haben und dies auch in der Öffentlichkeit dokumentieren, es erfordert aber auch die Fähigkeit bei den einzelnen, die Verhältnisse im Betrieb und in der Politik anhand von angemessenen Kategorien zu beurteilen.[32])

Als charakteristische Schwächen des vorherrschenden Bewußtseins haben sich erwiesen perspektiveloses und konkretistisches Haften am Nächstliegenden, Simplifizierung und Personalisierung komplexer politisch-gesellschaftlicher Sachverhalte und die Erklärung von Gesellschaftlichem anhand von Naturkategorien, Schwächen, die nicht automatisch mit höherem Bildungsgrad behoben sind (was die Befragungen von Angehörigen des sogenannten gebildeten Mittelstands, besonders von Lehrern allzu deutlich gezeigt haben), die jedoch nur überwunden werden können, wo formales Denkvermögen und geistige Aufgeschlossenheit durch eine ausreichende Schul- und Berufsausbildung schon entwickelt sind. Die Vermittlung einer „soziologischen Denkweise", mit der politische Vorgänge erst sensibel wahrgenommen würden und gesellschaftliches Handeln ausgelöst werden kann, wo vorher Apathie und Resignation herrschten, dürfte Aussicht auf Erfolg gerade bei den Arbeitern haben, für die politische Aufgeschlossenheit und Gewerkschaftsbewußtsein am ehesten festgestellt werden konnten: bei der „Arbeiteraristokratie". Die Hoffnungen auf die Automation und auf die Verlängerung und Verallgemeinerung gehobener Schulbildung sind dann nicht unbegründet, wenn sich die Gewerkschaften in den Dienst politischer Aufklärung stellen.

[1]) Marianne Feuersenger (Herausgeberin), Gibt es noch ein Proletariat?, Frankfurt/Main 1962, S. 61
[2]) Popitz u. a., Das Gesellschaftsbild des Arbeiters, Tübingen 1957, S. 240
[3]) Popitz u. a., S. 233
[4]) S. 174
[5]) Heinz Theo Risse, Abhängigkeit und Freiheit, in Feuersenger, a.a.O., S. 69
[6]) S. 72
[7]) A. Andrieux/J. Lignon, L'Ouvrier d'Aujourd'hui, Paris 1960
[8]) Andrieux/Lignon, p. 189
[9]) F. Zweig, The Worker in an Affluent Society — Family Life and Industry, London 1961
[10]) Siehe dazu vor allem die nun schon „klassische" Studie von R. Hoggart, The Uses of Literacy, London 1957
[11]) P. Naville: „La résignation (d'ouvrier d'aujourd'hui) est facilitée, et comme entretenue, par la multiplicité et le rythme précipité des distractions, consommations et communications qui lui sont concédées par le haut niveau de la productivité moderne." Préface zu Andrieux/Lignon, p. 13
[12]) a. a. O., S. 174
[13]) Th. Geiger, Demokratie ohne Dogma, München 1963, S. 344
[14]) Habermas, Friedeburg, Oehler, Weltz, Student und Politik, Neuwied 1961, S. 30
[15]) a. a. O., S. 176
[16]) a. a. O., S. 182
[17]) Hoggart a. a. O., S. 163: „You do not learn more about Mr. Shepilov by knowing that he draws doodles of horses at the conference table; you only escape the real problems. As the 'personalization' technique becomes yearly more machine-tooled, so a good instinct is pulled out of shape, and used for over-simplifications, soft deceptions, and perilous distortions." Anschaulich ist auch die Analyse der Bild-Zeitung von Wilke Thomssen, Frkf. Diplomarbeit (Institut für Sozialforschung).
[18]) G. Knupfer, Portrait of the Underdog, in Bendix/Lipset, Class, Status and Power, Glencoe 1956
[19]) S. 263
[20]) Dem Verhältnis von Arbeit und Freizeit geht besonders gründlich Jürgen Habermas nach in: Konkrete Vernunft, Festschrift für Prof. Rothacker, Bonn 1958
[21]) E. Lichtenstein in: Handbuch für Sozialkunde, Berlin u. München 1956.

[22]) S. M. Lipset, Soziologie der Demokratie, Neuwied 1962, S. 105. Die problematische Verwendung der Begriffe wie Autoritarismus bleibe — zunächst — dahingestellt.
[23]) H. Hyman und P. Sheatsley, zit. nach Lipset, a. a. O., S. 108
[24]) C. C. North, zitiert nach Lipset. S. 119
[25]) Befragung des UNESCO-Instituts Köln, zitiert nach Lipset, S, 101
[26]) DIVO-Institut Frankfurt/Main, befragt wurden im Sommer 1962 über 2000 Jugendliche im Alter zwischen 16 und 24 Jahren; siehe Materialbericht, 1963
[27]) Die Untersuchung wurde durchgeführt vom Institut für Sozialforschung, Frankfurt/Main. Mit ihrer Veröffentlichung ist 1965 zu rechnen.
[28]) Zum politischen Bewußtsein ehemaliger Kriegsgefangener, unveröffentlichter Forschungsbericht, Frankfurt 1957, S. 116 ff.
[29]) S. Mallet, La Nouvelle Classe Ouvrière, Paris 1963
[30]) Um damit auf die Ausgangsfrage zurückzukommen, sei auf die letzte Veröffentlichung von Herbert Marcuse verwiesen: One dimensional man, London 1964
[31]) Popitz u. a., a. a. O., S. 183
[32]) In der Zeitschrift Mitbestimmungsgespräch (5-7/64) hat Manfred Teschner die Entfremdungs- und Verselbständigungstendenzen im Betriebsrat zum Gegenstand einer exemplarischen soziologischen Analyse gemacht, die als Modell zu verstehen ist dafür, wie gewerkschaftliche Bildungsarbeit an konkreten empirischen Sachverhalten theoretische Einsichten vermitteln kann.

Antikritisches zur Strategiediskussion (I)

Thomas von der Vring

Die Freunde „. . . sind doch sehr interessiert,
Ob einer fromm und schlicht nach altem Brauch.
Sie denken: duckt er da, folgt er uns eben auch".
Goethe, Faust

In der nk-21 hatte ich Probleme einer neuen sozialistischen Strategie zur Diskussion gestellt. Vier Beiträge sind dazu in der nk veröffentlicht worden. Während einer von diesen, der Beitrag R. Hoffmanns (nk-22), konkrete Antworten und Vorschläge vortrug, beabsichtigten die anderen — F. Lamm (nk-21), E. Lenk (nk-23) und O. Negt (nk-24) — meinen Artikel inhaltlich wie methodisch zu kritisieren. Die drei letzteren nötigen mich zu einigen klarstellenden Ausführungen sowie zu Antikritik. In ihnen drücken sich wesentliche Mängel unseres Denkens aus. Meine antikritischen Bemerkungen verstehen sich daher auch als Beitrag zur Soziologie linkssozialistischen Denkens.

I Vom Schreiben und vom Lesen

„Gewöhnlich glaubt der Mensch, wenn er nur Worte hört, es müsse sich dabei doch auch was denken lassen."
Goethe, Faust

Die erstaunlichste Erfahrung, die mir die Kritiken zuteil werden ließen, bestand in der Wahrnehmung einer erheblichen Diskrepanz zwischen dem Inhalt des Geschriebenen, wie er von mir beabsichtigt war, und seiner Rezeption durch die lesenden Kritiker. Möglich, daß ich mich hier und da mangelhaft ausgedrückt habe; offensichtlich aber entstand die Diskrepanz wesentlich aus der Verschiedenheit der Art zu schreiben und der Art zu lesen.
Wenn ich schreibe, stelle ich einen Gedankengang dar. Mittel der Darstellung sind in der deutschen Sprache Worte, Wortstellung im Satz und sogar Satzzeichen. Alle drei haben sie denselben Rang im Verfahren schriftlicher Formulierung. Anders das Lesen meiner Kritiker Negt und Lenk, dessen Methode in unseren Kreisen sehr verbreitet ist. Erster Blickfang ist dabei das isolierte Wort oder die isolierte These. Man ergreift sie, will sie isoliert festhalten. Erst dann sucht man, korrektiv, unter Umständen der Zuordnung von Worten und Sätzen Inhaltliches zu entnehmen.

Zunächst mag hierbei die sozialistische Rhetorik im Spiel sein. In der Kommunikation der intellektuellen Kleingruppe dominiert die Rede, und in anarchischem Ringen ums Gehör, das zugleich Ringen um Einfluß ist, regrediert der rhetorische Stil, welcher im wissenschaftlichen oder parlamentarischen Rahmen durchaus die Ausdrucksfähigkeit von Literatur zu erreichen vermag, zum undifferenzierten Wortgefecht. Ein rhetorischer Primitivstil bildet sich heraus, der Stil der verdoppelnden Rede, von These und Interpretation. Aussagen werden zunächst zu gleichsam gegenständlichen Thesen geronnen, welche als Schlagwaffen und Trademarken verwendbar sind. Ihnen folgt die umschreibende Interpretation, eingeleitet etwa durch die Worte: „das heißt", „das meint", „damit will ich sagen" . . . — Daraus, daß man sich nicht ganz traut, solch rhetorische Springprozession zu Papier zu bringen, gleichwohl aber beim Lesen so zu verstehen neigt, entstehen die häufigen Mißverständnisse.

Aber nicht nur formale Ursachen hat dieses falsche Begreifen. Die Diaspora-Situation der Theorie hält deren Anhänger in lauernder Abwehrbereitschaft. Freund oder Feind? — das ist die erste Frage einer geistigen Konfrontation. Losungsworte sollen auf sie die Antwort geben. Das Auge überfliegt die Worte und sucht nach Schlüsselformen, die als Ausweis rechter oder unrechter Gesinnung gelten. Daher — ganz unbewußt — zuerst der Griff nach den Worten und thesenartigen Definitionen. Was schert das Ganze, wo es unrechte Gesinnung den geeichten Maßstäben gegenüberzustellen gilt — nicht um zu überzeugen, sondern um anzuprangern. Die erstarrte Weise des Begreifens gießt Worte und Satzfetzen gleichsam übers Schüttelsieb und prüft dann, was in den Fächern sich angesammelt hat.

Überall, wo die Frage nach der „Partei"-Zugehörigkeit dominiert, schleicht sich diese Methode der Auseinandersetzung ein.

II Zur Funktion des Strategiebegriffes

„Die Dogmatiker haben Marx nur verschieden interpretiert; es kommt aber auch darauf an, seine Theorie zu verändern."
Jürgen Seifert

Mein Artikel in nk 21 hatte nicht zum Ziel, eine neue sozialistische Strategie zu entwickeln. Diese Absicht unterstellt, wie Negt es tut, wären meine Ausführungen in der Tat „außerordentlich dürftig" (Negt, nk 24, S. 3). Der Begriff der Strategie sollte hier vielmehr als Instrument einer Theoriekritik dienen, die zu Konsequenzen führt.

Anlaß zu diesem Bemühen war mir die Einsicht gewesen, daß unsere Köpfe vielfach noch voll von dogmatischen Vorstellungen und Auffassungen sind, denen unser bisheriges Verfahren aphoristischer Theoriekritik nicht beizukommen vermag. Die Dogmatisierung der Theorie ist Produkt der Geschichte der Arbeiterbewegung. Die Marxsche Theorie, in der diese Dogmen alle wurzeln, hatte die Welt interpretiert in der Absicht, sie zu verändern. Von Marx, von Engels und von den theoretischen Führern der Arbeiterbewegung wurde sie daher notwendigerweise umgemünzt in praktische Konsequenzen, in Strategie. Sei es nun, daß diese strategischen Konsequenzen falsch gezogen, sei es, daß sie nicht oder falsch realisiert worden sind — die Resultate des Handelns entsprachen immer weniger den Intentionen und Erwartungen. Vernünftigerweise hätte der Mißerfolg der tatsächlich angewandten Strategie dazu führen müssen, daß von ihr ausgehend die Theorie, von ihrer konkretesten Explizierung bis hin zu ihrer allgemeinsten Form, Schritt für Schritt überprüft worden wäre, um den Mißerfolg zu begreifen und die Theorie wie deren strategische Implikation, wo nötig, zu korrigieren.

Dies aber war in der deutschen Arbeiterbewegung schon früh nicht mehr möglich. Die Organisation hatte sich verselbständigt und ertrug ihre konsequente Veränderung nicht mehr. Während sich ihre Praxis immer mehr von ihrem Programm entfernte, leugnete sie ihr tatsächliches Versagen und verbot, an der Theorie zu zweifeln. Theorie wurde der Kritik entzogen, mehr und mehr tabuiert und zur Dogmensammlung stilisiert. Die wachsende Diskrepanz zwischen Dogma und Realität wurde durch Exegese überbrückt, die den Schatz der Dogmen erweiterte. Theorie gewann die Funktion einer bürokratischen Integrationsideologie.

Dieser langwierige Prozeß ist äußerst folgenreich gewesen. Da das geforderte „Bekenntnis" zur sozialistischen Arbeiterbewegung gleichbedeutend wurde mit „grundsätzlicher" Zustimmung zu den Dogmen, wurden alle Kritikversuche in die Verästelungen der Exegese gedrängt und damit ebenfalls verdinglicht. Sowohl der Luxemburgsche als auch der Bernsteinsche Ausbruchsversuch erlitten dieses Schicksal.

Ausdruck und Sinn der Tabuierung ist die Reinigung der Theorie von allen direkt praktischen Konsequenzen. In der Sozialdemokratie geschah das durch die Rechtfertigung „revolutionären" Abwartens. Sichversagen gegenüber der Praxis ist das Signum verdinglichter Theorie.

Zwar zerfielen im Lauf der Zeit viele dieser Versteinerungen. Doch die völlige Emanzipation des Denkens ist bis heute nicht gelungen. Falsche Fragen, wie die nach Gesinnung und Charakter der Führer der versagenden Arbeiterbewegung, haben die Theoriekritik aufgehalten. Überdies gab die Orthodoxie immer mehr Positionen preis — um den Kern ihrer Theorie nach solchen Grenzbegradigungen desto besser verteidigen zu können. Marx, so hieß es schließlich, habe alles recht gedacht; seine Nachfolger hätten ihn verzerrt. „Marxistisch" wurde zum letzten Inbegriff rechter Gesinnung.

Wohl können, da Marx alles irgendwo und irgendwann gesagt hat, trotz dieses letzten Tabus mit Hilfe belesener Marxexegese alle Dogmen scheinbar überspielt werden. Die meisten Probleme unserer Gesellschaft können bei uns vorurteilsfrei analysiert werden. Doch da die Tabuierung prinzipiell nicht überwunden ist und da infolge Marxscher Elastizität auch nichts zu einer solchen Überwindung nötigt, behält das analytisch-kritische Verfahren in der Methode seinen ursprünglichen verdinglichten Charakter bei. Es bleibt exegetisch. Sein Prozedieren wird weiterhin geführt von zufälligen Fragen: der Blick des Marxisten verfolgt aus Distanz die sozialen Vorgänge und durchstöbert dann, wenn er stutzig wird, „den Marx" nach „Stellen". Die Theorie zerfällt in Zitate. Verändert braucht nichts zu werden. Analyse hat ihre praktische Funktion, damit ihren Sinn verloren.

Wo Glaubenszweifel die Kritik lenken, kann das Resultat solcher Kritik nur deren Beruhigung sein. Politische Kritik dagegen fordert Konsequenzen und prüft durch praktische Fragen. Fragen nach der sinnvollsten Praxis zerreißen das theoretisierende Spiel. — Doch sachte: gerade die Brutalität der praktischen Fragen war es ja gewesen, welche dereinst die linken Theoretiker zur Flucht in die Dogmatisierung getrieben hatte. Sollten heute die Linkssozialisten unvermittelt vor praktische Probleme gestellt werden — das Ergebnis wäre abzusehen.

Praktisches Denken will geübt sein, bedarf der Methode. Es übt sich im Spiel an praktischen Modellen. Es reflektiert seine richtige Methode und läßt sich von ihr leiten. Es beginnt, Schritt für Schritt die konkrete Situation zu analysieren und zugleich nach den praktischen Konsequenzen zu fragen. Dabei bedient es sich gerne Marxscher wie anderer Einsichten — nur mit Zitaten ist ihm nicht geholfen. Die Manöverkritik differenziert die praktischen Fragen, die Fragen an die Theorie. Damit impliziert sie Differenzierung der Theorie selbst.

Es ist durchsichtige Apologie zu meinen, der objektive Mangel an Möglichkeiten zu einer direkten Praxis sei für die Ziellosigkeit unseres theoretischen Bemühens verantwortlich. Gewiß kann nicht bezweifelt werden, daß der stärkste Zwang zur theoretischen Konkretion von der unmittelbaren Praxis ausgeht. Doch einmal nötigt eben die heutige Enge des praktischen Spielraumes — sofern man den Spielraum überhaupt als gegeben erkennt — zu schärferer Analyse. Und vor allem vermag bereits das praktische Denken im

Planspiel die politischen Konsequenzen zu überprüfen und so der Theoriekritik Hinweise geben.
Praktisches Denken, das seine eigene Methode reflektiert, ist s t r a t e g i s c h e s Denken. Strategisches Denken in die sozialistische Diskussion einführen heißt, selbstgenügsames abstrakt-theoretisches Denken zu politisieren. Es heißt, dauernd vorurteilslos nach neuen Möglichkeiten und nach neuen Formen des politischen Handelns zu suchen. Es heißt, alle bisherigen strategischen Vorstellungen in Frage zu stellen. Es heißt, diese Vorstellungen dort, wo sie nicht weichen wollen, auf ihre theoretische Vermittlung hin zu überprüfen. — S t r a t e g i e selbst ist also die transformierte Theorie, in Form von praktischen Konsequenzen. Und die Verwirklichung der Strategie ist das reflektierte und organisierte Handeln (und Nicht-Handeln).
Soviel zur Klarstellung der Funktion des Strategiebegriffes in unserer Diskussion. Seine Implikationen sind in meinen Bemerkungen in nk 21 dargestellt. Und einen Vorgeschmack von der Wirksamkeit strategischen Denkens gibt Hoffmanns Artikel (nk 22), den gerade die Theoretiker g e n a u lesen sollten. Die theoretische Diskussion, die eine Konfrontation des Hoffmannschen Artikels mit unserer bisherigen Theorie hervorrufen m u ß, wenn beide ernst genommen werden, diese Diskussion wird die Produktivität des strategischen Denkens auch gegenüber der Theorie erweisen.

III Zu NEGTS Geist der Dialektik (nk 24)

> „Man ersieht übrigens aus dem ganzen Passus, mit welcher Freudigkeit der ‚kanzelberedsamkeitliche' Kirchenvater noch immer seinen ‚weltumstürzenden' Glauben an die geheimnisschwangere Macht der bisherigen Theologen und Philosophen bekennt." Marx-Engels, Deutsche Ideologie

Eine umfassende Kritik an der Negtschen Methode und an seinen Anschauungen ist hier nicht beabsichtigt; sein glossierendes Verfahren erlaubt das nicht. Die grundsätzliche Auseinandersetzung kann erst erfolgen, wenn Negt seine Position selbst umrissen hat. Andererseits sehe ich auch keinen Sinn darin, mich gegen seine polemischen Entstellungen und Unterstellungen zu wehren. Eine Gegenüberstellung von Negtscher Kritik und meinem Artikel in nk 21 wird sie Interessenten ohne mein Zutun offenbaren. Gewiß hat auch seine Polemik Methode, ja Eigengesetzlichkeit — ich habe oben einiges dazu gesagt. Um sie zu exemplifizieren, beschränke ich mich aber auf den Lenkschen Beitrag, wo sie sich unumwundener äußert.
Meine Kritik an Negt beschäftigt sich in erster Linie mit einigen Momenten der Verdinglichung in seinen theoretischen Ansichten. Wie zu zeigen sein wird, versteht Negt die sozialistische Theorie als auf Fundamenten beruhend, von denen er nicht etwa annimmt, sie seien durch die gesellschaftliche Entwicklung noch nicht überholt — darüber könnte man sich ja ruhig unterhalten —, sondern die er für Wahrheiten hält, welche von keiner historischen Entwicklung umgestoßen werden k ö n n e n, solange die sozialistische Revolution sich nicht vollzogen hat. Wer also diese Fundamente in Frage stellt, hat von vornherein unrecht. Flexibel ist Negts Marx-Interpretation dagegen in allen Fragen der historischen Konkretion, die diese Fundamente nicht berühren.
Da er Theorie so versteht, gerät er notwendig in die Rolle des Verteidigers der „Fundamente", in die Rolle das Apologeten. An einem theoretischen Artikel interessiert ihn zunächst, ob dieser die Fundamente bedroht. Wo Negt solches wähnt, greift er zu. Und zwar neigt er dabei wenig zur immanenten Kritik; vielmehr repetiert er unvermittelt die ehernen Theorien. Oft genügt ihm schon der Argwohn, es könne Böses gemeint sein, um zum eindrucksvollen Repetitorium anzuheben. Für jenes, das der Artikel wollte, in diesem Fall für die Funktion strategischen Denkens, interessiert sich Negt kaum. Er gibt sich wenig Mühe, einen Sinnzusammenhang zu verstehen. Besonders schlimm treibt er es mit Hoffmanns Artikel. Je weiter theoretische Äußerungen von seinen Fragen nach dem abstrakten Wesen sich entfernen, desto fremder sind sie Negt. Sie fallen nicht in sein Ressort. Negts Theorieverständnis bleibt abstrakt und unpolitisch.
Vorweg zu Negts falschem Strategiebegriff:

> „Der aus der Militärsprache auf zivile Vorgänge übertragene Begriff der Strategie, der bereits in seiner Anwendung auf bestimmte Forderungen der sozialdemokratischen Parteiprogramme fragwürdig ist . . ." (Negt, nk 24, S. 3)

Negt assoziiert, wo es gälte zu begreifen. Er negiert allen theoretischen Inhalt des Strategiebegriffes und hält am vorbegrifflichen Verständnis des Wortes aus der Alltagssprache fest.
Im militärischen und nächst ihm im einzelwirtschaftlichen Bereich hat sich das strategische Denken zuerst, und zwar noch in spezieller Form, entfaltet, weil dort das „bei Strafe des eigenen Unterganges" in besonderem Maße zu hoher Rationalität des Verhaltens, also zu dessen Reflexion gezwungen hat. Aber erst in der mathematisch-spielerischen Analyse von Spielen hat man die allgemeinen Strukturbedingungen eines jeden rationalen Kampfverhaltens erkannt. Und zur Einführung der Methode strategischer Verhaltensreflexion in die politischen Kämpfe ist noch ein weiter Weg, den möglicherweise die Herrschenden rascher gehen werden als die Beherrschten.
„Strategie" und „Spieltheorie" sollten also nicht mit den gängigen Vorstellungen von „Militär" oder „Spiel" — welche Spannweite! — assoziiert werden. Und was ihre Anwendung auf sozialdemokratische Programme betrifft, die Negt als fragwürdig ansieht; diese sollen die Frage klären, ob mit Umsetzung der Programme in sozialistische Praxis dem sozialistischen Ziel gedient worden wäre. Das ist eine grundlegende Fragestellung, deren Notwendigkeit nicht bestritten werden kann, wenngleich sie nicht der Aufgabe enthebt, die Programme ihrerseits auf Elemente gesellschaftlicher Entfremdung hin zu untersuchen. Das eine dient dem anderen.

Sicherlich hätte die wissenschaftliche Entlarvung strategischer Irrtümer in sozialdemokratischen Programmen zu ihrer Zeit wenigstens in gewissem Umfang die Praxis der Arbeiterbewegung gefördert. — Doch: Wat de Bur nicht kennt, dat fret er nicht.

Ich hatte gesagt, Strategie politisiere theoretisches Denken, vermittle Theorie und Praxis und werde dadurch zum Instrument permanenter Theoriekritik (nk 21, S. 6).

Dagegen Negt:

> „Nicht Strategien sind ‚Instrumente permanenter Theoriekritik', konkrete Vermittlungsinstanzen zwischen kritischer Theorie und praktischer Veränderung der Realität, sondern die Organisationen der Arbeiterschaft, durch die Programme, Strategien und Beschlüsse überhaupt erst die objektive Möglichkeit erhalten, realisiert zu werden." (nk 24, S. 4)

Welch ein Satz! In ihm offenbart sich verdinglichende Rezeption von Theorie durch Negt. Schon die Sprache verrät. Ich sprach von „Instrumenten" (Mitteln) der Vermittlung von Theorie und Praxis; ihm geraten sie unversehens zu „Vermittlungsinstanzen" (Subjekten, d. V.) — anders als Negt spricht sein Kronzeuge Lukacs von der Organisation als der „Form der Vermittlung" (Lukacs, Geschichte und Klassenbewußtsein, Berlin 1923, S. 303).

Hingestellt als Beleg der obigen Antithese Negts, erscheint das isolierte Lukacs-Zitat (nk 23, S. 4) als Ausdruck bürokratischer Apologie. Folgten wir dieser Antithese, so müßten wir in der Tat die „Organisation" der Arbeiterbewegung, die Lukacs nennt, als Institution, als „Instanz" verstehen, als jene Organisation, deren Charakter Lukacs selbst als bloß „gewachsen" kritisiert (Lukacs, a. a. O., S. 301), kurz: als die verdinglichten Apparate der Arbeiterbewegung, Partei und Gewerkschaften. Lukacs geht es aber in dem von Negt berührten Zusammenhang um jenen Begriff von Organisation, der sich als organisiertes Handeln versteht, in Negation zum unvermittelten, „bloßen Handeln" (Lukacs, a. a. O., S. 302). „Die Frage der Organisation einer revolutionären Partei", so sagt Lukacs, „läßt sich aber nur aus einer Theorie der Revolution selbst organisch (d. h. in der Praxis — v. d. V.) entwickeln" (ebenda, S. 300). Die kritische Theorie versteht eben, wo es um die richtige Praxis geht, Begriffe wie „Partei" und „Organisation" als Formen organisierten Handelns. Wo Organisationen dagegen zu „Gegenständen" geworden sind, die den praktischen Forderungen Widerstand leisten, werden sie Gegenstand strategischer Kritik. Die Doppeldeutigkeit des Organisationsbegriffes drückt den wesentlichen Widerspruch von Gesellschaft aus. (Apropos „Stellen": vergl. Brief Marx an Bolte, 29. Nov. 1871.)

Verstanden als Form des organisierten Handelns besteht kein Widerspruch zwischen „Organisation" als „Form der Vermittlung von Theorie und Praxis", wie Lukacs sich ausdrückt (a. a .O., S. 303), und meiner Auffassung, daß Strategie Theorie und Praxis vermittle (nk 21, S. 6). Denn die von mir genannte „Verwirklichung der Strategie", „das ‚hic Rhodos' für die kritische Theorie" (ebenda), ist nichts anderes als das organisierte Handeln. Gerade die Frage nach der Strategie zwingt die Theorie dazu, „den Weg zu ihrer Verwirklichung zu zeigen", „ins Organisatorische umzuschlagen" (Lukacs, a. a. O., S. 303). Die Strategie nennt die Träger der Aktion, die Form des Handelns, den voraussichtlichen Verlauf des Kampfes, die erwarteten Reaktionen und Ergebnisse (nk 21, S. 6). Sie gibt umfassende Antwort auf die Frage: „Was tun?" Ihre Verwirklichung ist das organisierte Handeln selbst.

Der Begriff der Strategie umfaßt den der Organisationsform, während Negt Strategie unkritisch als Moment der Organisation erscheinen läßt (nk 24, S. 4). Nicht die Organisation hat eine Strategie; vielmehr fordert jede Strategie bestimmte Formen der Organisierung des Handelns. Nicht die vorgefundenen, festen Organisationen sind für die Strategie zuständige „Instanzen"; das hieße sie zu Richtern in eigener Sache machen; daß es in der Arbeiterbewegung bisher so gewesen ist, ist eben Ursache ihres Scheiterns geworden. Vielmehr sind diese vorgefundenen Organisationen Gegenstände strategischer Kritik.

Negt macht eine nicht ganz verständliche Andeutung, die er leider nicht ausführt, obgleich er damit einen klärenden Beitrag zur Diskussion hätte leisten können. Er spricht von der „proklamierten Klassenkampfstrategie, der die organisierte Massenbasis einer Kampfpartei von vornherein fehlte . . ." (nk 24, S. 4). Gemeint ist wohl die Marxsche Klassenkampfstrategie. Will Negt sagen, diese sei nicht für die Praxis einer Massenpartei bestimmt gewesen? Wenn ja: für wen sonst? War es die Strategie zweier Männer, die von England aus die Welt verändern wollten? War es die Strategie der I. Internationale, einer Kaderorganisation? Fragen über Fragen knüpfen sich an.

Diese Fragen alle beantwortet: Wie steht es mit der Marxschen Fehlanalyse der kapitalistischen Entwicklung? Mußte diese nicht eine falsche Strategie zur Folge haben? Warum geht Negt nicht auf diese zentrale Frage ein? — Die Frage, wie und durch wen die allgemeine Analyse Marx' zu konkreten strategischen Konsequenzen umgeformt wurde, habe ich nicht behandelt, weil es für mich außer Frage stand, daß diese strategischen Konsequenzen im Verlauf der Entwicklung zu Aktionsanweisungen einer Massenpartei werden mußten. Engels jedenfalls hat, abgesehen von seiner späten Kritik an der Verelendungstheorie, sich ganz hinter das Erfurter Programm gestellt.

In übrigen will ich es dahingestellt sein lassen, inwieweit die Marxsche Klassentheorie, wie Negt meint, „ein Hauptinstrument" zur Bestimmung der Strategie in der russischen und der chinesischen Revolution gewesen ist, die Negt erstaunlicherweise als „proletarische" versteht (nk 24, S. 4), ebenso die sich aufdrängende Frage, ob die Mängel dieser Theorie sich in diesen Revolutionen ausgewirkt haben. Negts

Apodiktum spricht die Sprache der „Tatsachen“ gegen die Kritik.

Anfänglich setzt Negt den Begriff „reformistisch“ in distanzierende Anführungszeichen. Dann aber spricht er ungeniert vom Inbegriff der sozialdemokratischen Politik, „deren Reformismus v. d. Vring jedoch nicht nur akzeptiert, sondern konsequent erweitern will“ (nk 24, S. 4). Was soll das? — „Reformismus“ ist ursprünglich eine denunziatorische Plakette, welche die Kautskyaner ihren Kritikern umgehängt haben. „Reformismus“ verhält sich zu „Kautskyanismus“ etwa so wie „Trotzkismus“ zu „Stalinismus“. Gegenwärtig erweist sich der Terminus „Reformismus“ ja wieder einmal — im chinesisch-sowjetischen Konflikt — als sinnloser Knüppel rivalisierender Bürokratien. Eine gewisse Affinität zum bürokratischen Denken ist denn auch bei Negt häufig festzustellen. Es spricht aus ihm die Furcht vor „Aufweichung“ der Fundamente der Theorie — wie auch die sozialistischen Bürokratien vor einer „Aufweichung“ ihrer theoretisch „untermauerten“ Position stets in Furcht leben. Orthodoxie ist möglicherweise das Schicksal von Theoretikern angesichts der Notwendigkeit, dem gesellschaftlichen Sog zur Anpassung zu widerstehen bzw. die Genossen im Widerstand zu „festigen“. Doch sollte man um der Entfaltung kritischer Theorie willen sich dieser Zwangslage bewußt sein; zu schnell erstarrt die historisch bedingte Einsicht, wenn die Kritik dogmatisch oder gar denunziatorisch pariert wird.

In der kritischen Diskussion bezeichnet der Begriff „Reformismus“ entweder den theoriefeindlichen Pragmatismus sozialdemokratischer Politiker und Gewerkschafter, der selbst u. a. Produkt der Kompromittierung von Theorie durch die Orthodoxen ist, oder eine Politik, welche die Schranken der Klassenverhältnisse nicht zu überschreiten sucht. Politik, die die Gesellschaft schrittweise verändert, deren Mittel „Reformen“ sind, konnte dagegen nur von wortradikalen Nur-Revolutionären abgelehnt werden. — Übrigens wird in diesem Zusammenhang ein Grund für das enge Verständnis des Strategiebegriffes deutlich: Verzicht auf eine revolutorische Praxis bedeutet uno actu Verzicht auf Differenzierung der Strategie. Die Entfaltung des Strategiebegriffes erfolgt dagegen notwendig in solchen Machtkämpfen, die sich in Gestalt eines langwierigen Ringens um Teilerfolge vollziehen. Solche Machtkämpfe bedürfen eines differenzierten strategischen Instrumentariums.

Die verbreitete Methode, eine Aussage für eine absolute Negation zu nehmen, oder aber sie so zu verstehen, als intendierte sie, alles gesagt zu haben, verführt Negt wiederholt zu Mißverständnissen. Ein Beispiel:

Ich hatte festgestellt, daß die verschiedenen objektiven Interessen von Kapitalisten und Beherrschten den Klassengegensatz in der kapitalistischen Gesellschaft „konstituieren“ (nk 21, S. 14). Darüber erregt sich Negt und repetiert, daß die objektive Stellung der Menschen im Produktionsprozeß das Wesensmerkmal im Klassenantagonismus ist, daß die Klasseninteressen nichts Naturwüchsiges sind (nk 24, S. 4). — Über diese Analyse besteht keine Meinungsverschiedenheit. Doch muß die „Chose“ erst mal durch die Köpfe der Menschen hindurch. Nicht objektive Stellungen an sich stehen sich gegenüber, sondern Menschen, von denen die einen auf Grund ihrer Interessen im Widerspruch zu ihrer Position stehen und die anderen ihre Position verteidigen, w e n n sie bedroht werden. Ohne die unmittelbaren Interessen der Menschen, die sich durch die Produktionsverhältnisse vermitteln, gäbe es keinen Klassengegensatz, sondern nur Rollen. — Auch die daran anschließenden Ausführungen Negts sagen weder mir Widersprechendes noch Neues.

Ebenso ohne erkennbaren Grund fragt Negt, ob die in meiner Skizze nacheinander angesprochenen strukturellen Konflikte — Klassenantagonismus und Konkurrenz unter den Kapitalisten — einander „gleichgeordnet seien (nk 24, S. 5). Mir braucht er das, was dann folgt, nicht zu erzählen. Gerade für die strategische Analyse ist die Unterscheidung zwischen unabdingbarem Antagonismus einerseits und den Konkurrenzverhältnissen im Lager beider Antagonisten andererseits grundlegend. Sie geht nicht zuletzt von der Einsicht aus, daß die beiderseitigen Konkurrenzverhältnisse bestimmend sind für das Machtverhältnis zwischen den Antagonisten. Sie weiß, daß Konkurrenz in vielen Formen, z. B. Koalitionen, Versicherungen, Genossenschaften, Kartellen, Konzentration des Eigentums, geschwächt oder ganz überwunden werden kann. Und sie versucht deshalb, im eigenen Lager die Konkurrenz aufzuheben, im gegnerischen dagegen u. U. zu fördern.

Einer Anschauungsweise, die gegen „Reformismus“ polemisiert und sich die Überwindung des Kapitalismus nur auf dem Wege der Expropriation des hochkonzentrierten Kapitals vorstellen kann (der Kapitalismus müsse erst alle seine potentiellen Kräfte entfalten, ehe er „reif“ sei, überwunden zu werden, so lautet ein Dogma der Orthodoxen), erscheint die Frage nach den Konkurrenzverhältnissen des Kapitals als irrelevant für die revolutionäre Strategie. Wenn die Analyse solche Probleme vernachlässigt, weil sie die Unterscheidung zwischen Wesen und Erscheinung, die für die Bewegung der Theorie von Interesse ist, in ein Kriterium für größere oder geringere p o l i t i s c h e Bedeutung verwandelt, dann zeigt das, wie sehr fixierte theoretische Anschauungen den politischen Horizont einengen können. Die Fixierung reproduziert sich auf allen Stufenleitern. — Auch hier könnte die strategische Fragestellung das politische Interesse der Theoretiker und damit die Agibilität der Sozialisten vergrößern.

Negt, der immerhin zugesteht, daß die Verelendungstheorie „heute in der Tat einer Ergänzung und Erweiterung bedarf“ (nk 24, S. 5), antwortet mir eilfertig: mit ihr „fällt nicht die gesamte Marxsche politische Ökonomie oder gar der historische Materialismus“ (ebenda). Damit repliziert er auf meine Aussage, die fragwürdige Verelendungstheorie verlange „eine fundamentale Diskussion der Marxschen ökonomischen Theorien“ (nk 21, S. 14). Der alte Negt! Wo ich fundamentale

Diskussion der Marxschen ökonomischen Theorie fordere, hört das Ohr des Gralshüters, es gehe um deren Fall. — Das hat seinen Grund in dem eigenartigen Theorieverständnis Negts, das er mit den Orthodoxen teilt. Am Beispiel der Verelendungsthese Marx' wird es besonders deutlich:

Als die historische Entwicklung immer offenbarer jene leichtfertigen Marxschen Vorhersagen über die zunehmende Verelendung als falsch erwiesen, gerieten die Orthodoxen ins Schwitzen. Scheinbar zu ihrem Heil fanden sie dann im „Kapital" einen Hinweis, den sie als Rettungsanker für die Integrität der Marxschen Theorien auswarfen. Es ist jene berühmte Stelle, in der Marx vom „absoluten, allgemeinen Gesetz der kapitalistischen Akkumulation" spricht, das „gleich allen andren in seiner Verwirklichung durch mannigfache Umstände modifiziert" wird („Kapital", Bd. I, Berlin 1959, S. 679). Dem entspricht getreulich die Vorstellung Negts von allgemeinen Naturgesetzen der kapitalistischen Akkumulation, denen die „historische und gesellschaftliche Konkretion noch fehlt" (nk 24, S. 5). Im Falle des Verelendungsgesetzes sieht das nach Negt etwa so aus: Solange die Arbeiter sich nicht zu wehren vermögen, wirkt sich das Gesetz aus. Sobald sie aber in die Lage kommen (durch „mannigfache Umstände"), Trade Unions zu gründen, vermögen sie die Wirkung dieses Gesetzes zu brechen oder zu schwächen.

Wenn man die Dialektik ernst nimmt, werden solche „absoluten" Gesetze sinnlos (es sei denn, man verstehe sie als kurzfristig wirksame Tendenzen, dann aber kann man sie nicht als „absolut" bezeichnen). Richtig ist es, die verdinglichte, zweite Natur und die sich gegen deren Zwang wehrenden Menschen als zwei einander entgegengesetzte Subjekte des einen historischen Prozesses zu verstehen. Gerade aber, weil die Menschen selbst Subjekte der Geschichte sind — in irgendeiner Weise haben sich die Unterdrückten immer gegen den sozialen Zwang gewehrt, mit hohem oder mit geringem Bewußtsein; die Verdinglichung war nie absolut —, ist es nicht möglich, die Entfaltung dieser zweiten Natur absolut zu sehen. Die Entwicklungstendenzen der zweiten Natur werden stets durch den Widerspruch der Unterdrückten mitbestimmt und dauernd verändert, wie auch die zweite Natur die Reaktionen der Menschen beeinflußt. Die Entfaltung der Gesellschaft ist Resultat dieses fortwährenden Widerspruches, und nur dort, wo die Unterlegenheit der Beherrschten (ihre Objektivierung) extrem ist, kann für kurze Geltungsdauer ein approximatives „Naturgesetz" der Entwicklung abstrahiert werden.

So ist beispielsweise die verbreitete Anschauung unhaltbar, die Akkumulation des Kapitals lasse sich zu einem Entwicklungsgesetz verallgemeinern, das absolut — von der Wiege bis zur Bahre des Kapitalismus — wirksam sei, und das nur jeweils verschiedene historische Konkretionen erfahre. Die Entwicklungstendenzen des Kapitals selbst, auch in ihrer „absoluten" Form, verändern sich in der Dialektik zwischen Beherrschten und zweiter Natur dauernd. Die klassische Arbeitswerttheorie taugt nichts mehr zur Analyse des heutigen Kapitalismus, wenn man sie nur „historisch" konkretisieren will. Vielmehr kommt es darauf an, von ihr ausgehend den historischen Wandel der absoluten Entwicklungstendenz des Kapitals selbst, seit der Frühzeit des Kapitalismus, zu analysieren. Ein gewisses Vorbild für ein solches Verfahren hat Marx in den „Theorien über den Mehrwert" gegeben.

Die Vorstellung von der Konstanz — zwischen der kapitalistischen und der sozialistischen Revolution — der absoluten Gesetze der kapitalistischen Entwicklung ist das letzte Refugium sozialistischer Dogmatik. Diese hält die alten historisch bedingten „absoluten" Gesetze noch heute für gültig, sucht ihnen nur die Konkretion zu geben — kein Wunder, daß sie damit nicht zu Rande kommt, daß ihr die ökonomischen Verhältnisse des „Spät"-Kapitalismus so überaus fremd sind. Diese Dogmatik findet auch ihren Ausdruck in der Gelassenheit und Interpretationsbereitschaft der modernen Orthodoxen gegenüber allem, was die historisch-konkrete Analyse anbetrifft, ihre starre Haltung dagegen, wenn die Fundamente, die absoluten Gesetze der Marxschen politischen Ökonomie, zur Diskussion gestellt werden. Diese „Fundamente" könnten in der Tat „fallen" — Negts Argwohn regt sich hier zu Recht. Negt wähnt mich zwar, in meiner Marx-Kritik, vom „Geist der Dialektik verlassen" (nk 24, S. 6). Selbst hält er aber sehr damit zurück, seinen Repliken etwas von jenem Geist mit auf den Weg zu geben — verständlicherweise, denn wenn man diesen so flüchtigen Geist mal auf Flaschen gezogen hat, muß man mit ihm haushalten. So zieht er es vor, mit profaneren Knüppeln vor den fest gemauerten Fundamenten des DIAMAT zu wachen.

Marx dagegen hat selten sich auf solchen Formalismus eingelassen. Das „Kapital" analysiert den Kapitalismus seiner Zeit, auch dessen Genesis, zwar abstrakt, aber nicht unhistorisch. Allenthalben gehen konkrete und abstrakte Aussagen nebeneinander her, und viel zu wenig macht er sich die Mühe, beide in der Darstellung voneinander zu trennen. Thesen wie die folgende müssen daher auch uneingeschränkt und einheitlich kritisiert werden:

> „Mit beständig abnehmender Zahl der Kapitalmagnaten, welche alle Vorteile aus diesem Umwandlungsprozeß usurpieren, und monopolisieren, wächst die Masse des Elends, des Drucks, der Knechtschaft, der Entartung, der Ausbeutung, aber auch die Empörung der stets anschwellenden und durch den Mechanismus der kapitalistischen Produktion selbst geschulten, vereinten und organisierten Arbeiterklasse. Das Kapitalmonopol wird zur Fessel der Produktionsweise, die mit und unter ihm aufgeblüht ist . . . (Die kapitalistische Hülle) wird gesprengt. Die Stunde des kapitalistischen Privateigentums schlägt." („Kapital" I, a. a. O., S. 803).

Längst, ehe es so weit kommen konnte, hatten die Arbeiter auf Grund einer Arbeitsmarktentwicklung, die nur zum Teil

von immanent kapitalistischen Gesetzen bestimmt war, Gewerkschaften zu gründen vermocht und planvoll in die Gestaltung des Arbeitsmarktes eingegriffen. Sie hatten dann, auch als Konsumenten mächtiger geworden, die Nominallöhne und auch die Reallöhne „hochgetrieben". Das bedeutete nicht nur Abnahme der Verelendung und Entschärfung des Klassengegensatzes. Gemeinsam mit den Oligopolen der Wirtschaft setzten die Gewerkschaften eine Preis- und Lohninflation in Gang, die im Laufe der Zeit nicht nur die Krisen dämpfte, sondern selbst die allgemeinen Akkumulationsgesetze des Kapitals veränderte. Profitmaximierung, d. h. Maximierung der Profitrate, sowie Kapitalverwertung verloren wesentlich an Bedeutung. Die heutige Entwicklung des Kapitalismus läßt sich nicht mehr als Bewegung von Wertgrößen begreifen.

Negt läßt sich durch die Phänomene dieser Entwicklung zu Konsequenzen verleiten, die ihn offensichtlich gerade auf jene Bahn der „bürgerlichen" Soziologen führen, auf der man einen orthodoxen Marxisten nicht vermutet. Negt sieht sich genötigt, Strachey zu folgen, der die Marxschen absoluten Naturgesetze der kapitalistischen Akkumulation zu schlichten „wirtschaftlichen Tendenzen" glattstreicht und letzteren die „gewerkschaftlichen und politischen Anstrengungen der Lohnverdiener" unvermittelt gegenüberstellt (nk 24, S. 6). Dankbar schließt sich Negt dem falschen Retter an und führt das Anwachsen der Reallöhne entsprechend der Produktivitätsentwicklung (das nicht einmal mehr Raum für die These von der „relativen" Verelendung läßt) brav auf „außerwirtschaftliche Faktoren" zurück (ebenda).

Wo sind wir denn auf einmal hingeraten? — Wirtschaftlich — außerwirtschaftlich; Wirtschaft — Gesellschaft . . — unversehens wird aus der ursprünglichen Scheidung zwischen strukturellen Wesen der Gesellschaft und dessen historischer Konkretion, die gegenüber der historischen Entwicklung undialektisch beibehalten wurde, eine formale Polarität, der von kritischer Analyse nichts mehr anzumerken ist. Das geht in der Tat an die Wurzeln des historischen Materialismus. — Auch die Dogmatik hat ihre Dialektik!

Negt aber schließt seine Kritik triumphierend, gleichsam einen Strich unter meine Diskussionsbemerkung ziehend, mit Marx:

> „So wenig aber bessere Kleidung, Nahrung, Behandlung und ein größeres Peculium das Abhängigkeitsverhältnis und die Exploitation des Sklaven aufheben, so wenig die des Lohnarbeiters." („Kapital" I, a. a. O., S. 649.)

Amen! — der Seelenfriede des Orthodoxen ist wiederhergestellt, die fundamentale Festung gehalten. — Ich hätte den Satz natürlich auch an den Schluß meines Artikels stellen können, war aber partout nicht auf diesen dramaturgischen Einfall gekommen.

Ich habe hier Negt hart angefaßt, obgleich ich ihm keineswegs Übles will. Auch erkenne ich es dankbar an, daß Negt seine Position so offen verteidigt. Denn es ist sonst gar nicht gang und gäbe, solcher Kritik sich zu stellen. Meist weigert sich die angegriffene Position, Farbe zu „bekennen". „Das kann man nicht so sagen!" — „Das ist zu hart!" — „Da sind eine Menge von Fragezeichen zu setzen!" — mit derlei Sprüchen pflegt man sich sonst gegen „fundamentale Kritik" abzuschirmen. Vielleicht drängt gerade die Tatsache, daß ihm allein die Rolle des Marx-Verteidigers überlassen wird, Negt in jene dogmatische Negation der Kritik. So ist bei uns heute weder die Praxis noch die Strategie noch die Organisation das „Hic Rhodos!" theoretischer Kritik — sondern Oskar Negt. (Fortsetzung folgt)

J.-P. Sartres Versuch einer marxistischen Anthropologie

Dieter Rave

Unter dem Schlagwort „Marxismus und Existentialismus" wird seit Kriegsende eine umfangreiche philosophische Diskussion ausgetragen, die sich um das Thema des revolutionären Humanismus dreht. Die Diskussion begann in der französischen Linken[1]); einer der wichtigsten und umstrittensten Teilnehmer an ihr war Jean-Paul Sartre, dem Heidegger 1946 vorwarf, er verstehe nichts von Marxismus[2]). Dieser damals berechtigte[3]) Vorwurf kann heute nicht mehr erhoben werden. An seine Stelle sind Aussagen wie folgende getreten: „die Existenzphilosophie, die als unendliche Reflexion bei Kierkegaard begann, um den Menschen aus allen ihn bedingenden Systemen herauszuführen, in seine angeborene Freiheit, endet bei Sartre mit der Selbsterniedrigung zum Enklavengewächs ohne Eigenwert auf dem universellen Humus der marxistischen Philosophie"[4]); „. . . (Sartre versucht) den Marxismus in eine Version des Existentialismus umzugestalten . . . (er) beschränkt sich darauf, das, was er Marxismus nennt, dem unterzuordnen, was er Existentialismus nennt"[5]). Beide Urteile beziehen sich auf das gleiche Werk — auf Sartres zweites philosophisches Hauptwerk:

> Jean-Paul Sartre — „Critique de la Raison dialectique (précédé de: Question de méthode) — Tome I: Théorie des ensembles pratiques", Gallimard, Paris 1960 — 755 S., Ff 25,— [6]).

Wie erklärt sich die Diskrepanz dieser Urteile? Wie erklärt es sich, daß aus dem philosophisch unerbittlichen Gegner des Marxismus, aber politisch wohlwollenden Freund der KPF (1946) Sartre ein Anhänger des Marxismus wurde, der schreibt, der Marxismus sei die „unüberschreitbare Philosophie unserer Zeit" (Cr. 9)?

Die Erfahrungen der Résistance belehrten Sartre darüber, daß seine Theorie der Freiheit und der Entscheidung (wie er sie in „L'Être et le Néant" entwickelt hatte) abstrakt war, daß er von ihr aus sowohl eine Kollaboration mit dem Faschismus als auch einen Kampf gegen den Faschismus als auch einen Rückzug ins Private hätte begründen können. Er führt deshalb den Begriff des „engagement" in seine Philosophie ein — des engagements an die Menschheit und Menschlichkeit überhaupt, an die revolutionäre Aktion. Damit motiviert er einerseits seine scharfe Ablehnung des Marxismus als einer dogmatischen a-humanen Philosophie, andererseits seine offene Kollaboration mit der KPF; wobei er sich die Funktion eines schlechten Gewissens der Partei, das von außen auf diese einwirkt, zuschreibt[7]). Er glaubt, diese Rolle spielen zu können, ohne intellektuelle Kompromisse schließen, ohne die Position des strengen Existentialismus aufgeben zu müssen. Doch schon 1952 beginnt er — in seiner Auseinandersetzung mit Camus über die Einstellung zur Sowjetunion[8]) — marxistische Argumente in seine Philosophie aufzunehmen. 1957 erklärt er offen, es gehe ihm nicht mehr darum, den Marxismus von außen zu kritisieren, er wolle ihn von innen heraus in Bewegung bringen[9]). Ihre endgültige Ausformung findet diese neue Position in der „Critique . . .".

Dort bestimmt Sartre das Verhältnis von Marxismus und Existentialismus folgendermaßen: Marxismus als Philosophie artikuliert die Weltanschauung der aufsteigenden Klasse, des Subjekts der geschichtlichen Veränderung des Proletariats. Die marxistische Philosophie hat also weltgeschichtliche Dignität — sie ist Medium der Kultur, Instrument der Emanzipation und gemeinsame Sprache des Subjekts der Veränderung. Als Weltanschauung ist sie kategorialer Rahmen für die Erkenntnis der Wirklichkeit auf allen Ebenen der Allgemeinheit — vom einzelnen Ereignis oder Menschen bis zu universalen Entwicklungstendenzen. Doch gerade diese (heuristische) Rolle erfüllt der offizielle Marxismus heute nicht mehr, denn er ist verkalkt und erstarrt, er ist den Parteibürokraten in die Hände gefallen — den Scholastikern eines voluntaristischen Idealismus. Sartre wirft diesem Marxismus vor, seine Begriffe (Bourgeoisie, Imperialismus, Kapitalismus etc.) seien zu platonischen Ideen degeneriert, sie würden nicht mehr an der zu analysierenden Erfahrung expliziert und präzisiert; an die Stelle der kritischen Analyse seien Dekrete getreten, die jeweils parteioffiziell festlegten, was Tatsache sei und wie diese Tatsache zu beurteilen sei. „Der marxistische Voluntarismus, der sich darin gefällt, von Analyse zu reden, hat diese Operation auf eine simple Zeremonie reduziert. Es handelt sich nicht mehr darum, die Tatsachen in der allgemeinen Perspektive des Marxismus zu studieren, um die Kenntnisse zu bereichern und das Handeln zu erhellen: Die Analyse besteht allein darin, sich vom Detail zu befreien, die Bedeutung bestimmter Ereignisse zu vergewaltigen, Tatsachen zu entstellen oder sogar zu erfinden, um sie dann wiederzufinden — unter all diesem als dessen Substanz unwandelbare und fetischisierte ‚synthetische Begriffe'. Die offenen Begriffe des Marxismus haben sich geschlossen. Es sind keine Schlüssel mehr, keine Interpretationsschemata . . . Aus diesen vereinzelten und fetischisierten Typen macht der Marxismus, um mit Kant zu sprechen, konstitutive Begriffe der Erfahrung. Der wirkliche Inhalt dieser Typen-Begriffe ist immer vergangenes Wissen; aber der Marxist von heute macht daraus ein ewiges Wissen . . .

Das heuristische Prinzip: ‚das Ganze durch die Teile hindurch suchen' ist jene terroristische Praxis geworden: ‚die Partikularität liquidieren'" (S. 28). (Unter so gekennzeichnetem, offiziellem Marxismus versteht Sartre die jeweiligen Doktrinen der kommunistischen Parteien — von Lenin bis Garaudy. Die vielen Zeugnisse eines kritischen, undogmatischen Marxismus, die Tendenzen auf eine — auch „ideologische" — Liberalisierung hin, übergeht er in souveräner Unbekümmertheit.) Die Erstarrung des Marxismus erklärt für Sartre auch, weshalb sich der Existentialismus noch nicht in ihn aufgelöst hat: die im Existentialismus zentrale Thematik des einzelnen Menschen ist im marxistischen Kanon nicht vertreten. Diese Lücke auszufüllen, sieht Sartre als Aufgabe des Existentialismus — eine Aufgabe, die im umfassenden Rahmen der Marxschen Philosophie unter Verwendung Marxscher Methoden zu lösen ist. Damit wird der Existentialismus zur marxistischen Anthropologie. Die „Critique . . ." ist die Entfaltung dieser („strukturellen und historischen") Anthropologie. Der vorliegende erste Band umfaßt in „Question de méthode" Ausführungen über die Methode dieser Anthropologie: „das Ziel meiner Untersuchung wird es also sein aufzuzeigen . . . ob die Erkenntnis und das Verstehen des Menschen durch den Menschen nicht nur spezifische Methoden, sondern auch eine neue Vernunft impliziert, d. h. eine neue Beziehung zwischen dem Denken und seinem Objekt. Mit anderen Worten: gibt es eine dialektische Vernunft" (Cr. 10). Der Hauptteil „Théorie des ensembles pratiques" umfaßt die strukturelle Anthropologie — hier beschreibt Sartre Strukturen der Existenz: Arbeit als Auseinandersetzung des Menschen mit der Natur unter den Bedingungen des Mangels; die Formen der Sozialität, in denen diese Auseinandersetzung mit der Natur ausgetragen wird; die spontanen, organisierten oder institutionalisierten Beziehungen zwischen den Menschen, die durch Arbeit vermittelt sind. Im angekündigten zweiten Band wird Sartre den historischen Teil der Anthropologie entwickeln: die Theorie der Geschichtlichkeit des Menschen im Blick auf die Entwicklung der Geschichte zur Revolution hin.

Die Methodenfrage

Die Methode der marxistischen Anthropologie bestimmt Sartre in einer Auseinandersetzung mit dem Typus der Abstraktion, wie er ihn im offiziellen Marxismus vorfindet.

Er nennt diese Abstraktion universalisierend und wirft ihr vor, das Besondere an ein Universell-Allgemeines zu verlieren; dieses Allgemeine werde zum wahrhaft Konkreten gemacht, demgegenüber Individuelles nur den Status der Zufälligkeit und der beliebigen Austauschbarkeit erhalte. Sartre insistiert gegen den marxistischen „Formalismus" auf der Besonderheit der jeweiligen Situation — deren relative Autonomie dürfe nicht verloren werden im Zuge der Integration des Verschiedenen in Begriffe relativer oder (konkret) totaler Allgemeinheit. Methodische Funktion von Allgemeinbegriffen ist es, ein Ereignis zu situieren, dessen Ort im Koordinatensystem gesellschaftlicher und geschichtlicher Entwicklung zu bestimmen. Sartre führt hierzu die Termini der horizontalen und vertikalen Komplexität ein — horizontale Komplexität erläutert den gesellschaftlichen Bedingungszusammenhang eines Ereignisses, d. h. jeweils vorfindliche Produktivkräfte, Produktionsverhältnisse, Klassenstruktur etc.; vertikale Komplexität fügt die historische Dimension zur gesellschaftlichen hinzu, sie umgreift den vergangenen und (soweit als Tendenz erkennbar) zukünftigen Prozeß der Entwicklung dieser Verhältnisse. Die Methode, die die Bestimmung des Stellenwerts eines Ereignisses, eines Menschen oder eines Produkts des Menschen leistet, nennt Sartre „progressiv-regressiv": „wir definieren die Methode existentialistischer Annäherung als eine regressiv-progressive und analytisch-synthetische Methode; sie ist im gleichen Augenblick ein bereicherndes Hin-und-Her zwischen dem Objekt (das die ganze Epoche als hierarchisierte Bedeutungen enthält) und der Epoche (die das Objekt in seiner Totalisation enthält[10]); tatsächlich, wenn das Objekt in seiner Tiefe und in seiner Singularität wiedergefunden ist, statt der Totalisation äußerlich zu bleiben... tritt es unmittelbar in Widerspruch zu ihr: mit einem Wort, die einfache dingliche Gegenüberstellung der Epoche und des Objekts macht plötzlich einem lebendigen Konflikt Platz" (Cr. 94). Es geht Sartre also darum, den Geschichtsprozeß (Totalisation) im Objekt als dessen besondere Charakteristika und Bedeutungszusammenhänge wiederzufinden und vom Objekt her dessen Stelle im Geschichtsprozeß konkret zu bestimmen. Sartre erhebt den Anspruch, daß dies die ursprüngliche Marxsche Methode ist, die nur im Laufe der Entwicklung des offiziellen Marxismus verlorengegangen ist.

Von diesem methodischen Interesse her bestimmt Sartre das Verhältnis von marxistischer Philosophie und Einzelwissenschaften: der Marxismus liefert den kategorialen Rahmen (Geschichtsprozeß — auf den sein Erkenntnisinteresse gerichtet ist), in den empirische Ergebnisse der Einzelwissenschaften eingebracht werden — dabei gibt Sartre allerdings nicht an, inwieweit die jeweiligen einzelwissenschaftlichen Untersuchungsmethoden von dieser Einordnung der Wissenschaften in Philosophie affiziert werden.

Was diese methodischen Ausführungen angeht, trifft die Charakterisierung des Sartreschen Existentialismus als eine Enklave innerhalb des Marxismus durchaus zu.

Die strukturelle Anthropologie

Diese Kennzeichnung des Existentialismus ist aber nicht mehr aufrechtzuerhalten, wenn man die inhaltliche Ausführung der Anthropologie betrachtet. Hier fällt Sartre weit hinter seine erreichte marxistische Reflexionsstufe zurück in das, was er schon immer betrieben hatte: das Aufzeigen mehr oder weniger überzeitlicher ontologischer Strukturelemente des Individuums.

Eine wesentliche Modifikation, die seine Philosophie erfahren hat, ist dabei, daß er ihren Geltungsbereich auf das beschränkt, was Marx Vorgeschichte nannte. Der Existentialismus verliert seine Wahrheit mit der Revolution — eine (andere) Philosophie der Freiheit tritt an seine Stelle. Der Existentialismus (der „Critique...") ist immer noch Philosophie der Freiheit. Aber Freiheit wird im Gegensatz zur früheren Konzeption nun material bestimmt: ein Schlüsselbegriff der „Critique..." ist der Begriff der menschlichen Praxis, deren formale Strukturen und Bedingungen Sartre erarbeiten will.

Praxis steht unter den Bedingungen des Mangels: die Bedürfnisse können nur unvollkommen befriedigt werden — die Befriedigung der Bedürfnisse des einen geht notwendigerweise auf Kosten der Befriedigung eines anderen. Der Kampf der Menschen untereinander um die Mittel zur Lebenserhaltung bedingt jede Form der Sozialität, die nicht auf die Überwindung der Mangelsituation in kollektiver revolutionärer Aktion gerichtet ist.

In ihrem subjektiven Moment ist Praxis freier Entwurf, Äußerung von Freiheit: entworfen wird eine Reorganisation der materiellen Umstände im Hinblick auf eine adäquate Organisation der Mittel zur Bedürfnisbefriedigung. In ihrer Objektivation wird Freiheit negiert einerseits von konkurrierenden Entwürfen anderer (vgl. Cr. 688f.), andererseits von objektivierten Entwürfen (vergangener Arbeit), die sich in die gesellschaftliche Materie eingetragen haben, und Instrumente und reale Möglichkeiten des aktuellen Arbeitens bestimmen; wobei allerdings der Entwurf diese materiellen Gegebenheiten nicht einbezieht, sondern sich erst in seiner Objektivation an die Materialität entfremdet, als Entwurf in seiner Objektivation scheitert. Freiheit ist also unentfremdbare subjektive Potenz, die sich unter den Bedingungen des Mangels (entfremdeter gesellschaftlicher Arbeit) an ihre Veräußerlichung verliert. Sartre spricht von: „... Freiheit — nicht in ihrer unentfremdbaren Existenz, sondern in ihrer immer veränderten oder entfremdbaren Objektivation" (Cr. 402).

Gleiches gilt für kollektives Handeln, auch dessen (intersubjektiv artikulierte) Freiheit scheitert an ihrer Objektivation. Sartre entwirft eine Hierarchie möglicher Formen der Gruppierung, wobei Definitionsmerkmal für die Einordnung

der Gruppe der Grad der Entfremdung des Gruppenhandelns, die Relation dieses Handelns zum ursprünglichen freien Entwurf ist. Auf diese Ableitung kann hier leider nicht näher eingegangen werden.

Die Ausführung der Sartreschen Anthropologie ist insofern noch in den Kategorien des Existentialismus befangen, als Freiheit, Entwurfscharakter des Handelns (kurz: das subjektive Moment des gesellschaftlichen Arbeitsprozesses) nur sekundär vermittelt wird mit objektiven Bedingungen des Handelns (zu denen auch das Subjekt gehört, insofern es in seiner Individualgenese Bewußtsein entwickelt hat an der Verinnerlichung der Äußerlichkeit). Andererseits hat Sartre den Existentialismus seiner frühen Phase in dem Moment überschritten, in dem er nicht mehr die Freiheit an sich selbst, an ihrer Absurdität scheitern läßt, sondern an den Bedingungen entfremdeter Gesellschaft (was er vom naiv naturalistischen Begriff des Mangels her in seine Philosophie einführt). Freiheit ist zu einem kritischen Begriff geworden, der nicht mehr in den Kategorien der Subjektivität befangen bleibt, sondern notwendig auf Revolution verweist — die den Anspruch auf Freiheit erst real einlösen wird.

1) Vergleiche vor allem: Henri Lefebvre, „L'Existentialisme", 1946 — Maurice Merleau-Ponty, „Humanisme et Terreur", 1947 — Jean-Paul Sartre, „Matérialisme et Révolution", „L'Existentialisme est un Humanisme", 1946.

2) „Weil Marx, indem er die Entfremdung erfährt, in eine wesentliche Dimension der Geschichte hineinreicht, deshalb ist die marxistische Anschauung von der Geschichte der übrigen Historie überlegen. Weil aber weder Husserl noch, soweit ich bisher sehe. Sartre die Wesentlichkeit des Geschichtlichen im Menschen erkennen, deshalb kommt weder die Phänomenologie noch der Existentialismus in diejenige Dimension, innerhalb deren erst ein produktives Gespräch mit dem Marxismus möglich wird.
Hierzu ist es freilich auch nötig, daß man sich von den naiven Vorstellungen über den Materialismus und von den billigen Widerlegungen, die ihn treffen sollen, freimacht. Das Wesen des Materialismus besteht nicht in der Behauptung, alles sei nur Stoff, vielmehr in einer metaphysischen Bestimmung, der gemäß alles Seiende als das Material der Arbeit erscheint." Martin Heidegger, „Über den Humanismus", Ffm. o. J. (aus dem Anhang zu „Platons Lehre von der Wahrheit", Bern 1947).

3) Vgl. die Analyse von „matérialisme et révolution" bei: Jürgen Habermas, „Zur philosophischen Diskussion um Marx und den Marxismus", in: Philosophische Rundschau 3/4 — 1957, S. 165 ff. (abgedruckt in: „Theorie und Praxis", Neuwied 1963).

4) Walter Schmiele, Nachwort zu: Jean-Paul Sartre, „Drei Essays", Ffm. 1960 — S. 206.

5) Adam Schaff, „Marx oder Sartre — Versuch einer Philosophie des Menschen", Wien 1964 — S. 42.

6) In deutscher Ausgabe liegt ein Teil der „Critique . . ." — die „Question de méthode" — vor: „Marxismus und Existentialismus — Versuch einer Methodik", Reinbek 1964 (rde Bd. 196). Die Übersetzung ist allerdings sehr mangelhaft. Eine Übersetzung der gesamten „Critique . . ." ist angekündigt.

7) Vgl. Jean-Paul Sartre, „Merleau-Ponty vivant", Temps Modernes 184, Okt. 1961 (abgedruckt in „Situations IV", Paris 1964) — deutsch: „Freundschaft und Ereignis — Begegnung mit Merleau-Ponty", Ffm. 1962.

8) Vgl. Jean-Paul Sartre, „Réponse à Albert Camus", Temps Modernes 82, Aug. 1952 (abgedruckt in „Situations IV").

9) Die Redaktion der polnischen Zeitschrift „Twórczość" bat Sartre für ein Sonderheft über Frankreich um einen Beitrag zur Situation des Existentialismus. Aus den Arbeiten zu diesem Artikel entstand die „Critique . . .".

10) „Totalisation" verwendet Sartre in zwei Bedeutungen: einerseits bezeichnet Sartre mit diesem Begriff den Geschichtsprozeß, den er als Abfolge dynamischer Totalitäten begreift, andererseits ist Totalisation der Erkenntnisprozeß, der den Geschichtsprozeß und die Stelle eines Objekts in diesem Prozeß begreift: „. . . Totalisation als Bewegung der Geschichte und als theoretische und praktische Bemühung, ein Ereignis . . . zu situieren" (Cr. 72).

Zu Paul A. Baran — Politische Ökonomie des Wachstums

Friedrich Griese

Paul A. Baran gehörte zu der großen Zahl europäischer Emigranten, die durch den Stalinismus und den Faschismus gezwungen wurden, in Amerika Zuflucht zu suchen. Im Gegensatz zu anderen emigrierten Sowjetbürgern hat er jedoch nie seine marxistischen und sozialistischen Anschauungen geleugnet und dadurch zum Aufschwung der sozialistischen Kritik in den Vereinigten Staaten viel beigetragen. Nachdem er in Berlin, Frankfurt am Main und Paris Ökonomie, Geschichte und Soziologie studiert hatte, ging er 1939 in die USA und setzte seine Studien an der Harvard Universität und der renommierten Brookings Institution fort. Im Kriege war er als Wissenschaftler im amerikanischen Office of Strategic Service tätig, danach bei der Federal Reserve Bank in New York. 1949 wurde er Professor der Wirtschaftswissenschaft an der Universität von Stanford, Californien.

Zu seinen engsten Freunden gehörte Paul M. Sweezy, dessen 1942 erschienene „Theory of Capitalist Development" (deutsch: Theorie der kapitalistischen Entwicklung, Köln 1959) — einer der wichtigsten Beiträge zur Interpretation der marxistischen Ökonomik — ihm (Sweezy) eine akademische Laufbahn in Amerika verbaute. Nachdem Sweezy die sozialistische „Monthly Review" mitbegründet hatte, gestaltete sich die Zusammenarbeit zwischen beiden sehr eng. Sie waren die prominentesten marxistischen Analytiker und haben der keynesianisch, institutionalistisch und neoliberal eingestellten amerikanischen Wirtschaftswissenschaft immer wieder fruchtbare Impulse gegeben.

Barans Tod am 26. März 1964 hat die akademische Sozialwissenschaft in den USA des einzigen Vertreters marxistischer Lehre beraubt.

Entgegen der Ansicht Martin Bronfenbrenners (Am. Ec. Review, Dez. 1964), der den internationalen Ruf Barans eher dessen zivilem Widerstand gegen den „embryonalen US-Faschismus", d. h. gegen den McCarthyismus, zuschreibt, würde ich doch die in vielen wissenschaftlichen Zeitschriften verstreuten Beiträge und vor allem seine „Politische Ökonomie des Wachstums" als Grundlage von Barans weltweiter Reputation ansehen.

„The Political Economy of Growth" erschien 1957 bei der Monthly Review Press in New York. Es ist bis heute die einzige systematische Darstellung der Probleme der Wachstumsökonomie vom marxistischen Standpunkt geblieben.

Baran zeigt zunächst, daß die klassische Nationalökonomie ihren Hauptgegenstand hatte in der Untersuchung der Bedingungen des wirtschaftlichen und sozialen Fortschritts; indem sie die wachstumshemmende Wirkung des Feudalsystems kritisierte, legte sie zugleich die progressive Funktion des Kapitalismus dar. In dem Maße, wie sich der Kapitalismus transformierte, wurde die Aufrechterhaltung des alten Systems und der entsprechenden Lehre zu einer neuen Fessel für weiteres Wachstum bzw. zur Apologie dieses Zustandes. Baran wendet das Verfahren der klassischen Ökonomen analog auf die zeitgenössischen Verhältnisse an. In der Perspektive des fortgeschritteneren sozioökonomischen System kritisierte er mittels marxistischer Kategorien die fortschrittshemmenden Bedingungen des Monopolkapitalismus. Wirtschaftliche Entwicklung oder Wachstum (dieses sind Synonyme) verlangt eine produktive Verwendung des in jeder Gesellschaft produzierten wirtschaftlichen Überschusses. Die Größe und die Art der Verwendung dieses Überschusses bestimmt den Umfang und die Natur der zur Erhöhung der Pro-Kopf-Erzeugung an materiellen Gütern (so wird Wachstum von B. definiert) notwendigen Netto-Investitionen.

Baran untersucht nun, wie der wirtschaftliche Überschuß im modernen Monopolkapitalismus verwendet wird. Die Hauptmasse des Mehrwertes fließt den Monopolen und Oligopolen zu, die auf Grund eben der oligopolistischen Struktur bei der investiven Verwendung immer größeren Schwierigkeiten begegnen. Ausweichen in den Wettbewerbssektor führt dazu, daß dieser auch der oligopolistischen Struktur angeglichen wird. Daß der technische Fortschritt nicht als unabhängige Variable ein Wachstumsstimulans darstellt, sondern daß die Einführung technischer Neuerungen im Gegenteil eine Funktion des kapitalistischen Wirtschaftsprozesses ist, muß eigentlich nur wegen der in der bürgerlichen Ökonomie modern gewordenen Technomanie besonders betont werden.

Keynes hat recht, wenn er in dieser stagnierenden Situation das Eingreifen des Staates zur Sicherung der Vollbeschäftigung als unerläßlich ansieht. Nun zeigt aber Baran (für die USA), daß die politischen Machtverhältnisse einer „sozialen" Verwendung der Staatsausgaben entgegenstehen. Direkte produktive Investitionen durch den Staat kreuzen sich ebenfalls mit den Interessen des big business, da sie bestehender Kapazität neue hinzufügen würden. Die dem von den Monopolen beherrschten Staat einzig in größerem Umfang erlaubte Maßnahme hängt zusammen mit dem Ausweg, den der Kapitalüberschuß aus dem Rahmen der nationalen Wirtschaft sucht: Kapitalexport in unterentwickelte Länder.

Der Staat gewinnt auch auf dem Außenmarkt eine unerläßliche Funktion; er hat mit seinen Mitteln für günstige Bedingungen der Kapitalanlage zu sorgen. Das bedeutet, er führt eine imperialistische Politik gegenüber den schwächeren Ländern durch; diese Politik wiederum gibt den Anlaß für „erwünschte" unproduktive Staatsausgaben: die Rüstungspolitik wird zu einem unerläßlichen Impuls „von außen", der beträchtliche Teile des Überschusses der entwickelten kapitalistischen Wirtschaft aufsaugt. Hier entsteht eine Interessengemeinschaft zwischen big business und der von Arbeitslosigkeit bedrohten Arbeiterschaft, der „Volksimperialismus" (Lange). Barans Untersuchung gewinnt an kritischer Schärfe durch die Einführung einer weiteren Kategorie: dem „tatsächlichen wirtschaftlichen Überschuß" wird gegenübergestellt der „potentielle Überschuß", dessen Realisierung eine Umgestaltung der bestehenden Verhältnisse voraussetzen würde.

Wie die Produktionsverhältnisse des Monopolkapitalismus eine Fessel für die weitere Entwicklung der imperialistischen Länder selbst sind, sind sie es auch für die unterentwickelten. B. zeigt, daß die Anlagen in den unterentwickelten Ländern, da sie bloße „geographische Investitionen" sind, d. h. nur an den Erfordernissen des auswärtigen Kapitalisten orientiert sind (Rohstoffversorgung, Monokultur), keinen ausreichenden Wachstumseffekt für die Wirtschaft der unterentwickelten Länder haben. Darüber hinaus tun die auswärtigen Gesellschaften alles, um mit der Aufrechterhaltung der korrupten Feudal- und Militärregimes sich günstige Bedingungen zu sichern. Gerade die Beseitigung dieser Regime durch eine sozialistische Revolution ist aber unerläßliche Voraussetzung dafür, daß die unterentwickelten Länder den Weg wirtschaftlichen Wachstums einschlagen können.

Grundlegend für den Entwicklungsprozeß der befreiten Länder sind die positiven und negativen Erfahrungen des ersten sozialistischen Entwicklungsexperiments in der Sowjetunion. Auf die besonderen Erfordernisse und Bedingungen der einzelnen Länder sowie auf Prozeduren, die von den Besonderheiten des sowjetischen Weges abweichen würden (z. B. Dezentralisation, Selbstverwaltung etc.), geht Baran nicht im einzelnen ein.

Skizziert werden folgende „Richtlinien": Die Agrarreform muß von der Kollektivierung begleitet sein, damit der in der Landwirtschaft erzeugte Überschuß für die umfassende sozialistische Planung erfaßt werden kann. Industrialisierung hat Vorrang vor der Verbesserung der Agrarproduktion; diese wird nach einer gewissen Periode von der industriellen Entwicklung unterstützt (Mechanisierung) und gibt ihrerseits

der industriellen Expansion Aufschwung. Eine höhere Wachstumsgeschwindigkeit wird durch eine bevorzugte Entwicklung der Schwer-(Produktionsgüter-)industrie vor der Leicht-(Konsumgüter-)industrie erreicht. Kapitalintensive Produktionsmethoden (unter Ausnutzung des höchst technischen Niveaus) sind arbeitsintensiven Methoden vorzuziehen. Schließlich kann der ohnehin notwendige Austausch mit anderen Ländern von der Existenz eines sozialistischen Lagers profitieren (langfristige Kredite, optimale physische Zusammensetzung der Importe).
Durch die Befreiung der Initiative der Volksmassen und die Beseitigung der bisher den Überschuß verschlingenden Elemente (Feudalherren, administrativer und militärischer Unterdrückungsapparat) können so Wachstumsraten von mehr als 15 Prozent erreicht werden; das Malthusianische Schreckgespenst kann überwunden werden.
Im Vorwort sagt Baran, daß das Entstehen des stalinistischen politischen Systems unter den Bedingungen äußerer Bedrohung und inneren Widerstandes und der Notwendigkeit forcierter Industrialisierung nicht den Sozialismus diskreditiere, sondern die Tendenz widerspiegele, daß der Sozialismus in einem rückständigen und unterentwickelten Land selbst zu einem rückständigen und unterentwickelten Sozialismus werde. Das bestätige den grundlegenden marxistischen Satz, daß der Reifegrad der Produktivkräfte einer Gesellschaft den allgemeinen Charakter des gesellschaftlichen Lebens bestimme. Entsprechend unterstreicht die unentrinnbare Notwendigkeit einer schnellen Entwicklung des armen Teils der Welt die wachsende Verantwortung der sozialistischen Kräfte für die friedliche Überwindung des entwicklungshemmenden Imperialismus.
Nicht nur in seiner Analyse, sondern mit seinem ganzen politischen Wirken hat Baran versucht, für seinen Teil dieser Verantwortung gerecht zu werden.

Die Thesen des Sozialistischen Bundes

Der Sozialistische Bund legt Thesen über die Möglichkeiten „einer neuen linken sozialistischen Bewegung" vor; sie sollen diskutiert werden. Zu den „wirtschaftlichen und soziologischen Tendenzen" (muß hoffentlich „gesellschaftlichen" heißen!) im Kapitalismus, im Ostblock und in den Entwicklungsländern wird Bekanntes und Unbekanntes gesagt, allerdings oft so verkürzt, daß der Aussagewert erheblich leidet. Die zunehmende Konzentration des Kapitals; Probleme der Automation; die wachsende Bedeutung der „Mittelschichten"; das Versagen der traditionellen Arbeiterbewegung; der politische Differenzierungsprozeß in den kommunistischen Parteien; die Bedeutung des sino-sowjetischen Konflikts und der anti-kolonialen Revolutionen; die historische Besonderheit Deutschlands, sein „Wirtschaftswunder", die restaurativen Tendenzen bundesrepublikanischer Politik — diese angeschnittenen Fragen sind unzweifelhaft wesentlich; sie müssen geklärt werden, wenn man nach möglicher politischer Aktivität fragt. Was jedoch allenfalls Hypothese sein könnte, wird schlicht konstatiert und damit abstrakt oder falsch.
So heißt es beispielsweise, daß sich „aus dem wachsenden Wohlstand der Massen sowie aus der gesellschaftlichen Produktion und der Konzentration und Zentralisation des Kapitals . . . objektiv die Möglichkeit des Sozialismus" ergibt (S. 36). Die „subjektiven Bedingungen" seien durch „Aufklärungsarbeit" zu schaffen, die eine „sozialistische Renaissance in den entarteten Organisationen der traditionellen Arbeiterbewegung fordere. Diese eigentümlich statische Unterbau-Überbau-Splitterung erinnert fatal an Kautsky und die Mehrheitssozialisten, denen in den Thesen des öfteren der „Verrat" moralistisch attestiert wird. Zum mindesten müßte doch nach einer Erklärung für den behaupteten seltsamen Zustand der objektiv möglichen, subjektiv unmöglichen Gegebenheit des Sozialismus gesucht werden. Der nicht vermittelte Rekurs auf rationale Aufklärung vernachlässigt völlig den Aspekt der Verdinglichung, deren strukturelle gesellschaftliche Verankerung doch den „objektiven" Bedingungen zuzurechnen ist und damit die Aussage widerlegt, der Sozialismus sei „objektiv" möglich.
Spart man den ideologischen Kreis — Fragen der Entfremdung und Verdinglichung — aus der Analyse aus, so wird man vor dem scheinbaren Dilemma kapitulieren müssen und leicht in eine Form organisatorisch-pragmatischen Denkens verfallen, das retrospektiv Schuld verteilt an die „entarteten Organisationen der Arbeiterbewegung", diese selbst jedoch heute zur Einsicht ins politisch Notwendige bringen will, um die „subjektiven" Voraussetzungen für den Sozialismus zu schaffen.
Dabei bleibt der Begriff „sozialistische Gesellschaft" eine Leerformel; er wird nicht in seiner von Marx definierten Fülle (einer humanen und repressionslosen Gesellschaft nämlich), sondern in organisatorischen und technischen Kategorien gefaßt. Bei diesem Denkansatz gestaltet sich auch der „Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus" vergleichsweise einfach: gefordert wird die Verwirklichung des DGB-Grundsatzprogramms. Sie bedeutete sicherlich ein Überschreiten derzeitiger Zustände in Richtung auf Demokratisierung. Ob jedoch die Erfüllung der drei Fundamentalforderungen des Programms (Überführung von Schlüsselindustrien in Gemeineigentum, der Ausbau betrieblicher

Mitbestimmung und wirtschaftliche Rahmenplanung) schon die Transformation zum Sozialismus wäre, bleibt höchst fraglich. „Soziale Demokratie" (wie Brenner sie fordert) und „Sozialismus" sind nicht identisch. Konzipiert wird hier eine Gesellschaft nach schwedischem Muster. Diese ist zwar vergleichsweise demokratisch — gemessen an den Verhältnissen in der Bundesrepublik — sozialistisch ist sie nicht.
Die Thesen vermitteln vorweg die Einsicht, daß Nachlässigkeiten des Denkens und der Sprache und ein unpräziser kategorialer Apparat nicht zu luziden und exakten Aussagen führen können. Begriffe wie Sozialismus, Arbeiterbewegung, Kapitalismus werden sinnlos und doktrinär, wenn ihre Inhalte nicht hin und wieder neu definiert werden.
Leider können auch die Aufsätze nicht sehr viel zur Konkretisierung der Thesen beitragen. Die beiden ersten (von Abendroth, Brakemeier und K. v. Moltke) [1]) müssen — trotz umfassenden Inhalts — kursorisch und pauschal bleiben, da solche Mammutthemen auf so engem Platz nicht ausgelotet werden können. Basso fordert in seinem Aufsatz[2]) die Entwicklung eines Programms, einer „überlegenen Logik", eines „neuen Wertsystems", das nicht mehr vom isolierten Individuum in der Konkurrenz ausgeht, sondern nach der adäquaten Formulierung für die „sozialen Dimensionen des Menschen" sucht. Aus diesem Programm könne sich ein „organisierter Komplex sozialistischer Lösungen" ergeben. Bassos Ansätze könnten Wichtiges dazu beitragen, die Thesen zu präzisieren, sie analytisch anzureichern und eine fruchtbare Diskussion wirklich möglich zu machen.

Ursula Schmiederer

[1]) Wolfgang Abendroth / Heinz Brakemeier Die Geschichte der Linken in Westeuropa — Kai von Moltke Aktuelle Fragen der neuen sozialistischen Linken in Westeuropa.
[2]) Lelio Basso Die Integration und der Klassenkampf der westeuropäischen Arbeiterbewegung.

Presseberichte über den SDS in der letzten Zeit

Heide Berndt

Der SDS wurde in den letzten zwei Monaten häufiger in der Presse erwähnt als gewöhnlich. In erster Linie waren aktuelle Vorfälle der Anlaß dazu (Protestdemonstration gegen Tschombé, Konventswahlen an der FU Berlin), zum anderen wurde auch allgemein über die politische Konzeption des SDS gesprochen. Die Art der Berichterstattung variierte je nach politischer Richtung der Blätter und dem Niveau, das sich die Zeitungen selbst stellen, zwischen ungenierter Diffamierung und dem Versuch objektiver Darstellung der politischen Position des SDS. Das Material, auf das sich die Analyse stützt, erhebt schon wegen des begrenzten Zeitraums keinen Anspruch auf Vollständigkeit oder Repräsentanz im Hinblick auf die Gesamtheit westdeutscher Zeitungen. Es fehlen wichtige Zeitungen in dieser Analyse oder andere, lokale Blätter sind überrepräsentiert. Es wird lediglich versucht, die Bemerkungen, die in der allerletzten Zeit über den SDS erschienen, einer etwas systematischeren Betrachtung zu unterziehen. Zunächst soll darauf eingegangen werden, welches die gängigsten Regeln politischer Diffamierung sind, im weiteren, in welcher Weise man sich mit der politischen Konzeption des SDS auseinandersetzt, wenn diese überhaupt als ernsthaft diskutierbar angesehen wird.

I

In Berlin demonstrierten am 18. 12. 1964 mehr als 300 Personen gegen den offiziellen Empfang des kongolesischen Premierministers Tschombé. Tschombé war von Bundespräsident Lübke empfangen worden, hatte vor einigen Monaten eine „Globalzusage über Entwicklungshilfe in Höhe von 10 Millionen Mark" erhalten (FRANKFURTER RUNDSCHAU, 18. 12. 1964). Außerdem hatte er unter großem Beifall vor dem Industriellenverband Rhein-Ruhr-Klub (Düsseldorf), der schon Hitler empfangen hatte, für einen „Marshall-Plan für den Kongo" geworben. Während Tschombé applaudiert wurde, schaffte man protestierende Studenten aus dem Saal, die sich dagegen wehrten, daß die Politik Tschombés unterstützt werden sollte. (DIE WELT, 19. 12. 1964). Der SDS und vier andere Studentenorganisationen begründeten ihren Protest damit, daß es dem Ansehen der Bundesrepublik schade, wenn Tschombé auch in Berlin offiziell empfangen werde: denn:

> „Moise Tschombé hat sich durch seine Politik in der Vergangenheit nahezu bei allen Völkern der afro-asiatischen Länder in Mißkredit gebracht. Die allgemeine Ablehnung Tschombés rührt aus seinem Widerstand, den er in Zusammenarbeit mit der Union Minière gegen die Maßnahmen der UNO in Kongo 1962 geleistet hat. Diese Maßnahmen waren auf die Unabhängigkeit und Einheit eines demokratischen Kongo gerichtet." (SDS Presseerklärung, Berlin, 17. 12. 1964)

Auf dieses Zeichen spontaner politischer Aktivität reagierte ein großer Teil der lokalen Blätter mit Wut. Die Praktiken, deren sich die Presse bediente, um solche Opposition zu erledigen, sind die jeder Demagogie. Sie haben ein bestimmtes Muster (vgl. „Prophets of Deceit" by Lowenthal and Guterman, New York, 1949).
1) Appellierung an das Freund-Feind-Schema politischer Orientierung. In diesem Fall: der Kommunist ist der Feind und das schlechthin Böse.
Es wird nicht argumentiert, sondern ein bestimmtes Etikett aufgeklebt, dessen abstoßende Wirkung sicher ist: „Unter Pankows Parole" (BZ, 19. 12. 1964), „Gemeinsam mit den

Kommunisten" (DER KURIER, 21. 12. 1964). Der Einordnung ins Freund-Feind-Schema, die jeder logischen Ableitung enthoben ist, folgt die Anschuldigung verschwörerischer Zusammenarbeit, die auf Unterstellung beruht. „Studenten holten Ost-FDJler zum Tschombé-Protest (BERLINER MORGENPOST, 20. 12. 1964). Diese Meldung war eine glatte Erfindung, denn die Ost-Berliner FDJ war zu der Demonstration nicht eingeladen worden. Zwar hatten an den Vorbesprechungen für die Demonstration nicht nur der Liberale Studentenbund, sondern auch die West-Berliner FDJ teilgenommen. Die Letzteren weigerten sich aber, einen Aufruf zur Demonstration zu unterzeichnen, in dem davon die Rede war, daß Tschombé wirtschaftliche Hilfe erlangen wollte, indem er Krokodilstränen angesichts der „Tragödie der Mauer" vergieße. Dennoch beteiligten sich West-Berliner FDJ-Mitglieder an der Demonstration. Die Falschmeldung wurde später auch berichtigt:

> „Ein Sprecher der Politischen Polizei erklärte, an dem Demonstrationszug hätten West-Berliner FDJler und SED-Mitglieder teilgenommen. Eine Teilnahme von Ost-Berliner FDJ-Funktionären habe nicht festgestellt werden können." (DER KURIER, 21. 12. 1964).

Die „Richtigstellungen" der falschen Meldung erschienen jedoch unter Schlagzeilen wie „Gemeinsam mit den Kommunisten" (DER KURIER, 21. 12. 1964) und „FDJ verteilte Flugblätter. SDS bestätigt: Ost-Studenten demonstrierten mit" (BERLINER MORGENPOST, 22. 12. 1964). Die Überschriften verschleiern, daß es sich bei der FDJ um die zugelassene West-Berliner Jugendorganisation handelt, suggerierten dagegen, daß FDJ-Funktionäre aus Ost-Berlin angeheuert worden seien. Wenn man nicht genauer im Text nachliest, trägt das Dementi dazu bei, die Lüge zu bestätigen.

2) Hilflosmachen des Feindes. Weil der Feind nicht wahrhaft gefährlich sein darf, wird er als unmündiges, ungezogenes Kind entlarvt, dem man erst noch gute Kinderstube beibringen muß.

Der Tenor der West-Berliner Lokalpresse zur Protestdemonstration lautete, daß es sich um „randalierende Jugendliche" gehandelt habe: „Tumulte vor dem Rathaus." (BERLINER MORGENPOST, 19. 12. 1964), „Studentenkrawalle um Tschombé. Schlägerei vor dem Rathaus" (DER KURIER, Spätausgabe, 18. 12. 1964), in der BZ vom 19. 12. der Text: „Raufereien mit der Polizei, Sitzstreik auf der Rathaustreppe, Anpöbelung von Straßenpassanten." Durch Schlagzeilen und Berichte dieser Art wurde nicht der Eindruck vermittelt, daß es sich um eine bewußte politische Aktion handelte, sondern um einen Halbstarken-Krawall, bei dem sich ein paar Jugendliche austoben wollten. Die Beurteilung einer politischen Handlung soll damit aufs Feld moralischer Verurteilung abgeschoben werden, wobei es demagogisch besonders wirksam ist, die antikommunistische Haltung mit moralischer Abwehr zu verknüpfen; da heißt es: „rote Randalierer" und: „Diese politischen Halbstarken zeigten damit wieder einmal mehr, wessen Geschäfte sie in Wahrheit besorgen" (7-UHR-BLATT, 23. 12. 1964). Dieser Kommentar lief unter: „Solidarität mit Kannibalen." Er wollte sagen, daß nur „Rote" so primitiv und ungebildet sind, sich mit Menschenfressern zu solidarisieren. Rechtdenkende Leute sind sich ihrer besseren Sitten bewußt: „Seit wann ist es unter Gebildeten üblich, einen Gast, auch wenn er einem nicht gefällt, mit Schmutz zu bewerfen?" (DER KURIER, Spätausgabe, 18. 12. 1964). Die entpolitisierende Tendenz dieser Artikel fordert dazu auf, die Ansichten des Gegners nicht im mindesten ernst zu nehmen. Diese Haltung gipfelt in einem Ausruf Lemmers zur Demonstration: „Ihr sollt euch schämen!" (DER KURIER, Spätausgabe, 18. 12. 1964).

3) Die Forderung nach Bestrafung des Feindes ist die letzte Konsequenz des Freund-Feind-Schemas.

Einen Tag nach der Protestdemonstration gegen Tschombé fand an der FU Berlin die Konventswahl statt, die mit einem überraschenden Sieg für unabhängige und linke Studentenvertreter endete. Der Grund für die Niederlage der Rechten lag bei internen hochschulpolitischen Dingen; die Rechten, insbesondere die Korporierten, weigerten sich, für das „Berliner Modell" der studentischen Mitverwaltung (Erweiterung der Stimmrechte von Studenten bei Universitätsfragen) einzutreten. Das Wahlergebnis zusammen mit der Protestdemonstration wurde von einem Blatt des Springer-Konzerns (BERLINER MORGENPOST), das sich vorzugsweise an Mittelschichten wendet (BZ mit überwiegend Arbeitern als Leser scheidet bei Universitätsnachrichten aus), zum Anlaß genommen, die Diskriminierung von „linksradikalen" Studenten zu fordern; es sei unverständlich, „daß hier mit dem Geld der Steuerzahler geförderte Studenten die FDJ zu gemeinsamer Aktion einladen. — Wo bleiben die vielen vernünftigen jungen Leute, die es unter der akademischen Jugend gibt?" (MORGENPOST, 20. 12. 1964). Dies wird ergänzt durch einen Leserbrief derselben Ausgabe, in dem verlangt wird, „noch energischer gegen die politische Unreife der Berliner und der Partei, von der diese Ausfälle unterstützt werden, vorzugehen". Am deutlichsten drückt sich das 7-UHR-BLATT (23. 12. 1964) aus: „Wir Bürger aber sollten verlangen, daß die roten Randalierer am Flughafen Tempelhof und vor dem Schöneberger Rathaus, die dem Ansehen Berlins schweren Schaden zugefügt haben, von den Hochschulen verwiesen werden."

Es ist interessant, daß der Anspruch, sich in der Bundesrepublik an demokratische Spielregeln zu halten, gerade von der Seite der diffamierenden Berichterstattung erhoben wird. Die Forderung nach Diskriminierung verbindet sich mit der Forderung nach Wiederherstellung angeblich verletzter demokratischer Einrichtungen (z. B. Abschaffung von Opposition im FU-Konvent). Diese Anschuldigungen entsprechen in der Regel keineswegs der Wirklichkeit, sondern leiten sich allein daraus ab, daß der Feind grundsätzlich vertrauensunwürdig ist. Es muß allerdings darauf hingewiesen werden, daß diese Praktiken von Diffamierung hauptsächlich auf die lokalen Berliner Zeitungen beschränkt blie-

ben. Andere, überregionale Zeitungen, die journalistisch seriöser arbeiten, haben die gleichen Vorfälle nur als kurze Meldungen ohne entstellenden Kommentar gebracht (FAZ, SÜDDEUTSCHE, HANDELSBLATT). Die WELT berichtete etwas ausführlicher mit der Tendenz, die Demonstration als Krawall abzutun. In keiner dieser Zeitungen erscheint die Demonstration in besonders günstigem Licht, weil die Zeitungen sich selbst nicht nachdrücklich von der Politik Tschombés distanzieren. Eine Ausnahme davon machte die sehr genau informierende FRANKFURTER RUNDSCHAU.

II.

Handelte es sich einmal darum, klarzulegen, wie der SDS bei mehr oder weniger zufälligen Ereignissen (Tschombé-Besuch) von einer unsachlich arbeitenden Presse behandelt wird, so soll zum anderen darauf eingegangen werden, wie der SDS selbst und die von ihm entwickelte politische Konzeption (besonders in bezug auf die Deutschlandpolitik) gezeichnet wird.

Auf der 19. Delegiertenkonferenz im September 1964 wurde erneut betont, daß der SDS für Kontakte mit Vertretern der FDJ eintritt, um die Entspannung zwischen beiden deutschen Staaten zu fördern. Schon auf dem „Deutschlandtreffen" der FDJ (Pfingsten 1964) in Ost-Berlin hatte der SDS-Bundesvorstand mit dieser Absicht ernst gemacht (vgl. nk Nr. 23) und sich mit „Thesen zum Verhältnis von Wissenschaft und Politik" zu Wort gemeldet. Die darauffolgende Abkühlung im Verhältnis von FDJ und SDS ließ die Realisierung der vom SDS-Bundesvorstand bereits im Juni 1964 ausgesprochenen Gegeneinladung nach Frankfurt erst im Dezember in greifbare Nähe rücken: in einem Gespräch zwischen den beiden Vorständen am 10. 12. 1964 in Ost-Berlin nahm die FDJ schließlich die Einladung des SDS zu einem Seminar über „Wirtschaftliche Mitbestimmung in der DDR und der Bundesrepublik" und einem Podiumsgespräch über „Gespräche mit der FDJ? Möglichkeiten und Grenzen der Kontakte zwischen FDJ und bundesrepublikanischen Jugendorganisationen" an. Die Veranstaltungen sollen vom 20. 2. bis 24. 2. 1965 stattfinden.

Diese Aktivität des SDS kommentierte der Deutschlandfunk (22. 12. 1964) in ausgesprochen diffamierender Weise:

> „. . . der SDS hat sich zu einer Vereinigung irregeleiteter junger Menschen entwickelt, die daran glauben, daß man auf dem Weg zur Wiedervereinigung nur dann vorankommt, wenn man mit den Kommunisten nicht nur spricht, sondern notfalls auch mit ihnen paktiert."

Überregionale Zeitungen (DIE WELT, FAZ, FR) brachten im Dezember kurze Nachrichten, in denen die Teilnahme und das Ergebnis der Gespräche nach einer ADN-Meldung wiedergegeben wurden. Die DDR-Nachrichtenagentur hatte, einen Tag früher als zwischen den Diskussionsteilnehmern vereinbart war, berichtet und nicht der Übereinkunft gemäß die Themen des Seminars und der Podiumsdiskussion genannt, sondern nur angegeben, daß über „Themen unserer Zeit" gesprochen werden sollte.

Ausführlichere Stellungnahmen zur Delegiertenkonferenz und Deutschlandpolitik des SDS brachten unter anderen der STERN (Nr. 39, 27. 9. 1964), der KÖLNER STADTANZEIGER (22. 12. 1964), und CHRIST UND WELT (1. 1. 1965), ohne sich auf einen aktuellen Anlaß zu beziehen. Die drei Artikel informieren einigermaßen genau über die politische Position des SDS. Der Leser wird, egal welcher politischen Richtung er selbst anhängt, mit einer politischen Konzeption vertraut gemacht, die von den großen Parteien mit Argwohn betrachtet wird.

Erich Kuby schreibt im STERN:

> „Das für den SDS aktuell im Vordergrund stehende Problem betrifft die Praxis seiner Beziehungen zur DDR, ist also genau dasselbe, das gegenwärtig in der Bundesrepublik so lebhaft diskutiert wird. Der SDS sieht nicht die nationalen Belange im Vordergrund, sondern die ideologische Auseinandersetzung zwischen der ‚Neuen Linken', für die der SDS in seiner Zeitschrift ‚neue kritik' geistiges Rüstzeug entwickelt, und einem DDR-Marxismus, den man, gäbe es den Begriff, wohl als ‚Alte Linke' bezeichnen dürfte."

Kuby betont die Schwierigkeiten, die eine Gruppe erwarten, wenn sie eine von den Parteien so stark abweichende Meinung vertritt. Eine solche Gruppe muß sich nach zwei Seiten wehren: einmal gegen die Identifikation mit „dem Osten", da sie die östlichen Zustände kritisch betrachte, zum andern gegen den Zwang, sich mit denen zu identifizieren, die sie mit dem „Osten" gleichsetzen wollen. Die SPD habe zwar den SDS abspalten können, trotz „massiver Angriffe" sei es nicht gelungen, den SDS „aus der Legalität hinauszudrängen". Kuby lobt den SDS als eine „Gruppe junger Deutscher",

> „. . . die den Teufel in beiderlei Gestalt nicht fürchten: nicht in Gestalt des Kommunismus und nicht in Gestalt jenes Antikommunismus, welcher sogar verbieten möchte, den anderen Teufel sich näher anzuschauen."

Ebenfalls wohlwollend schreibt Walter Barthel im KÖLNER STADTANZEIGER sehr detailliert über die verschiedenen Stadien der Kontakte zwischen SDS und FDJ. Die Deutschlandpolitik resümiert er ähnlich, wenn auch knapper, als Erich Kuby:

> „So vertreten SDSler überwiegend die These, für eine Wiedervereinigung Deutschlands beständen keine realen Chancen mehr. Die unterschiedlichen Wirtschafts- und Sozialsysteme in den beiden deutschen Staaten machten das Auseinanderleben irreparabel. Das ‚propagandistische Gerede' von der Wiedervereinigung lenke in der DDR nur von der dort notwendigen Verbesserung der inneren Verhältnisse ab. In der Bundesrepublik nähre es die Illusionen, die ein vernünftiges Nebeneinanderleben der

Deutschen in Ost und West erschweren, den praktischen Austausch verhindern."

Auch CHRIST UND WELT bemüht sich, die Deutschlandpolitik sachgerecht zu erörtern:

„Außerdem betrachtet der sozialistische Studentenverband die Wiedervereinigung nicht als ein ‚Ziel an sich'. Vielleicht sei sie gegenwärtig nicht einmal wünschenswert, weil die derzeitige Lage in Mitteldeutschland zum Unterliegen der dortigen sozialistischen Ordnung gegenüber dem kapitalistischen System der Bundesrepublik führe, die Wiedervereinigung also unter dem Vorzeichen des besiegten Kommunismus stattfände."

Freilich ist es übers Ziel geschossen, dem SDS nachzusagen, er halte die Wiedervereinigung mit Rücksicht auf das Funktionieren des Kommunismus in der DDR für nicht wünschenswert. Der SDS hält eine nationale Wiedervereinigung unter den gegebenen Umständen für nicht möglich. Er empfindet es als unsinnig, etwas Unmögliches für wünschenswert zu halten. Der Verdacht der Kommunistenkumpanei verführt den um Sachlichkeit bemühten Verfasser dazu, dem SDS eine „nationalstaatliche Perspektive" unter kommunistischem Banner zu unterschieben:

„Immerhin mußte es auch Schauer (Bundesvorsitzender des SDS) in Frankfurt ablehnen, die Zone als ‚Bannerträger der Zukunft' zu bezeichnen — allerdings mit der Einschränkung: ‚im gegenwärtigen Status'. Was diese Einschränkung bedeutet, kann man sich, obwohl dem SDS die ‚nationalstaatliche Perspektive' angeblich völlig fern ist, unschwer vorstellen."

Die außenpolitische Lage und die Verflechtung beider Teile Deutschlands mit der ost- bzw. westeuropäischen gesellschaftlichen und politischen Hemisphäre schließt aber die nationalstaatliche Wiedervereinigung völlig aus; erst recht die einer unter ‚kommunistischen' Vorzeichen.

Es ist dem Aufsatz in CHRIST UND WELT anzumerken, daß er bei aller angestrebten Objektivität doch durch bestimmte Absichten einen bias erhält, der den Informationswert herabsetzt. Dem Sprachstil ist bereits anzumerken, daß sich CHRIST UND WELT den Vorschlägen des SDS gegenüber sehr reserviert verhält; sie werden durchweg im Konjunktiv referiert. Zweck des Artikels ist, die Verhältnisse innerhalb der Opposition (aus der Sicht der christlich eingestellten Zeitung: der SPD) zu schildern. Den CHRIST UND WELT-Lesern soll dabei die Opposition keineswegs empfohlen werden, vielmehr sollen sie darüber aufgeklärt werden, was sich links von der SPD noch zuträgt. Dabei wird das Verhältnis von SPD zu SDS recht korrekt wiedergegeben:

„Die SPD-Führung mochte gehofft haben, die 1960 ausgesprochene Distanzierung der Partei von dem allzu rebellischen Studentenverband und die Gründung eines Sozialdemokratischen Hochschulbundes (SHB) würden allein schon genügen, den politischen Tod des SDS herbeizuführen." ...

„Der SDS ist vielmehr politisch lebendig wie eh und je ..."

„Das Godesberger Verdammungsurteil hat zudem einen Effekt erzielt, den die Partei besser vermieden hätte: Teile der traditionell nach links tendierenden geistigen Elite unter den Studenten sehen im SDS ihre politische Heimat. Akademisches Querulantentum ist dem SDS selten; seine Mitglieder betrachten sich als die wahren Gralshüter der sozialdemokratischen Tradition, als Erben von Marx und Engels, als ‚die einsichtigsten und entschiedensten Vertreter der Opposition'."

CHRIST UND WELT hält es für „kein Wunder", daß sich die SPD mit Argwohn über die Tätigkeit des SDS auf dem laufenden zu halten versucht. Die Nachrichtenpolitik der SPD, die dem SDS gegenüber bis zur Diffamierung reicht, wird dabei von CHRIST UND WELT teilweise übernommen; so die Version, der SDS habe monatelang mit der FDJ konspiriert, um schließlich ein „Abkommen zu unterzeichnen", während in Wirklichkeit es darum ging, die FDJ zur Annahme von Einladungen zu bewegen, aus denen der SDS niemals einen Hehl gemacht hatte, zu denen die FDJ bisher aber nicht hatte einwilligen wollen.

Wenn das gemeinsame Seminar von FDJ und SDS Ende Februar zustande kommt, so wird dies in aller Öffentlichkeit geschehen. Dann wird sich zeigen, wie viel oder wenig an der These wahr ist, daß eine gegenseitige Annäherung zwischen Bundesrepublik und DDR ein „lebhaft diskutiertes Thema" ist. Man wird zu unterscheiden haben zwischen den Zeitungen, die dieses Thema nur in variierenden Graden von Entstellung behandeln, und denen, die den Versuch einer objektiven Berichterstattung machen. Gerade bei den Letzteren wird man darauf achten müssen, wieweit fehlerhafte Informationen fortexistieren, oder wieweit es möglich ist, durch öffentliche Diskussion die gegenseitige Verhärtung der Fronten in Deutschland aufzulockern.

Brief des Bundesvorstandes des SDS an den Zentralrat der Freien Deutschen Jugend vom 11. 2. 65

„Sehr geehrter Herr Schumann!

Der Bundesvorstand des SDS hat mit großem Bedauern von dem ihm am 11. 2. 1965 von Ihrem Zentralrat übermittelten Telegramm Kenntnis genommen. Das Telegramm macht tatsächlich den für die Zeit vom 19. bis 23. 2. geplanten Besuch einer Delegation Ihres Zentralrates zu einem Seminar und einer Podiumsdiskussion in Frankfurt am Main unmöglich und zwingt uns, ihn abzusagen.

Nach unserem Gespräch am 10. Dezember in Berlin schien es, als ob die Veranstaltung ohne größere Schwierigkeiten

zwischen Ihnen und uns ablaufen könnte. Sie nahmen unsere Einladung und unsere Themenvorschläge an, und das Gespräch bot Ihnen die Möglichkeit, Ihre Vorstellungen über den Besuch mit den unseren abzustimmen: Ihre Delegation sollte an einem zweitägigen Seminar über ‚Wirtschaftliche Mitbestimmung in der Bundesrepublik und der DDR' und mit Vertretern von Studentenorganisationen der Bundesrepublik an einer öffentlichen Diskussion über ‚Gespräche mit der FDJ? — Möglichkeiten und Grenzen von Kontakten zwischen der FDJ und bundesrepublikanischen Jugendorganisationen' teilnehmen.

Am 10. 1. teilte ich Ihnen dann unseren Programmplan mit, der unsere bei dem Gespräch in Berlin dargelegten Absichten fixierte. Sie übermittelten dann am 28. 1. einen Alternativvorschlag, der alle früheren Festlegungen wieder in Frage stellte: Das Seminar sollte nur noch einen Tag dauern; in seinem formalen Aufbau sollten, weit mehr als zulässig, inhaltliche Bestimmungen eingehen, die nicht nur seinen wissenschaftlichen Charakter zerstört, sondern auch das Thema in einem allein Ihren politischen Bedürfnissen gemäßen Sinn verändert und eingeschränkt hätten. Ebenso sollte bei der Podiumsdiskussion jetzt offenbar von Kontakten zwischen Jugendorganisationen kaum mehr und viel mehr von allgemeinen politischen Fragen die Rede sein. Sie wollten nun entscheidend den Kreis der Teilnehmer an den Veranstaltungen bestimmen: Ihre Vorschläge liefen darauf hinaus, den SDS bloß als Vehikel für Kontakte zur Arbeiterjugend zu benutzen.

Insgesamt schien der Brief in Ton und Inhalt zu vergessen, daß Ihre Delegation der Einladung eines selbständigen und unabhängigen Verbandes folgen sollte.

Dennoch versuchten wir, am 7. 2. 65 in über sechsstündigen Verhandlungen mit den von Ihnen nach Frankfurt geschickten Herren Kapson und Schneider zu einer Übereinkunft zu kommen. Obwohl der SDS, da von staatlichen Geldern abgeschnitten, nur höchst beschränkte finanzielle Möglichkeiten hat, verzichteten wir auf die ebenfalls in Berlin schon angekündigte Unterbringung ihrer Delegation bei einzelnen SDS-Mitgliedern und gestanden Ihnen gemeinsame Unterkunft im Hotel zu, auf deren Finanzierung durch uns wir dann allerdings bestehen mußten. Ihrem Wunsch entsprechend wollten wir auch noch versuchen, eine Betriebsbesichtigung zu arrangieren.

Ihre Vertreter hingegen konnten laut Verhandlungsnotiz nur „zur Kenntnis nehmen", daß wir uns allein als Veranstalter betrachten; daß Ihre Delegation ohne Abstimmung mit uns außerhalb des Programms keine politisch relevante Aktion unternehmen könnte; daß Ihre Vertreter nur innerhalb einer von uns veranstalteten Pressekonferenz, in dieser allerdings ausgiebig, zu Wort kommen könnten; daß der SDS zur Diskussion auf dem Podium nur Repräsentanten von Studentenorganisationen eingeladen hat; und schließlich, daß wir an der ursprünglichen Konzeption des Seminars festhalten wollten. Ein Teil dieser unserer Festlegungen, bei dem es

Das Argument

herausgegeben von Wolfgang Fritz Haug und Christof Müller-Wirth

EMANZIPATION DER FRAU (I und II) — 2. Auflage — ZUR PROBLEMATIK VON SEXUALITÄT UND HERRSCHAFT

22 Thomas Metscher: Zum Strukturwandel von Autorität und Familie; Renate Dörner: Zum Frauenbild der Illustrierten; u. a.

23 Herbert Marcuse und Peter Furth: Emanzipation der Frau in der repressiven Gesellschaft; Klaus Heinrich: Geschlechterspannung und Emanzipation; u. a.

30 **FASCHISMUS-THEORIEN (I)**

Walter Benjamin: Theorien des deutschen Faschismus; Ronald Wiegand: „Herrschaft" und „Entfremdung"; — Rudolf Kienast: Notstandsverfassung und Grundgesetz (3).

31 **SCHULE UND ERZIEHUNG (II)**

Thomas Ellwein: Die verwaltete Schule; Heribert Adam: Bildungsprivileg und Chancengleichheit; Wilfried Gottschalch: Ideologische Komponenten in den Erziehungswissenschaften; Friedrich Tomberg: Autoritäre Erziehung unter dem Mantel der Freiheit.

7. Jahrgang 1965:

32 **FASCHISMUS-THEORIEN (II)**

Dieter Grosser: Die nationalsozialistische Wirtschaft; Reimut Reiche und Bernhard Blanke: Kapitalismus, Faschismus und Demokratie; Reinhardt Westphal: Psychologische Theorien über den Faschismus.

In Vorbereitung ferner: ein drittes Heft ZUR KRITIK DER THEORIEN ÜBER DEN FASCHISMUS; über innere Probleme der „Entwicklungsländer" und über Kolonialismus; ein drittes Heft ZUR PROBLEMATIK VON SEXUALITÄT UND HERRSCHAFT.

Gesamtverzeichnis der Hefte 1—25 (1959—63) (1,60 DM)
Einzelheft 2,— DM
Redaktion: 1 Berlin 30/2, Postfach 67
Verlag: 75 Karlsruhe-West, Postfach 4048

sich eigentlich um Selbstverständlichkeiten handelt, war uns durch Ihre Forderungen überhaupt erst aufgezwungen worden.

Ihren Vertretern erklärten wir, wie bereits früher in unserem Brief vom 2. 2. 65, daß der SDS selbstverständlich Kontakte zwischen der FDJ und anderen Jugendorganisationen, auch der Gewerkschaftsjugend, begrüßen würde und mit seinen Kontakten, insbesondere auch der geplanten Veranstaltung, zeigen möchte, daß solche Kontakte möglich und sinnvoll sind. Der SDS sähe sich aber außerstande, Kontakte zu Organisationen zu vermitteln, und überdies halte er Aufforderungen zur Teilnahme offizieller Vertreter der Gewerkschaftsjugend an der geplanten Podiumsdiskussion ohnehin für aussichtslos.

Den Tag darauf versuchten Herr Kapson und Herr Schneider ohne unser Wissen bei verschiedenen Organisationen der Gewerkschaftsjugend Einladungen zur Teilnahme anzubringen. Wir haben nichts dagegen, wenn Sie Ihrerseits versuchen, Beziehungen zu diesen Organisationen herzustellen. Das ist Ihre Sache. Aber es ist ein Akt absoluter politischer Illoyalität, wenn Sie gegen unsere erklärte Absicht Einladungen aussprechen zu Veranstaltungen, die wir einberufen und politisch zu verantworten haben. Diese Nichtachtung unserer, Ihres Partners, Position zerstörte das nötige Minimum an Vertrauen und zwang uns zu der ultimativen Forderung nach Anerkennung aller in der Verhandlung vom 7. 2. unter Punkt 2 fixierten Festlegungen.

Ihr Telegramm bestätigt nun Ihre frühere Position: Sie erkennen nicht an, daß es sich um Veranstaltungen des SDS handeln sollte; Sie lassen die Möglichkeit offen, daß Sie ohne Absprache mit Ihren Gastgebern ‚Diskussionen organisierten Charakters' außerhalb des Besuchsprogrammes, einschließlich einer Pressekonferenz, veranstalten würden, und an Ihren Forderungen für das Besuchsprogramm, insbesondere Ihren Veränderungen für das Seminar, halten Sie unverändert fest.

Dies macht es uns unmöglich, Ihre Delegation jetzt zu empfangen.

Solange die Politik der FDJ — ob sie das will oder nicht —, indem sie völlig starr und rücksichtslos vorgeht, dahin tendiert, mögliche Partner für Kontakte auf organisatorischem Wege zur Aufgabe ihrer eigenen Position zu zwingen, desavouiert sie die Bemühungen solcher ausgleichswilligen Kräfte in der Bundesrepublik.

Die Entwicklung dieses unseres Versuchs, vernünftige und sachliche Diskussionen und Beziehungen zuwege zu bringen und zu fördern, kann, wenn sie selbst sachlich und nüchtern untersucht wird, ebenfalls ein Beitrag zur Diskussion über ‚Möglichkeiten und Grenzen der Kontakte zwischen der FDJ und bundesrepublikanischen Jugenorganisationen' werden. Daran läge dem SDS. Er wird jedenfalls versuchen, in der Bundesrepublik die Diskussion über diesen Vorgang zu versachlichen.

Unsere Einladung zu einem Besuch einer Delegation Ihres Zentralrats beim Bundesvorstand des SDS darf ich hiermit wiederholen. Ich würde mich freuen, wenn das zu einem späteren, nicht allzu späten Zeitpunkt möglich wäre und verbleibe

mit freundlichen Grüßen

gez. Helmut Schauer
Bundesvorsitzender

Hinweise

Ende Februar erscheint in der Europäischen Verlagsanstalt, Frankfurt, unter dem Titel „Verjährung?" eine von Simon Wiesenthal im Auftrag vom Dokumentationszentrum des Bundes jüdischer Verfolgter des Naziregimes herausgegebene Stellungnahme von 250 führenden Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, die für die Verlängerung der Verjährungsfrist für Nazi-Gewaltverbrechen eintreten.

Ende Februar wird das Buch „Gloom Oover Southern Africa" von Franz J. T. Lee erscheinen. Es enthält 16 politisch-ökonomische Untersuchungen über die Freiheitsbewegungen in der Südafrikanischen Republik, Südwestafrika, Angola, Mozambique, Betschuanaland, Swaziland und Basutoland. Eine der Untersuchungen gibt einen Überblick über den bisherigen Verlauf des Prozesses gegen Dr. Neville Alexander. Das Buch umfaßt 150 Seiten und kostet DM 3—. Bestellungen sind zu richten an Franz J. T. Lee, 74 Tübingen, Christophstraße 2, III. Stock.

Die Übersetzung des französischen Zitats, Seite 11, Spalte 2, lautet: „Er hat keinen Kontakt mehr zu den Traditionen der Arbeiterbewegung, somit leitet ihn kein Prinzip und keine gesellschaftliche Konzeption in seiner Lebensorientierung. Er ist ein Mensch, der jenseits seiner Arbeit an keiner Tätigkeit teilnimmt, den das Gefühl der Leere beherrscht. Er verharrt passiv gegenüber den objektiven und subjektiven Faktoren, die die sozialen Entwicklungen und sein eigenes Schicksal bestimmen. Er ist Pessimist."

Zeitschriftenhinweise erscheinen wieder im nächsten Heft.

SAUL FRIEDLÄNDER
PIUS XII. UND DAS DRITTE REICH
Diese Dokumente aus Archiven des Dritten Reiches - ergänzt aus amerikanischen und israelischen Quellen - sind von bestürzender Aktualität. RP 43. 180 Seiten. DM 8.80
ROWOHLT VERLAG

HOCHSCHULE IN DER DEMOKRATIE

Im Herbst 1961 legte der Sozialistische Deutsche Studentenbund (SDS) mit seiner Denkschrift „Hochschule in der Demokratie" die bislang umfassendste Analyse der Geschichte und gegenwärtigen Krise der deutschen Hochschule vor. Aus einer ausführlichen kritischen Auseinandersetzung mit ihrer sozialen und rechtlichen Wirklichkeit entwickelte er seine Vorschläge zu einer Hochschulreform. Die erste Auflage war sofort nach ihrem Erscheinen vergriffen. Da in der Zwischenzeit nichts Vergleichbares zu diesem Thema erschienen ist und die Nachfrage anhält, erscheint eine Neuauflage gerechtfertigt.

Diese Denkschrift versteht sich als ein Diskussionsbeitrag und erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Sie beschäftigt sich in sieben Kapiteln mit folgenden Aspekten der Hochschulsituation:

Forschung, Lehre und Studium
Die Hochschule und ihre Arbeitsformen
Akademische Freiheit und soziale Demokratie
Der Lehrkörper der Hochschule
Die soziale Lage der Studentenschaft
Die demokratische Hochschulverfassung
Hochschule und Staat

Daraus geht hervor, daß die Untersuchung abzielt auf das Verhältnis von Hochschule und Demokratie. Die Institution Hochschule kann sich nicht von der gesellschaftlichen Entwicklung ausnehmen wollen, zu der sie doch durch Forschung und Lehre einen wesentlichen Beitrag leistet. Andererseits sieht sie sich wachsenden Anforderungen der Gesellschaft an ihre Ausbildungskapazität gegenüber. Es geht nun darum, ob sie bewußt diese Herausforderung annimmt und durch eine Änderung ihrer Strukturen an einer weiteren Demokratisierung der Hochschule mitwirkt, oder ob sie durch blindes Beharren auf ihrer ständischen Organisation eine Entwicklung zu autoritären Gesellschaftsformen unterstützt. Die Hochschule, auf diese Weise zum Gegenstand der Forschung gemacht, wird gemessen an ihrem eigenen Anspruch: Mündigkeit und Selbstbestimmung des Menschen in einer Gesellschaft zu verwirklichen, die sich in ihrem Grundgesetz zu einer sozialen Demokratie bekennt.

Erscheint im März 1965

Denkschrift des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes zur Hochschulreform

Durchgesehene Neuauflage, ca. 170 Seiten broschiert, Preis etwa DM 6,80

---

edition suhrkamp — für 3 Mark

Henri Lefèbvre
Probleme des Marxismus, heute

„Es war Henri Lefèbvre, der eine für meine Begriffe unanfechtbare Methode entwickelt hat, um Soziologie und Geschichte unter dem Blickwinkel der Dialektik zu vereinen — eine Methode, die mir für alle Bereiche der Anthropologie Gültigkeit zu besitzen scheint."
Jean-Paul Sartre

Herbert Marcuse
Kultur und Gesellschaft I

Die in unserem Band versammelten vier berühmten Essays, die in der „Zeitschrift für Sozialforschung" erschienen (Der Kampf gegen den Liberalismus in der totalitären Staatsauffassung, 1934; Über den affirmativen Charakter der Kultur, 1937; Philosophie und kritische Theorie, 1937; Zur Kritik des Hedonismus, 1938) verifizieren ein Interesse an der Geschichte und an den gesellschaftlichen Zuständen.

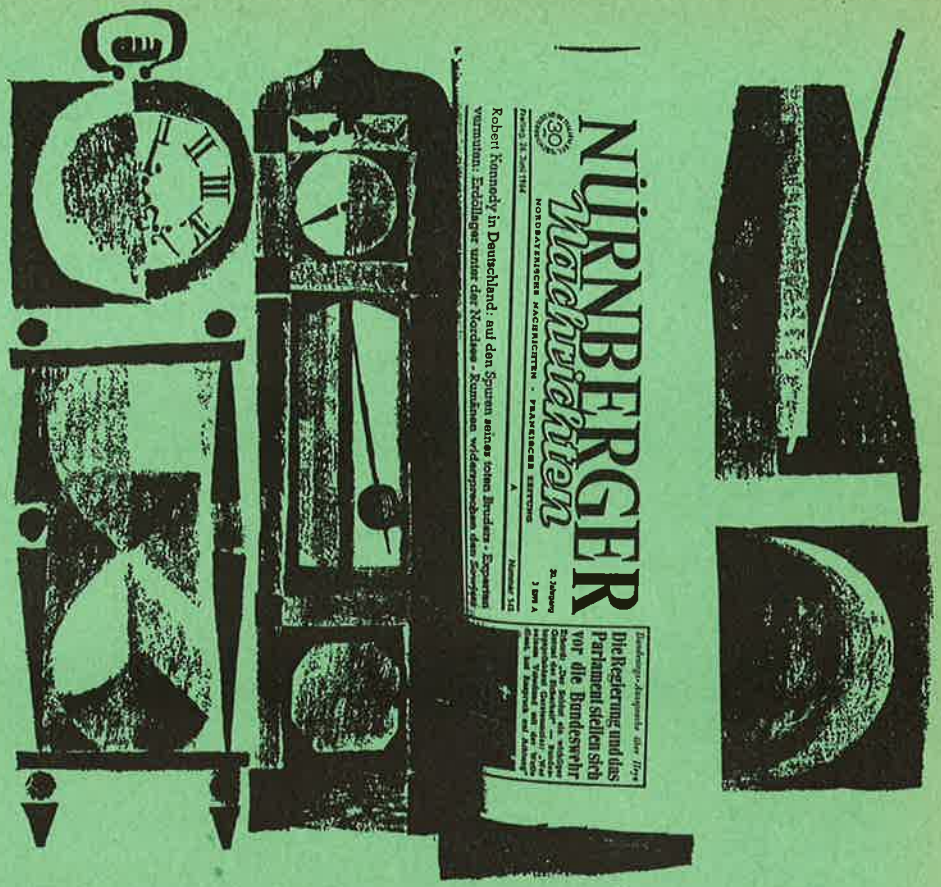
Walter Benjamin
Zur Kritik der Gewalt und andere Aufsätze

„Selten ist die Wahrheit der kritischen Theorie in einer so vorbildlichen Form ausgesprochen worden: der revolutionäre Kampf geht um die Stillstellung dessen, was geschieht und geschehen ist. Von allen positiven Zielsetzungen ist diese Negation das erste Positive."
Herbert Marcuse

Wolfgang Abendroth
Sozialgeschichte der europäischen Arbeiterbewegung

Es gibt viele und vielerlei Spezialuntersuchungen zur Geschichte der Arbeiterorganisationen, die meisten davon beschränken sich auf die Entwicklungen in einzelnen Ländern oder gelten besonders augenfälligen historischen und ideologischen Phänomenen. Tatsache ist, daß die Arbeiterbewegung mit den Mitteln einer am nationalstaatlichen Denken orientierten Geschichtsschreibung nur ungenügend dargestellt werden kann; aber die Konsequenzen daraus wurden nur selten gezogen. Der Autor benennt die Unterschiede und zeigt, wie und warum sie entstanden sind; er beschreibt als eine Einheit, was sich selbst einmal als eine Einheit verstanden hat.

In der Zeit
leben -
mit der Zeitung
leben



Süddeutschland hat einen guten Ruf: als Reiseland, als Produzent und als Konsument. Süddeutschland hat eine aktive und objektive Presse, in gleichem Maße zuverlässig in der Information wie als Träger gezielter Werbung. Die größte regionale Tageszeitung in Süddeutschland heißt

NÜRNBERGER Nachrichten

6415

BESTELLSCHEIN
Aus dem Kindler Verlag München
bestelle ich durch die Buchhandlung:

folgende Kindler Taschenbücher:

Heinrich Heine: Sämtliche Werke

- ☐ **Expl. Band I · 1001/1002**
- ☐ **Expl. Band II · 1003/1004**
- ☐ **Expl. Band III · 1005/1006**
- ☐ **Expl. Band IV · 1007/1008**
- ☐ **Expl. Band V · 1009/1010**
- ☐ **Expl. Band VI · 1011/1012**
- ☐ **Expl. Band VII · 1013/1014**
- ☐ **Expl. Band VIII · 1015/1016**
- ☐ **Expl. Band IX · 1017/1018**
- ☐ **Expl. Band X · 1019/1020**
- ☐ **Expl. Band XI · 1021/1022**
- ☐ **Expl. Band XII · 1023/1024 (Januar 1965)**
- ☐ **Expl. Band XIII · 1025/1026 (Februar 1965)**
- ☐ **Expl. Band XIV · 1027/1028 (März 1965)**

Jeder Band DM 3.80

Name

Ort mit Postleitzahl

Straße

Unterschrift

Datum

Heinrich Heine Sämtliche Werke

Kindler Taschen Bücher

Kritische Ausgabe von Hans Kaufmann

Der Herausgeber, Professor Hans Kaufmann, ist Inhaber eines Lehrstuhls an der Universität Jena. Er hat über Heinrich Heine promoviert und ein Buch über »Deutschland. Ein Wintermärchen« verfaßt. Den umfangreichen Anmerkungsapparat, der sachliche Hinweise und Erklärungen zu den von Heine erwähnten Personen enthält, stammt von Gotthard Erler. Der bibliographische Anhang und eine jedem Band beigegebene Kurzbiographie Heines wurde in der Redaktion des Kindler Verlages verfaßt. Jedem Band ist, soweit es sich um lyrische Werke handelt, ein alphabetisches Verzeichnis der Gedichtanfänge beigegeben. Die wichtigsten Lesarten werden angeführt.

Da es sich um eine kritisch durchgesehene Ausgabe handelt, sind sämtliche Texte ungekürzt in der seinerzeit von Heine für den Verlag Hoffmann & Campe autorisierten Fassung gegeben. Die maßgeblichen Gesamtausgaben von Elster und Walzel wurden dabei berücksichtigt. Eventuelle Abweichungen, die der Herausgeber vorgenommen hat, werden im Anmerkungsapparat vermerkt und begründet.
Innerhalb der Gattungen ist die Reihenfolge chronologisch gehalten. Maßgeblich dafür ist das Erscheinungsdatum.

BESTELLSCHEIN
Aus dem Kindler Verlag München
bestelle ich durch die Buchhandlung:

Name

Ort mit Postleitzahl

Straße

Unterschrift

Datum

folgende Kindler Taschenbücher:

Heinrich Heine: Sämtliche Werke

- ☐ Expl. Band I · 1001/1002
- ☐ Expl. Band II · 1003/1004
- ☐ Expl. Band III · 1005/1006
- ☐ Expl. Band IV · 1007/1008
- ☐ Expl. Band V · 1009/1010
- ☐ Expl. Band VI · 1011/1012
- ☐ Expl. Band VII · 1013/1014
- ☐ Expl. Band VIII · 1015/1016
- ☐ Expl. Band IX · 1017/1018
- ☐ Expl. Band X · 1019/1020
- ☐ Expl. Band XI · 1021/1022
- ☐ Expl. Band XII · 1023/1024 (Januar 1965)
- ☐ Expl. Band XIII · 1025/1026 (Februar 1965)
- ☐ Expl. Band XIV · 1027/1028 (März 1965)

Jeder Band DM 3.80

Im Urteil der Presse

Dies, wahrlich, ist ein Grund zur Freude: nun kann man auch seinen Heine in die Tasche stecken. Die Ausgabe macht einen vorzüglichen Eindruck, die Anmerkungen setzen auch denjenigen Leser ins Bild, der mit Heines Anspielungen und mit den älteren Fremdwörtern Mühe haben könnte. Die Freude, wahrlich, ist groß ... Kindler ist jetzt in die Bresche gesprungen, und alle Beteiligten sollten es ihm danken.
WELTWOCHE, ZÜRICH

Eine Heine-Gesamtedition ist, so möchte man meinen, schon eine kleine Kulturtat.
KÖLNER STADTANZEIGER

Die vorerst beste Ausgabe der Werke des angriffslustigsten Spötters unter den deutschen Dichtern ist ... herausgegeben von dem Jenaer Professor Hans Kaufmann. Sie erscheint jetzt bei uns nach und nach in nicht weniger als 14 Taschenbüchern.
DER MITTAG

Unter der Rubrik »Welche Bücher könnte man verschenken« empfahl Rudolf Walter Leonhard in DIE ZEIT vom 4. Dezember 1964 unsere Heine-Ausgabe.